Nr.: 10
Feb./Apr. 2000

Enough is enou_!

5,- DM

Zeitung für antirassistische und an ... Kultur in Schleswig-Holstein

Volker R. -oder: Der erste Stein

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Hg.:
Enough is Enough- Redaktionskollektiv/Kiel, *Lübecker Bündnis gegen Rassismus*

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 29.1.2000

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto. 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: „*Enough*"

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt

Inhalt



Liebe Leser & liebe Leserinnen,

Anfang Januar hat der Landeswahlleiter die Parteien für die Landtagswahl am 27. Februar 2000 zugelassen, darunter auch die neofaschistische NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands). DVU und REP werden nicht auf dem Stimmzettel zu finden sein. Zwar sind die Chancen der NPD zum Einzug in den Landtag gering - der Wahlkampf wird ihr aber erneut die Gelegenheit zur Verbreitung rassistischer und nationalistischer Propaganda bieten sowie Neonazis bei öffentlichen Aktionen zusammenführen. Für uns ist dies ein Anlaß, auf die aktuelle Entwicklung der NPD einzugehen.

Manche/r wird bis vor wenigen Wochen eine Ablösung der von SPD und den Grünen getragenen Landesregierung bei den Landtagswahlen am 27. Februar 2000 für sicher gehalten haben. Angesichts des Verfalls an Zustimmung für die CDU wegen der geheimen Kassen ist der Ausgang der Wahl nun wieder völlig offen. Bedeutsam an den ganzen Vorgängen ist allemal, daß sie erneut gezeigt haben, daß die Regierenden sich nur solange an die von ihnen gemachten Gesetze halten, so lange sie ihnen nützlich erscheinen. Was beispielsweise die hessischen Vorgänge ans Licht gebracht haben - ein System von „Kriegskassen" samt Geldwaschanlage - ist ein weiteres Zeugnis für den ewigen Vorbehalt des deutschen Konservatismus gegenüber der Demokratie und der republikanischen Staatsform. Die Bevölkerung ist ihm ein vorlauter Lümmel, der zwar zu ihrer Legitimation beitragen darf; im Übrigen ist er jedoch ein gefährdetes Objekt von (linken) Demagogen. Deshalb braucht man stets ausreichende Rücklagen, die die Beeinflussung der unzuverlässigen Massen sicherstellen. Die staatstragenden Schichten, so lautet die Botschaft aus Liechtenstein, sind - durch traditionelle Besitzrechte legitimiert - die wahren Regenten der Republik.

Nicht zufällig erinnern die schwarzen Kassen der CDU an Bismarcks berüchtigten Welfenfonds. Mit den ihm 1866 nach der Eroberung des Königreichs Hannover zugefallenen welfischen Schätzen finanzierte er aufwendige Pressekampagnen gegen Katholiken, Sozialisten und andere „Reichsfeinde". Die Analogie zu den Wahlkampfmitteln der CDU liegt auf der Hand. Bismarcks Verhältnis zum Staat war gekennzeichnet durch eine putschistische Mentalität, die ihm nicht nur erlaubte, jeden Augenblick Neuwahlen anzuberaumen, sondern auch mit Sondergesetzen zu regieren, ja stets mit der Möglichkeit des Staatsstreiches zu spielen. Auch in den illegalen CDU-Kassen kommt dieses Misstrauen gegenüber dem offen demokratischen Kampf zum Ausdruck. Noch immer fühlen sie sich berechtigt, mit den Elementen des Ausnahmezustandes zu operieren. Sie stell(t)en zwar die Regierung, behaupten aber „mit dem Rücken zur Wand" zu stehen. So läßt sich letztlich jeder Gesetzesverstoß und jeder Eingriff in demokratische Grundrechte rechtfertigen.

Die Beseitigung eines Grundrechts ist in einer großen Koalition Anfang der 90er Jahre mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts durchgesetzt worden. Einer der Stichwortgeber der jahrelangen Hetzkampagne gegen Flüchtlinge war der jetzige CDU-Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein, ***Volker Rühe**. In einem Brief an alle CDU-Fraktionen in Stadträten, Landtagen und Bürgerschaften forderte er dazu auf, systematisch „die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD dort herauszufordern". Dem Schreiben waren Argumentationsleitfäden, Musterpresseerklärungen und standardisierte Parlamentsanträge bzw. -anfragen beigefügt, mit denen offen Neid- und Konkurrenzgefühle gegenüber Nichtdeutschen angesprochen werden sollten. Kurz darauf kam es in Hoyerswerda zu tagelangen pogromähnlichen Angriffen auf Flüchtlinge. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Däubler-Gmelin sagte damals, bevor sich die SPD dem CDU-Kurs anschloß, es gebe „Sätze, an denen erkennt man Schreibtischtäter", und die Debatte um eine Verfassungsänderung gebe „den Menschen Steine statt Brot". Der damalige hessiche Umweltminister Fischer stellte fest, Rühe bediene „sich der Methoden eines wirklichen politischen Drecksacks". Inzwischen trägt auch *Bündnis `90/Die Grünen* eine Asyl- und Flüchtlingspolitik politisch mit, die die damalige Grundgesetzänderung nicht nur nicht rückgängig gemacht hat, sondern zur weiteren Entrechtung und Ausgrenzung von Flüchtlingen beiträgt. Auch dies sollte bei der Landtagswahl nicht vergessen werden.

Aussagekraft hinsichtlich der politischen Kultur in diesem Land hat auch der Fortgang der Diskussion über die Entschädigung der NS-ZwangsarbeiterInnen. Neben einer schnellen Auszahlung von Geldern an die Überlebenden kommt es darauf an, daß es Bundesregierung und Industrie nicht gelingt, einen Schlußstrich unter alle Verbrechen zu ziehen, an denen die deutsche Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Nazi-Regime beteiligt war.

Eure



Redaktion

NPD-Wahlkampf gestartet

Mit einer Saalveranstaltung hat die NPD in Schleswig-Holstein am 23. Januar ihren Wahlkampf in Schleswig-Holstein eröffnet. Nach dem Verzicht von DVU und REP ist die NPD die einzige faschistische Organisation, die sich um Stimmen bewirbt. Während des Wahlkampfes ist auch mit verstärkten Aktivitäten der militanten Nazi-Szene zu rechnen.

Bis 1996 hatten die Neofaschisten sechs Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag. Sie waren 1992 auf der DVU-Liste ins Kieler Landeshaus eingezogen; ein Teil von ihnen landete jedoch nach internen Streitereien später bei der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* (DLVH). In der DVU gab es 1999 Auseinandersetzungen um eine mögliche Kandidatur. Im Herbst hatte man in der Münchner DVU-Parteizentrale beschlossen, nicht an den Wahlen teilzunehmen. Begründung: es bestehe die Gefahr, die Verschuldung der Partei noch zu erhöhen. Wichtige Funktionäre aus dem schleswig-holsteinischen Landesvorstand, wie z.B. der schleswig-holsteinische DVU-Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl 1998, Dr. Klaus Sojka, traten in einem Rundschreiben an die Parteimitglieder dennoch für eine Kandidatur ein. Gegenseitig warf man sich daraufhin parteischädigendes Verhalten vor. Schließlich kam Sojka einem Parteiausschluß durch Austritt zuvor. Im Januar 2000 war er in Wiesbaden Teilnehmer einer von der dortigen Stadtverordneten-Fraktion der REP organisierten Podiumsdiskussion mit dem Titel „Vergangenheitsbewältigung nur auf deutsche Kosten". Für Frey war er publizistisch und juristisch gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung tätig geworden. Diese Kooperation dürfte jedoch zunächst beendet sein.

Schon seit dem Frühjahr hatte es Gespräche zwischen Gerhard Tempel, Bundesgeschäftsführer der REP, dem NPD-Landesvorsitzenden Ingo Stawitz und eben Klaus Sojka, der seit Anfang 1999 auch im Bundesvorstand der DVU saß, gegeben. Zeitweise wurde die Überlegung verfolgt, DVU-Mitglieder auf einer REP-Wahlliste zu plazieren. Aber den REP in Schleswig-Holstein gelang es trotz wiederholter Versuche nicht, die zur Aufstellung einer Landesliste notwendigen 50 Parteimitglieder zusammenzubringen. Daran konnte auch ein Brief der stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Uschi Winkelsett nichts ändern, in dem sie die „lieben Parteifreunde" beschwor, man dürfe „in Schleswig-Holstein unsere Wähler nicht enttäuschen". Aber auch in der Gaststätte *Waldlust* in Kühren bei Preetz gelang es nicht, eine eigene REP-Wahlliste aufzustellen.

Die NPD hatte früh ihre KandidatInnen aufgestellt; der Parteivorstand hatte Ende November endgültig einem Wahlantritt in Schleswig-Holstein zugestimmt. Die benötigten Unterschriften sammelte die NPD u.a. in Alten- und Pflegeheimen. In einem Rundschreiben appellierten der Bundesvorsitzende Voigt und der Landesvorsitzende Stawitz Ende Dezember gemeinsam an „Mitglieder, Freunde und Interessenten der NPD in Schleswig-Holstein und angrenzender Gebiete", daß neben den bereits vom Landesverband aufgebrachten 50.000.- Mark „weitere finanzielle Mittel und persönliche Unterstützung für diesen Wahlkampf benötigt" würden. Nicht auszuschließen ist daher, daß auch Neonazis aus den benachbarten Bundesländern zu Wahlkampfeinsätzen nach Schleswig-Holstein kommen. Von der Erwartung, in den Landtag einziehen zu können, ist in dem Schreiben nicht die Rede. Statt dessen aber wird der Wahlkampf als ein Beitrag dazu gesehen, „im nördlichsten Bundesland (...) eine neue arbeitsfähige Grundlage" zu schaffen.

An der Auftaktveranstaltung der NPD in Bad Bramstedt im Hotel „Zur Post" nahmen etwa 60 Personen teil. Als Gastredner sprach der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der dem Landesverband einen Kleinbus für Wahlkampfaktivitäten übergab. Er rief dazu auf, daß langfristig auch in Schleswig-Holstein eine „nationale Infrastruktur" entstehen müsse, zu der



Welche Politiker sind noch für das Volk da?

Der Wecker
AUFWACHEN - NACHDENKEN
Ausgabe: Januar/Februar 2000

Dies fragen sich immer mehr Bürger, nachdem der Schleswig-Holsteinische Landtag am 17. September 1999 den Volksentscheid zur Rechtschreibreform handstreichartig kippte.

Der Wille des deutschen Volkes erlebte an diesem Freitag in Schleswig-Holstein seinen schwärzesten Tag.

Am 27.9.98 hatte das Volk in einer Abstimmung mehrheitlich entschieden, an den Schulen nicht die fragwürdige neue Rechtschreibung zu lehren.

Das kümmerte jedoch die derzeitigen Kieler Abgeordneten recht wenig. Sie setzten sich einfach über den in der Volksabstimmung ausgesprochenen Willen des Volkes hinweg.

Besonders erschreckend für alle Demokraten war, daß dieser Akt einstimmig und ohne Aussprache erfolgte.

Entscheidungen gegen den Willen des Volkes sind in Deutschland keine Seltenheit. Man denke nur an die Abschaffung der Deutschen Mark und die Einführung der mehr als zweifelhaften Währung Euro oder an die Ausländerpolitik, die uns Deutsche immer mehr belastet.

Jetzt ließen die etablierten Parteien aber endgültig ihre Maske fallen. Sie zeigten was sie wirklich von dem Willen des eigenen Volkes halten.

Nur, was kann der Bürger tun, um solch einem Treiben Einhalt zu gebieten?

Eine Oppositionspartei, die NPD, reagierte allerdings umgehend und ließ die Kieler Schande vom Bundesverfassungsgericht auf deren Rechtmäßigkeit überprüfen.

Aus dem Verhalten der Kieler Abgeordneten sollten aber auch die Bürger ihre Lehre ziehen. Wenn das Volk weiterhin dulden will, daß gegen seine Interessen verstoßen wird, dann sollte es wieder die Politiker in den Landtag wählen, die z.Z. dort sitzen.

Damit aber zukünftig die Interessen des deutschen Volkes auch im Parlament vertreten werden, ist es notwendig, unbedingt zur Wahl zu gehen und den derzeitigen Politikern eine klare Abfuhr zu erteilen. Wer am 27. Februar zu Hause bleibt, darf sich nicht beschweren, wieder über den Tisch gezogen zu werden.

Darum kann es für alle diejenigen, die wollen, daß das Wohl des Volkes auch im Parlament eine Chance hat, nur eine Entscheidung geben: Zur Wahl gehen und ein Kreuz bei einer Partei machen, die den Etablierten ordentlich Kontra geben wird. Darum am 27.2.2000.

Etablierte in die Wüste schicken, NPD ankreuzen!

Schleswig-Holstein hat die Wahl

Eine politische Wende ist überfällig, doch was können Wahlen ändern?

Am 27. Februar werden die Schleswig-Holsteiner an die Urne gerufen - doch was soll man eigentlich wählen; wollen die Parteien nicht oh-

Wann öffnen Behörden kundenfreundlich?

Nachdem vor einigen Jahren das Ladenschlußgesetz geändert wurde, um Kunden Einkäufe bis 20 Uhr zu ermöglichen, denkt man nun über eine weitere Lockerung nach.

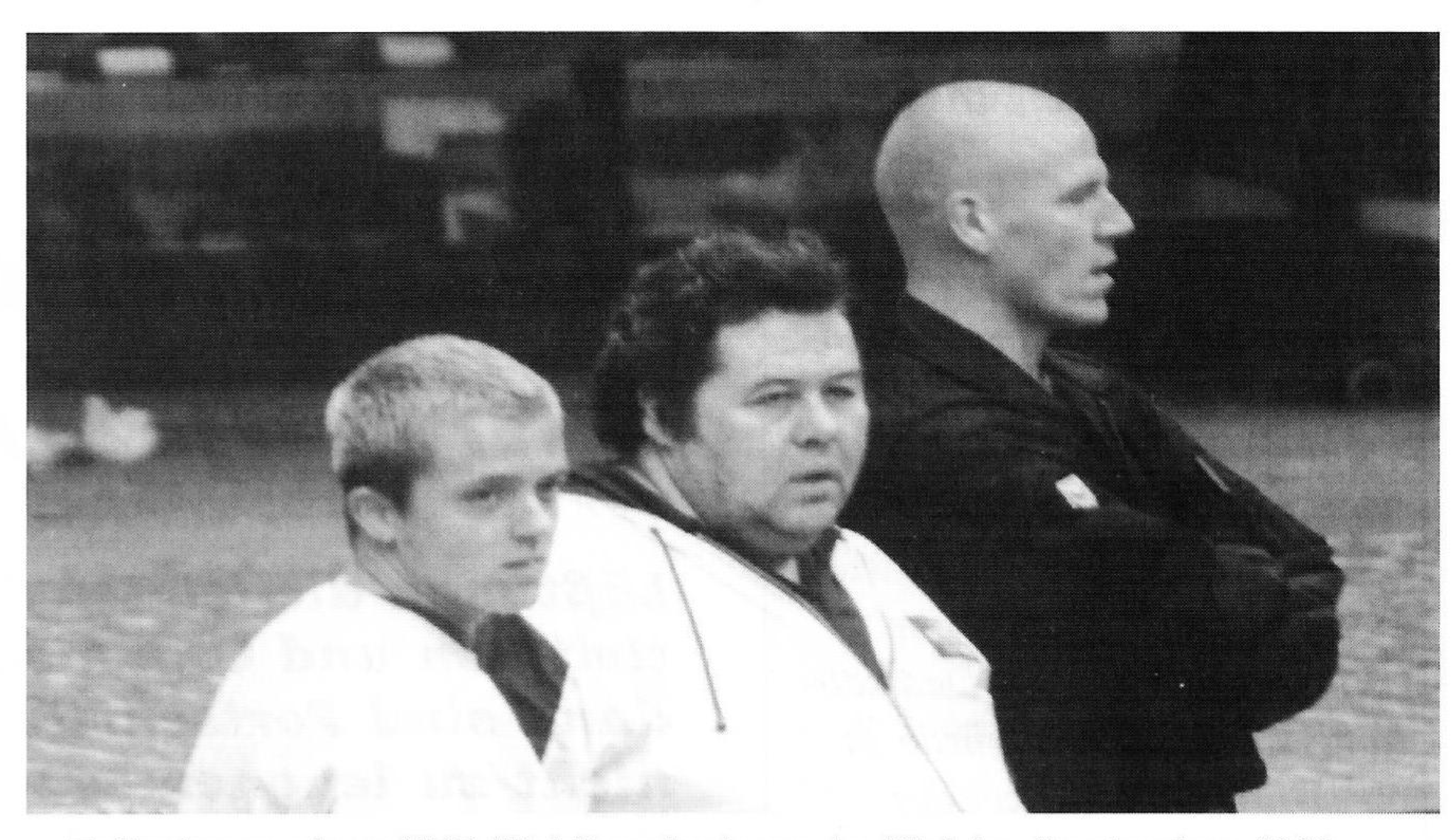
Nur, wie kunden-

vor allem Häuser und Grundstücke gehören sollten. Zu den Gästen gehörten Heinz Mahncke aus Tellingstedt, der bereits früher NPD-Wahlkämpfe unterstützt hat und der DVU-Funktionär Dr. Klaus Sojka. Dieser hat inzwischen in einem Rundschreiben an die DVU-Mitglieder in Schleswig-Holstein Loblieder auf die NPD gesungen und zur Wahl der NPD aufgerufen. Dieter Kern vom *Bündnis Rechts für Lübeck* kündigte an, man wolle in Lübeck die NPD im Wahlkampf unterstützen. Auch der Landesgeschäftsführer der REP, Werner Frey, ließ verlauten, daß Mitglieder der Partei sich am NPD-Wahlkampf beteiligen werden.

Auf Platz 1 der NPD-Landesliste findet sich Ingo Stawitz, der noch Ende Oktober 1999 in Kist bei Würzburg als Sprecher der DLVH bestätigt worden ist. Er hatte in der Vergangenheit keine Probleme mit einer Zusammenarbeit mit Neonazis. In Schleswig-Holstein ist er jedoch innerhalb der NPD nicht unumstritten; so hatte er im Herbst dazu beigetragen, daß eine vom JN-Landeschef Jürgen Gerg (Lübeck) geplante Demonstration unter dem Motto „Freiheit für alle politisch verfolgten Nationalisten" nicht stattfand, weil befürchtet wurde, daß es zu einer öffentlichen Solidarisierung mit dem zu lebenslanger Haft verurteilten Neonazi Kay Diesner kommen könnte. Gerg wurde daraufhin in einem Interview im Neonazi-"Zentralorgan" gefragt, ob er denn noch eine Zukunft in der NPD sehe, was dieser zumindest für die nahe Zukunft bejahte. Der Verlauf des Wahlkampfes und das Wahlergebnis dürften jedenfalls Einfluß darauf haben, ob die Kritiker von Stawitz gestärkt oder geschwächt werden.

Im Januar schickte Stawitz als NPD-Landesvorsitzender einen Brief an die Elmshorner Bürgermeisterin, die sich in einem breiten antifaschistischen Bündnis engagiert. Darin droht er unter anderem an, die Stadt zum Schwerpunktgebiet des NPD-Wahlkampfes zu machen.

Das Gros der der Partei zur Verfügung stehenden Wahlkampfmittel dürfte für die vierseitige Wahlkampfzeitung *Der Wecker*, Postwurfsendungen und Plakate weitgehend aufgebraucht werden. Mit dem *Wecker*, den der Oldesloer Parteifunktionär Wolfgang Schimmel presserechtlich verantwortet, versucht die NPD an die Unzufriedenheit vieler WählerInnen anzuknüpfen. „Keine Stimme verschenken ! Aus Protest für die Nationalen stimmen!" heißt es da; tatsächlich ist der in dem vierseitigen Blatt verbreitete Rassismus und Nationalismus kein Protest gegen die herrschenden Verhältnisse, sondern die Forderung nach einer noch schärferen Entrechtung und Schlechterstellung von Flüchtlingen und EinwanderInnen und für eine sozialpolitische Apartheid.



Teilnehmer einer NPD-Wahlkundgebung in Kiel im September 1998

Mit der Ankündigung, sich an dem Protest des Lübecker Friedensplenums gegen den Wahlkampfauftritt von Außenminister Fischer in Lübeck zu beteiligen, will die NPD nicht nur ihre völkisch begründete Kritik am Krieg gegen Jugoslawien demonstrieren; vor allem hofft sie auf Schlagzeilen in der Presse, um ihren Bekanntheitsgrad kurzfristig noch zu erhöhen.

Im *Wecker* versucht die neofaschistische Partei sich erneut als Opfer staatlicher Maßnahmen und antifaschistischer Aktionen darzustellen. Eine in anderen Bundesländern bzw. Wahlkämpfen herausgestellte Propaganda für einen „deutschen Sozialismus" findet sich in den Wahlkampfmaterialien der NPD Schleswig-Holstein nur sehr randständig. Zwar wird auch hier der „Haifischkapitalismus" angesprochen und „Arbeit statt Profite" gefordert, aber statt einer „revolutionären" Demagogie gibt sich die Partei ganz bieder.

KBK

NPD-Mitglieder wegen Wahlfälschung verurteilt

Zu je sieben Monaten Gefängnis auf Bewährung und einer Geldstrafe von 1500 Mark wegen Wählertäuschung hat das Amtsgericht Michelstadt zwei Mitglieder der NPD verurteilt. Vor der Kommunalwahl 1997 hatten ein 43 Jahre alter, inzwischen arbeitsloser Parteifunktionär und ein 57 Jahre alter Rentner in der Odenwaldkommune Höchst auf der Straße Unterschriften gesammelt.

Die Passanten hatten geglaubt, eine Protestliste gegen den Zuzug von Asylbewerbern unterschrieben zu haben. Tatsächlich hatten sie eine Wahlunterstützungsliste für die NPD gezeichnet. Nach Überzeugung des Gerichts ist es für die Verurteilung gleichgültig, ob die Getäuschten bei größerer Aufmerksamkeit den Irrtum hätten erkennen können.

Die NPD war wegen der erschlichenen Unterschriften von der Teilnahme an der Kommunalwahl in Höchst ausgeschlossen worden. Dagegen hatte sie vor dem Verwaltungsgericht geklagt und zunächst Recht bekommen. Im Laufe des Berufungsverfahrens vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel zog die NPD ihre Klage zurück.

(Frankfurter Rundschau 11.12.1999)

NPD-Liste zur Landtagswahl

Ingo Stawitz (* 1950)
Stawitz zog 1992 als Spitzenkandidat der DVU in den Landtag ein; ab Herbst 1993 war er dort Fraktionsvorsitzender der DLVH; 1996 war er mehrfach Redner beim „Bündnis rechts für Deutschland"; Ende 1998 wurde er NPD-Landesvorsitzender

Wolfgang Schimmel (* 1962)
langjähriger NPD-Aktivist

Reinhardt Kessow (* 1949)
kandidierte im März 1998 für das Bündnis rechts für Lübeck; 1998 Beisitzer im NPD-Landesvorstand S-H

Rainer Schütt (* 1944)
kandidierte im März 1998 für das Bündnis rechts für Lübeck und im September 1998 auf der schleswig-holsteinischen Landesliste der NPD bei der Bundestagswahl

Rolf Riesebieter (* 1928)
1971 NPD-Landtagskandidat in Schleswig-Holstein; erhielt im Juli `94 wegen 30-jähriger Mitgliedschaft in der Reservistenkameradschaft Uetersen eine Urkunde; 1998 Beisitzer im NPD-Landesvorstand SH

Wolfgang Behrens (* 1940)
1990 NPD-Bundestagswahl-Kandidat; 1991 im Landesvorstand der DVU; 1994 im DLVH-Landesvorstand

Gunnar Fragel (* 1973)
Anti-Antifa-Aktivist; 1998 auf der NPD-Landesliste SH zur Bundestagswahl

Rolf Heise (* 1948)
1996 Kandidat der DLVH bei der Landtagswahl

Schleswig-Holstein

Nazi-Szene setzt Aufbau-Arbeit fort

Läßt man die letzten Jahre faschistischer Aktivitäten und Organisierung Revue passieren, dann sind Fortschritte der extremen Rechten nicht zu leugnen. Zwar gibt es keine stabile Vertretung in den Parlamenten, aber insgesamt haben die Aktivitäten der Neofaschisten an Quantität und Professionalität gewonnen.

In der Bundesrepublik vergeht kaum ein Wochenende, an dem faschistische Gruppen nicht aufmarschieren und ihre Hetzpropaganda auf die Straße tragen. Die Zunahme solcher Aktionen schlägt sich auch in Schleswig-Holstein nieder. In der *Enough Is Enough* Nr. 1 hatten wir über einen Aufmarsch von Neonazis im Mai 1997 in Bad Segeberg berichtet. Die damalige Größenordnung (250 Faschisten) war Ausdruck der beginnenden Vernetzung bzw. engen strömungsübergreifenden Kooperation der faschistischen Szene in Schleswig-Holstein. Es folgten die beiden Nazi-Aufmärsche im Zusammenhang mit der Kandidatur des *Bündnis rechts für Lübeck* im ersten Quartal 1998 sowie der bundesweite Aufmarsch der Faschisten gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" in Kiel Ende Januar 1999. Daneben gab es in verschiedenen größeren und kleineren Orten Schleswig-Holsteins weitere Aufmärsche mit geringerer Teilnehmerzahl.

Die NPD hat diesen Teil ihrer politischen Strategie, bei dem sie sich nicht von den neonazistischen „Freien Kameradschaften" unterscheidet, den „Kampf um die Straße" genannt. Erfolge in diesem Bereich, d.h. die Möglichkeit zur ungehinderten Verbreitung auch offen nationalsozialistischer Propaganda, werden als Voraussetzung gesehen, um dauerhaft den „Kampf um die Köpfe" und den „Kampf um die Parlamente" führen zu können. Auch wenn die Anlässe für Nazi-Aufmärsche bei manchen für Kopfschütteln sorgen (in Hohenweststedt war es eine ausgefallene Silvesterfeier), so hat dies doch Methode. Es sind im wesentlichen drei Funktionen, die mit solchen Aufmärschen verbunden sind:

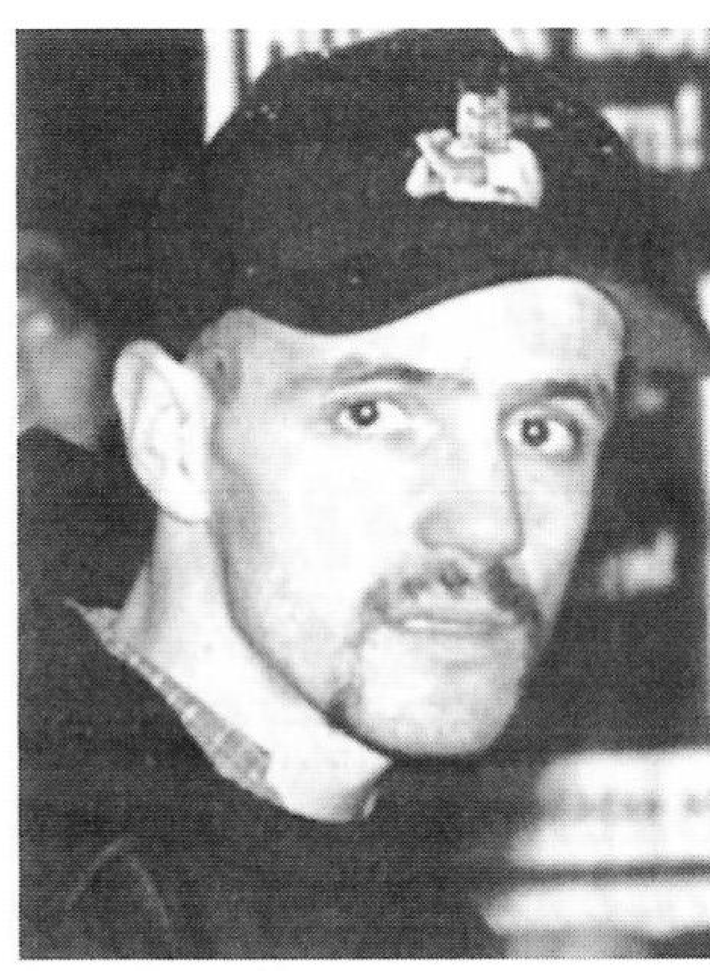
1) Politisch geht es darum, noch bestehende gesellschaftliche Widerstände gegen das öffentliche Propagieren faschistischer Ideologie zurückzudrängen, wobei neben der beabsichtigten Einschüchterung auch auf den Gewöhnungseffekt und die Etablierung einer Art „Gewohnheitsrecht" gesetzt wird.

2) „Militärisch" geht es darum, auch unter schwierigen Bedingungen (drohende Verbote, Proteste, antifaschistischer Widerstand) zentral gelenkte Aktionen durchzuführen und sich „auf der Straße" zu behaupten; insofern kommt diesen Aufmärschen auch immer Übungscharakter zu.

3) Organisatorisch müssen solche Aufmärsche als Vehikel zur Anbindung noch lose organisierter oder regional abseits gelegener Nazi-Szenen und -Cliquen an überregional agierende neofaschistische Strukturen gesehen werden. Ihre Durchführung geht fast immer einher mit intensivierten Kontakten und führt zur gegenseitigen Unterstützung bei Aktionen. Wer sich bei der Durchführung von Aktionen aus Sicht des neonazistischen Führungspersonals bewährt, darf diese dann auf regionaler Ebene auch selbst organisieren bzw. tritt als

Redner auf. Bei der gegenwärtigen Heranbildung von „Kadern" geht es weniger um intellektuelle Brillanz (da reichen die gängigen NS-Ansätze) als vielmehr aktive Betätigung im Sinne des Aufbaus von Strukturen und der Durchführung von Aktionen. Hierfür ist Peter Borchert aus Kiel ein Beispiel.

Auch wenn die wachsende Zahl neofaschistischer Demonstrationen das augenfälligste Zeichen für fortgesetztes Erstarken der faschistischen Szene ist, so geht es mittelfristig auch um den Aufbau von Strukturen, die den Handlungsspielraum der faschistischen Kader dadurch erhöhen, daß sie ihnen Einkommensmöglichkeiten und Stützpunkte bieten, auf die nicht unmittelbar wirksam Druck durch politische Aktionen oder staatliche Stellen ausgeübt werden kann. Dies bedeutet beispielsweise Kauf statt Anmietung von Immobilien für Schulungszwecke, Treffen und Konzerte (vgl. das unten abgebildete, von den Neonazis Wulff und Klebe erworbene Gebäude (S.9 + S.34) sowie der Aufbau von Unternehmen, in denen bevorzugt „Kameraden" beschäftigt werden. Die zahlreichen CD-Versände sind hier nur ein erster Schritt. Ansätze zu entsprechenden Projekten finden sich vereinzelt auch in Schleswig-Holstein.


Peter Borchert aus Kiel

Treten die Faschisten bei ihren Aufmärschen meist diszipliniert auf, um keinen Anlaß für Verbotsmaßnahmen zu liefern, so gehören Einschüchterung und Terror doch zu ihren wesentlichen Methoden. Die Gewalt ist nicht nur Mittel zur Durchsetzung eines „völkisch/rassisch reinen Deutschlands", sondern richtet sich verstärkt auch gegen demokratische und linke Kräfte. Ein anschauliches Beispiel in Schleswig-Holstein liefert derzeit Elmshorn (vgl. S. 35). Alltäglicher sind jedoch die vielen kleinen Terrorakte, die insgesamt zur Einschüchterung beitragen (sollen). Die Angriffe von Nazis auf Bauwagen und linke Zentren sind Teil dieser Strategie.

Weil die Strategie der Neofaschisten zunächst auf die „Eroberung der Straße" zielt, ist es von zentraler Bedeutung, ihnen dabei einen Strich durch die Rechnung zu machen. Sie gewähren zu lassen, ist falsch verstandene und zudem gefährliche Toleranz. Sie politisch und praktisch in die Grenzen zu weisen, kann und darf nicht Aufgabe einzelner Gruppen bleiben.

Jan-Steffen Holthusen (Hamburg/Neumünster)

Alle Jahre wieder...

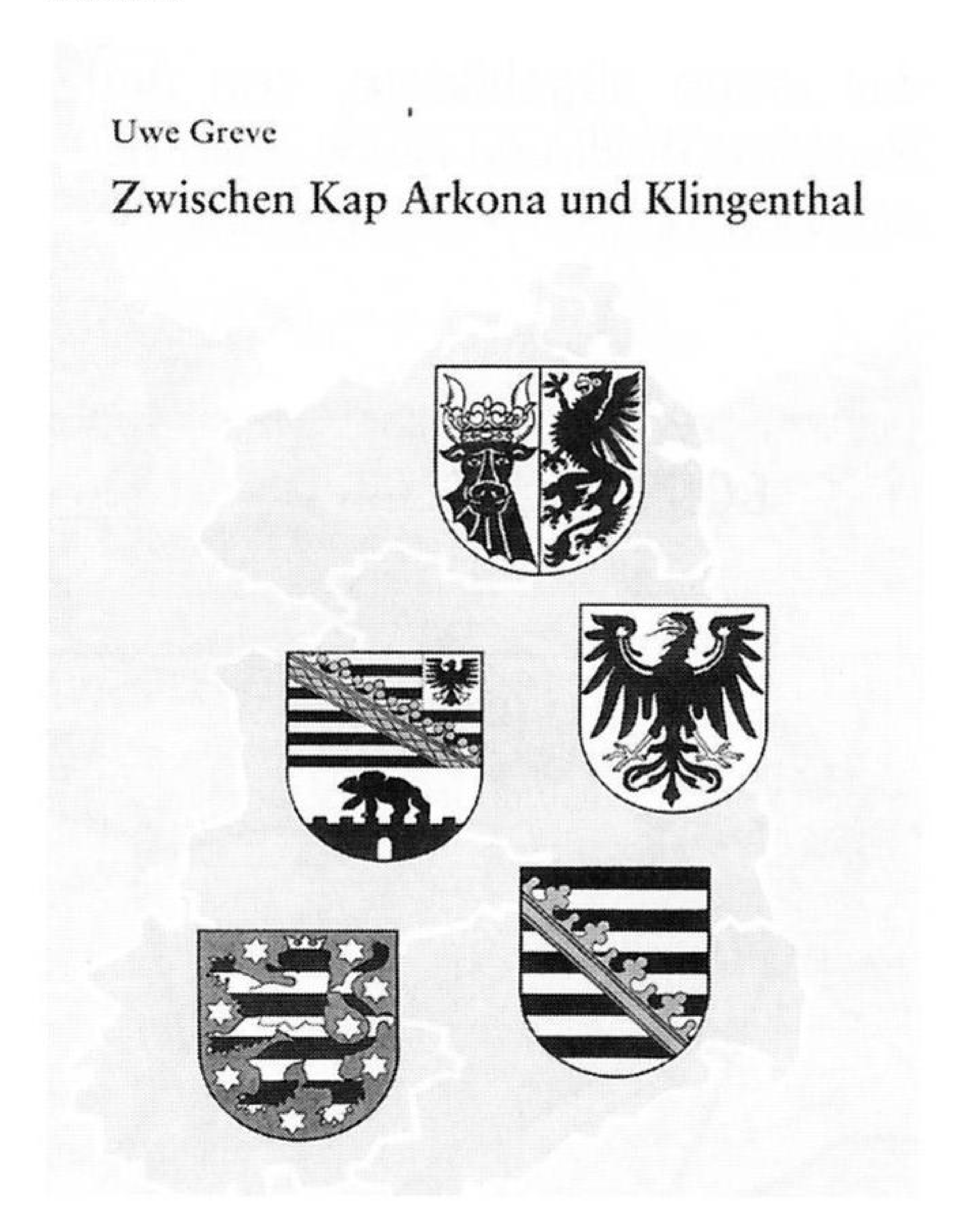
Kieler CDU schickt Rechtsaußen Uwe Greve ins Rennen

Publizist, Journalist, Schriftsteller, Unternehmensentwickler, Lektor, Historiker, Sachbuchautor, Politiker - mit derlei Attributen schmückt sich der Kieler CDU-Landtagskandidat gerne - je nach Gusto. Zur kommenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein soll Greve wieder einmal punkten.

Bei der CDU-Mitgliederversammlung Ende März 1999 in Kiel setzte er sich gegen die Ratsfrau Silke Engelke für den Wahlkreis Kiel-Mitte durch. Die Kieler Nachrichten schrieben dieses Wahlergebnis nicht zuletzt einer Reihe zuvor in die CDU eingetretenen „Russlanddeutschen" zu. Greve, als langjähriger Landesvorsitzender der Ost-und Mitteldeutschen-Vereinigung und „glühender" Vertreter der Ostpreußen- und der sogenannten Vertriebenenverbände, gehört nicht zu den Wunschkandidaten der CDU-Kreisvorsitzenden Angelika Volquartz, sondern eher zu ihren innerparteilichen Gegnern. Uwe Greve hat bereits einen langen politischen Weg hinter sich. Nach dem Studium der Geschichte, Politik und



Geographie in Kiel - ohne Hochschulabschluß - gab er Anfang der 70er Jahre ein Gastspiel bei der FDP, für die er als Referent im Landtag tätig war. Abgestoßen von der Koalitionsaussage der schleswig-holsteinischen FDP zugunsten des „SPD-Marxisten Jochen Steffen" (O-Ton Greve), schloß sich der dem nationalliberalen Flügel verbunden fühlende junge Greve nach wenigen Monaten der CDU an, wo er sich zunächst in der Wirtschafts-und Mittelstandsvereinigung engagierte. Schon in den 80er Jahren führte er als Vorsitzender die schleswig-holsteinische Abteilung der CDU-Heimatvertriebenen in der Ost-und Mitteldeutschen-Vereinigung an; eine Organisation, die vor allem für ihre revanchistischen Positionen bekannt ist. Greve ist Mitglied im Bund der Heimatvertriebenen und der Landsmannschaft Ostpreußen (LMO), wo der Hitler-Faschismus - vorsichtig formuliert - beschönigt wird und die Stimmen für eine „Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete" nicht verstummen wollen. Der „Journalist" Greve veröffentlicht gerade zu dieser Thematik häufig Artikel in dem wöchentlich erscheinenden und extrem revanchistischen Propagandaorgan der LMO, dem Ostpreußenblatt. Außerdem veröffentlichte er bislang etliche Bücher und Schriften zu der gesamten Thematik. Neben den sogenannten „Heimatvertriebenen" (den deutschen selbstverständlich) gehören seine eigene „Heimat", das ehemalige Ostdeutschland und die „Greuel des Kommunismus" zu seinen Lieblingsthemen. Buchtitel wie „Lager des Grauens. Sowjetische KZ's in der DDR nach 1945", für die er denn auch in allen möglichen reaktionären bis neofaschistischen Publikationen werben lässt, bestätigen dies. Verlegt werden Greves Bücher oft im Arndt- oder im Orion-Heimreiter-Verlag des Ex-Kieler Rechtsextremisten Dietmar Munier. In dessen Katalog *Lesen und Schenken* werden die Bücher mit denen von Alt- und Neonazis beworben. Desweiteren betätigt sich Greve in vielerlei ultrarechten bis neofaschistischen Publikationen als Autor; so veröffentlicht er beispielsweise in einschlägigen Zeitschriften wie Criticón, MUT, Nation & Europa oder dem Deutschland-Magazin. Unter Berührungsängsten gegenüber der extremen Rechten leidet Greve offensichtlich nicht.



Im vorletzten Jahr machte Greve von sich Reden, als er Kraft seines Amtes als 1. Vorsitzender des Bismarckbund e.V. großzügige Zeitungsannoncen zum 100. Todestag Otto von Bismarcks u.a. in der FAZ schaltete. Der Bismarckbund hatte öffentlich auch nichts dagegen, als zu jenem 100. Todestag über 100 Neonazis in Aumühle (bei Friedrichsruh, wo sich Bismarcks Grabstätte befindet) zu Bismarcks Gedenken aufmarschierten und unter Polizeischutz ihre faschistischen Parolen grölten. Wenn Greve sich im extrem rechten Lager auch viele Sympathien eingehandelt hat, so stößt er innerhalb seiner eige-

nen Partei nicht immer auf Gegenliebe. Nach der Veröffentlichung seines Buches „Parteienkrise - CDU am Scheideweg" im Jahr 1993, in dem er sich - getreu des reaktionären Stammtisch-Geschwafels - über Nation, Asyl, Europa oder Kriminalität und Werteverfall ausließ, und seiner offen bekundeten Sympathien für die Republikaner als potentiellem Bündnispartner, sahen sich einige führende Christdemokraten genötigt, sich von Greves rechten Thesen zu distanzieren. Die Kieler Kreisvorsitzende Angelika Volquartz stellte fest, Greve spreche nicht die Sprache der CDU und der damalige CDU-Landesvorsitzende Ottfried Hennig bezeichnete das Buch Greves als schädlich für die Partei und legte ihm den Parteiaustritt nahe. Dies hinderte allerdings den Kieler Kreisverband mitnichten daran, Greve ohne Personaldebatte im November 1993 für die Bundestagswahl zu nominieren. Greves abermalige Kandidatur zur Landtagswahl 2000 zeigt, dass sich die schleswig-holsteinische CDU offenbar mit dem Parteirechten arrangiert hat und sich erhofft, durch Leute wie ihn das ultrarechte WählerInnen-Potential aufzusaugen. Oder aber Greves frühere Position als Rechtsaußen innerhalb der CDU hat sich dank des sich allgemein vollziehenden Rechtsrucks derart relativiert, dass dadurch einer Kandidatur nichts mehr entgegensteht.

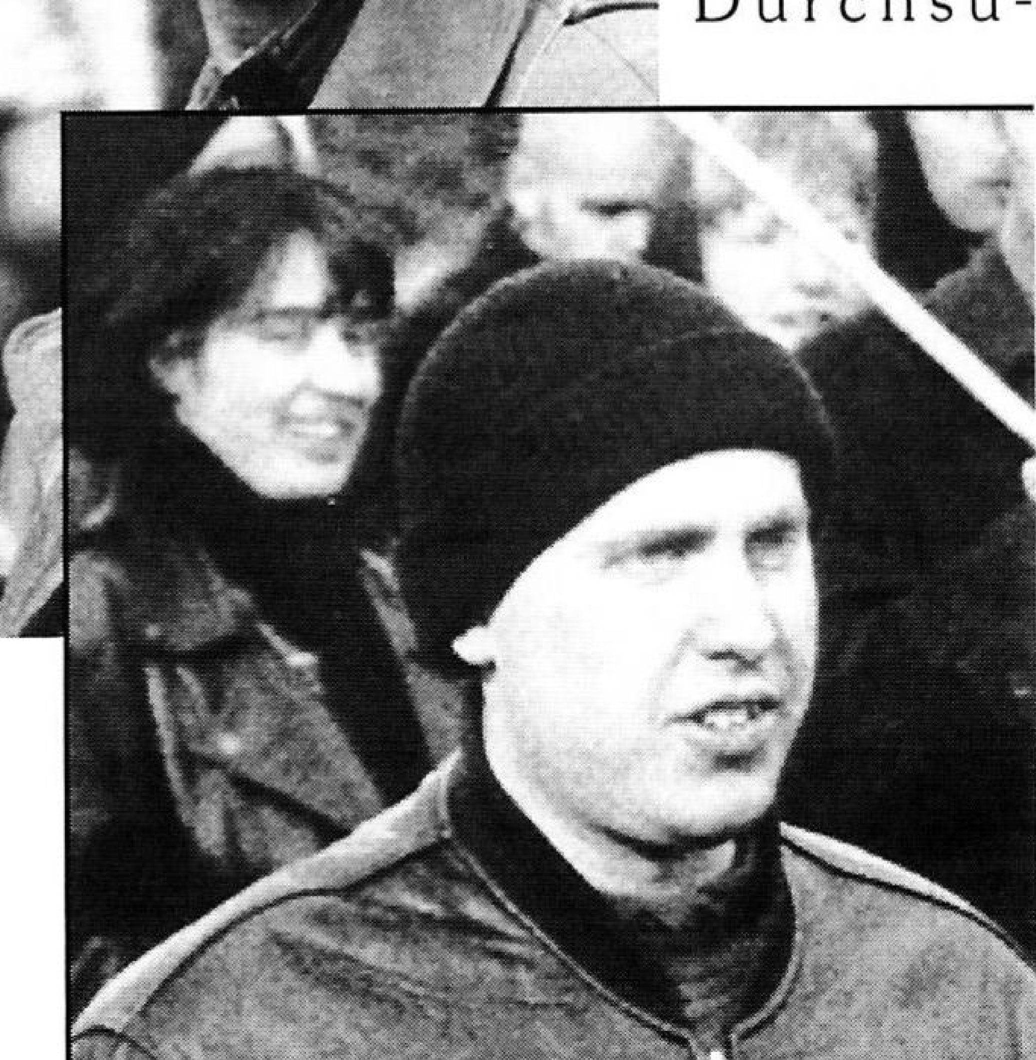
MOTZ

Schlag gegen „Zentralorgan"

Wegen des Verdachts der gemeinschaftlichen Volksverhetzung wurden am 10.01 durch den Hamburger Staatsschutz in Mecklenburg Vorpommern, Hamburg und Hildesheim Wohnungen und Postfächer von vier tatverdächtigen Neonazis durchsucht.

Bei den vier Neonazis handelt es sich um **Thomas Wulff**, **Dirk Sukol**, **Tobias Thiessen** und den 61 jährigen **Klaus Bärthel** die gemeinsam an der Herausgabe der in Hamburg ansässigen Neonazi - Zeitschrift „**Zentralorgan**" beteiligt sind. Bei der Zeitschrift „*Zentralorgan*" handelt es sich um eine der führenden Publikationen von und für die „**Freien Nationalisten**" und dem „**Nationalen Widerstand**". Der Kopf und Initiator dieses Blattes ist der Hamburger Nazi **Thomas Wulff (Steiner)**, der zusammen mit dem Hamburger Nazi - Kader **Christian Worch** auch als Mitinitiator des Konzeptes der sog. „**Freien Kameradschaften**" zugeordnet werden kann. Der Name „*Zentralorgan*" ist darauf zurückzuführen das mit der Herausgabe der Zeitschrift versucht wird den sogenannten „*Freien Kameradschaften*" eine unabhängige Informationsplattform mit mobilisierender Wirkung zu Verfügung zu stellen.

In der Novemberausgabe des Zentralorgans (Nummer acht) lautete die Schlagzeile des Zentralorgans: „Juden raus" und darunter in sehr kleiner Schriftgröße „aus Österreich". Aufgrund diesen Sachverhalts wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung durch die Hamburger Staatsanwaltschaft eingeleitet. Bei den anschließenden Hausdurchsuchungen in **Ludwigslust**, **Teldau**, **Greven-Ausbau**, **Sasel**, **Lohbrügge** und **Alsterdorf** wurden vier Computeranlagen, Aufzeichnungen der Beschuldigten, CD ROMs und 930 Exemplare der Zeitschrift „*Zentralorgan*" sichergestellt. In einer im Internet veröffentlichten Bekanntmachung der „**ZORG**" Redaktion bezüglich der Durchsuchungen am 10.01 wurde darauf hingewiesen, dass die Ausgabe 8 des Zentralorgans weiterhin verbreitet werden darf (O-Ton Zentralorgan): „*Um allerdings staatlichen Repressionsmaßnahmen vorzubeugen, sollte die besagte Titelzeile* **„Juden raus..."** *vorher geschwärzt bzw. anderweitig unkenntlich gemacht werden*". Des weiteren wurde in dem Schreiben bekanntgegeben, dass die Deutsche Post AG das Redaktionspostfach mit der Begründung, dass der für den Vertrieb des *Zentralorgans* verantwortliche „**Wolf Verlag Norddeutschland**" seinen Sitz nicht mehr in Hamburg hätte, gekündigt hat. Als neue Redaktionsanschrift wird nun eine Postfachadresse in **Ludwigslust** angegeben.



Wulff und Thiessen (u.) bei einer Demo in Lübeck

Bei dem in Teldau (Kreis Amholz) durchsuchten Pbjekt handelt es sich um ein verfallenes Herrenhaus, das Thomas Wulff zusammen mit dem aus Lüneburg bekannten Neonazi **Michael Greve** für 300 000 DM von der Gemeinde Teldau erworben hat. Woher die für den Kauf des Hauses benötigte Summe stammt, wäre zu diesem Zeitpunkt reine Spekulation, aber es würde den Autoren des Artikels nicht verwundern, wenn in diesem Zusammenhang als Geldgeber die Namen „**Jürgen Rieger**" oder „**Christian Worch**" auftauchen würden.

Dirk Zorn

Dietmar Munier - ungestört auf dem Dorf

Vor einigen Jahren zog Dietmar Munier, Verleger faschistischer Literatur, von Kiel nach Martensrade in den Kreis Plön. Zwar mußte er seine Buchhandlung aufgeben, vor der es immer wieder zu antifaschistischen Protesten gekommen war, dafür betreibt er seitdem seine Aktivitäten ziemlich ungestört. Neben seiner Versandbuchhandlung und den Verlagen Arndt und Orion-Heimreiter konzentriert er seit fast zehn Jahren auf die Aktion „Deutsches Königsberg".

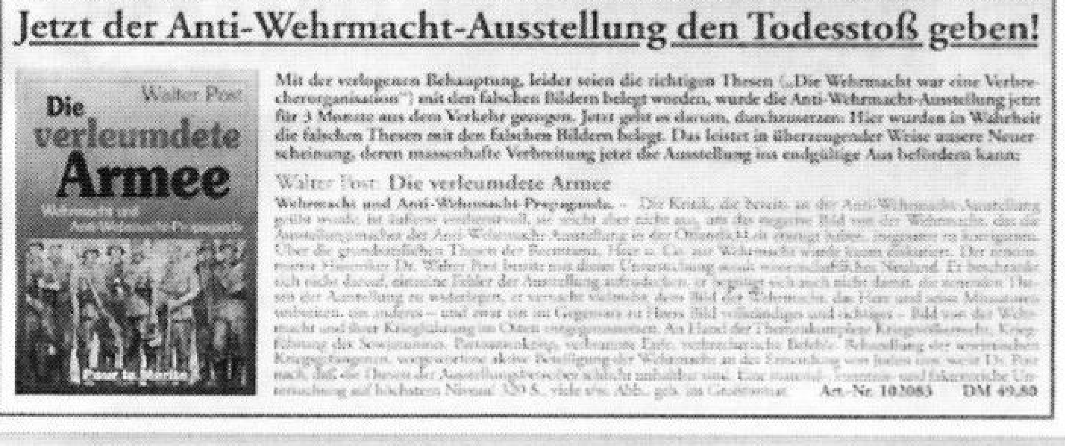
Mehrmals im Jahr erhalten Interessierte den Versandprospekt *Lesen & Schenken* des ARNDT-Buchdienstes und der Europa-Buchhandlung Muniers, die noch immer über ein Kieler Postfach zu erreichen sind. Wes Geistes Kind der frühere stellvertretende Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten in Schleswig-Holstein und Organisator von „Wehrsport"übungen, Dietmar Munier, ist, zeigt auch das von ihm vertriebene Buchsortiment und die dazu gehörigen Werbetexte.

Völkischer Nationalismus und Germanentümelei, Gebiets- und Geschichtsrevisionismus, kritiklose Darstellung der Wehrmacht und der NSDAP - das sind die Botschaften eines beträchtlichen Teils des Buchangebots:

- Da wird etwa das Buch über die Junkerschulen der SS, dessen Autor Richard Schulze-Kossens persönlicher Adjutant Hitlers war, mit dem Hinweis beworben, bei dieser Terrororganisation habe es sich um eine „geschichtlich wohl einmalige Elite" gehandelt.

- Über die SA heißt es in der Werbung für ein Buch des Altnazis Wilfried von Oven, er „gehörte selber einem Berliner SA-Sturm an und half der NSDAP, den Kampf um die Macht zu gewinnen". Die „eigentliche Bedeutung" der SA, so die Ankündigung im Prospekt, „liegt in der sog. `Kampfzeit`, (...), als es galt, den Führern und Rednern der NSDAP die Möglichkeit freier Rede zu gewährleisten, diese notfalls zu erkämpfen." So wird der Terror der SA gegen bürgerliche Demokraten, Juden und Linke noch nachträglich gerechtfertigt.

- Zu einem Buch über die V 1, eine raketengetriebene Bombe der Nazis, heißt es: „Bei einer weiteren Verbesserung des Geräts und ausreichenden Munitionsmengen wäre die Ausschaltung Londons mit V1-Flugkörpern in kurzer Zeit gelungen." - „Ausschaltung Londons" aber bedeutet: die Millionenstadt London in Schutt und Asche legen.



- Noch immer hat Munier auch „Klassiker" der extremen Rechten im Programm, so z.B. das 900-Seiten Buch „Der erzwungene Krieg" von David L. Hoggan. Hoggan, der nach Erscheinen des Buches 1964 in der Bundesrepublik eine von neofaschistischen Gruppen organisierte Rundreise machte, leugnet darin die Verantwortung Nazi-Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg.

- Auch Bücher des Revisionisten David Irving hat Munier im Programm, so etwa „Biographien" über Göring und Goebbels sowie den Band „Deutschlands Ostgrenze", zu dem sich die Anmerkung findet, daß die jetzige Grenze zwischen Polen und Deutschland nicht durch „Dauerhaftigkeit" gekennzeichnet sei. Hoffnungsvoll heißt es dazu: „Das Recht muß schließlich siegen."

- Unter der Überschrift „Jetzt der Anti-Wehrmacht-Ausstellung den Todesstoß geben!" wird in Muniers Prospekt für das Buch „Die verleumdete Armee" von Walter Post geworben. Post bemüht sich darum, der Legende von der „sauberen Wehrmacht", die ehrenwert gekämpft habe, wieder neuen Glanz zu verleihen.

Schließlich findet sich auch antipolnische Propaganda. Ein Mitte der 90er Jahre in Muniers Arndt-Verlag herausgegebenes Buch mit dem Titel „Dokumente polnischer Grausamkeiten" sorgte für gerichtliche Auseinandersetzungen, da die Umschlaggestaltung der Propagandaschrift - ursprünglich 1940 vom Auswärtigen Amt der Nazis herausgegeben - den Eindruck erweckte, es handele sich um eine Veröffentlichung aus dem heutigen Auswärtigen Amt. Nach einem längeren Rechtsstreit ordnete das Landgericht Berlin im Sommer 1998 an, die Restauflage des Buches nicht weiter zu ver-

breiten. Ein Antrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom Juli 1997, das Buch als jugendgefährdend auf den Index setzen zu lassen, wurde von der zuständigen Kommission jedoch im Juli 1999 abgelehnt; auch das Buch „Der Tanz auf dem Vulkan" von Gustav Sichelschmidt und ein Video mit dem Titel „Vertreibungspläne - Vertreibungsgreuel" - gegen beide lagen ebenfalls Indizierungsanträge vor - sind weiterhin frei verkäuflich. Inzwischen hat Munier, der bei der Anhörung in Bonn vom Faschisten Horst Mahler (Rechtsanwalt) begleitet wurde, nachgelegt: Unter dem Titel „Der Tod sprach polnisch" verbreitet er eine „Bilanz des Schreckens", „den polnische Fanatiker in diesem Jahrhundert immer wieder unschuldigen deutschen Zivilisten (...) zufügten." Die extreme Rechte benutzt dies noch heute zur Rechtfertigung des deutschen Überfalls auf Polen; die Nazis prägten für die Ereignisse in Bromberg vom 3. bis 5. September 1939 den Begriff „Bromberger Blutsonntag" und nutzten diese als Alibi für alle Maßnahmen im Rahmen der Politik der Ausschaltung der polnischen Intelligenz und der Dezimierung der polnischen Bevölkerung.

Revanchistische Wühlarbeit schreitet voran

„Immer daran denken, nie verzichten" heißt denn auch ein weiteres Buch aus dem Arndt-Verlag, das „Deutschlands Gebietsverluste 1919-1945" beklagt. Es propagiert wie andere vergleichbare Machwerke den Anschluß dieser Gebiete an das Staatsgebiet Deutschlands und kann so als ideologische Flankierung für die von Munier geleitete *Aktion Deutsches Königsberg* (ADK) verstanden werden. Unter dieser Bezeichnung sammelt Munier seit Anfang der 90er Jahre Geld, Material und Freiwillige aus Kreisen der Revanchisten und der extremen Rechten, um in der russischen Oblast Kaliningrad das „Deutschtum" - und damit deutsche Ansprüche - zu stärken. Zu Recht erhielt Munier daher von den zuständigen Behörden Einreiseverbot.

Im Rundschreiben 3/99 der *Aktion Deutsches Königsberg* wird stolz vom Verlauf der Arbeiten berichtet. Etliche Häuser der nach der nationalistischen Schriftstellerin Agnes Miegel benannten Siedlung seien bereits errichtet. Neben Abbildungen der Gebäude, zu denen später auch ein „Schul- und Gemeinschaftshaus der Rußlanddeutschen" kommen soll, finden sich im Rundbrief auch revanchistische Parolen wie „Nach Ostland wollen wir reiten, nach Ostland wollen wir gehen, fern über die grünen Heiden, fern über die blauen Seen!"

Schon Ende April hatte sich der *Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.* im bayerischen Elfershausen zu seiner Jahrestagung getroffen. Der Verein ist eng mit Muniers ADK verbunden; sein Vorsitzender Henning Pless kommt aus dem Munier nahestehenden Flügel des früheren *Bund Heimattreuer Jugend*. Die Versammlung wurde erneut zum einträchtigen Stelldichein von Konservativen und Faschisten. Zu den Rednern gehörte der Berliner Rechtsanwalt Mahler, der 1999 als Redner bei der NPD auftrat. Grußbotschaften kamen u.a. von W. von Gottberg (Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen), den Bundeswehrgenerälen a.D. Heinz Karst und Reinhard Uhle-Wettler und dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos. Albrecht Jebens, von 1982-1997 Geschäftsführer des CDU-nahen Studienzentrums Weikersheim, dann verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift soldatischer Traditionsverbände mit dem Titel *Kameraden*, findet die Arbeit des „Schulvereins" denn auch „bewunderungswürdig". So wundert es wenig, daß die deutsche Siedlung Reiseziel ehemaliger Wehrmachtsangehöriger ist, wie etwa vom „Traditionsverband der ehemaligen 291. Infanteriedivision oder aus dem „Kameradschaftsbund Fallschirmpanzerkorps".


Schirmherrschaft: Prof. Dr. Hellmut Diwald (†)
ARNDT-Buchdienst / Europa-Buchhandlung
D-24035 Kiel · Postfach 3603 · Telefon (0 43 84) 59700 · Fax (0 43 84) 597040

Aktion „Deutsches Königsberg"

Ein Vermächtnis wird erfüllt!

Fr.-G. Horn

Wird der Stahlhelm verboten ?

Lange Zeit konnte der Stahlhelm - Kampfbund für Europa weitgehend unbeachtet sein Unwesen treiben. 1998 feierte er sein 80jähriges Jubiläum. Die Organisation, in der eher monarchistisch gesinnte ältere Mitglieder die Gemeinschaft mit Neonazis pflegen, ist insbesondere wegen ihrer strikten militaristischen Praxis erwähnenswert, zu der auch die Ausbildung an der Waffe gehört. In den letzten Jahren ist der Stahlhelm auch in Schleswig-Holstein aktiv geworden.

Als Schulungszentrum und Zentrale des militaristischen *Stahlhelm* dienen ein Gebäude am Potzberg bei Altenglan (Rheinland-Pfalz) und ein Gelände im niedersächsischen Jork. Dort befindet sich das „Franz-Seldte-Haus", benannt nach dem Gründer des *Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten*; Franz Seldte war von 1933 bis 1945 Reichsarbeitsminister und Preußischer Staatsrat. Die Organisation wurde 1918 gegründet und konnte in der Weimarer Republik zu einer Massenorganisation werden, die 1933 etwa 750.000 Mitglieder hatte. Mit der Machtübergabe an die Nazis wurde der *Stahlhelm* in die SA eingegliedert. Das enge Verhältnis zur NSDAP wird aus einer Erklärung Franz Seldtes vom 25. September 1933 deutlich: „Wir haben nach einem Führer ausgeschaut. Nun haben wir in Ihnen, Herr Volkskanzler, den Führer erkannt und gefunden, dem Gott die Fähigkeit verliehen hat, den Deutschen Befehle jetzt und für die Zukunft geben zu können. Sie als Führer wollen uns auch in die gemeinsame, große, nationalsozialistische Bewegung aufnehmen. (...) Wir nehmen dies mit tiefem Dank an." 1935 wurde die Organisation formell aufgelöst; sie trug dann die Bezeichnung *Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund*.

1951 erfolgt die Neugründung; an den Bundestreffen des *Stahlhelm* nehmen bis in die 60er Jahre über 2000 Mitglieder teil. 1973 führt die Organisation den noch heute gültigen Namen ein. Vorübergehend kommt es in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu engen Kontakten mit der neofaschistischen DVU. So war beispielsweise deren Lübecker Aktivist Dr. Ernst Sellnau zugleich für den *Stahlhelm* tätig. Die Organisation fordert die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1939, betreibt rassistische und antisemitische Agitation und verherrlicht in nationalistischer und militaristischer Art und Weise die deutsche Geschichte. So heißt es im Jahre 1993 in „Der Frontsoldat - Mitteilungsblatt des Stahlhelm e.V." beispielsweise: „Bis zur verbrecherischen Revolution 1918 war mit dem Soldatentum alles in Ordnung." Dann ließen Ende der 20er Jahre „der STAHLHELM (...) die SA-SS und auch der Jungsturm (...) die SOLDATISCHEN TUGENDEN in neuem Glanz erstehen", aber „am Ende des Zweiten Weltkrieges war unsere Wehrmacht nach herrlichen Siegen in einem Kampf gegen die halbe Welt ehrenvoll unterlegen."

An diese „herrlichen Siege" und diese Tradition des deutschen Faschismus will der *Stahlhelm*, derzeit geführt von „Bundesführer" Günter Drückhammer, anschließen. Voller Begeisterung heißt es in *Der Frontsoldat* anläßlich eines Bundeswehrgelöbnisses: „Da marschierten sie auf; zackig, diszipliniert mit dem Eifer gute Soldaten zu sein, (...) Ein beifälliges, ja begeistertes Gemurmel lief durch die Zuschauerreihen (...) Die Meinung einiger alter Frontsoldaten in meiner Begleitung `das klappt ja wie in unsrer Zeit` und das ist wahrlich ein dickes Lob für unsere jungen Soldaten." Im Anschluß an den Aufmarsch spricht ein Offizier: „Er hielt eine wirklich patriotische Rede, in derem Verlaufe ihm entschlüpfte, daß die Deutschen ja schon immer erstklassige Soldaten gewesen seien (...) Für diese Rede erhielt er Beifall, den man wirklich schon als orkanartig bezeichnen konnte."

Der *Stahlhelm* organisiert jährlich mehrfach Schulungen und Wehr"sport"übungen. „Zur soldatischen Aus- und Weiterbildung dient in erster Linie das alljährliche Osterbiwak mit der Abnahme der Prüfung zum STAHLHELM - WEHRSPORTKREUZ" heißt es im Spätsommer



Teilnehmer einer neofaschistischen Demonstration in Bad Segeberg im Mai 1997

1998 in der *Stahlhelm*-Zeitschrift. Auf dem Dienstplan am „Samstagmorgen, nach dem Frühstück, um 8.00 Uhr, ging es dann mit den Themen: Ortsappelle, Versammlungen, Gliederungen des Stahlhelm, Dienstränge weiter." Zur Erlangung des *Stahlhelm* Wehrsportkreuz' muß marschiert, geradelt und geritten werden; Karte und Kompaßkunde gehören ebenso dazu wie - nur notdürftig als „Keulenzielwurf" getarnt - der Umgang mit Handgranaten. Die Ausbildung leitet Kai-Uwe Drückhammer, „Bundesjugendführer" des *Stahlhelm* und früherer Bundeswehr-Oberfeldwebel. Im Sommer 1999 führte er an der Ostsee ein Biwak mit 30 Kindern durch. Dort lernten Jungen und Mädchen ab zwölf Jahren mit Plastikgewehren zu marschieren und das Bedienen echter Waffen.

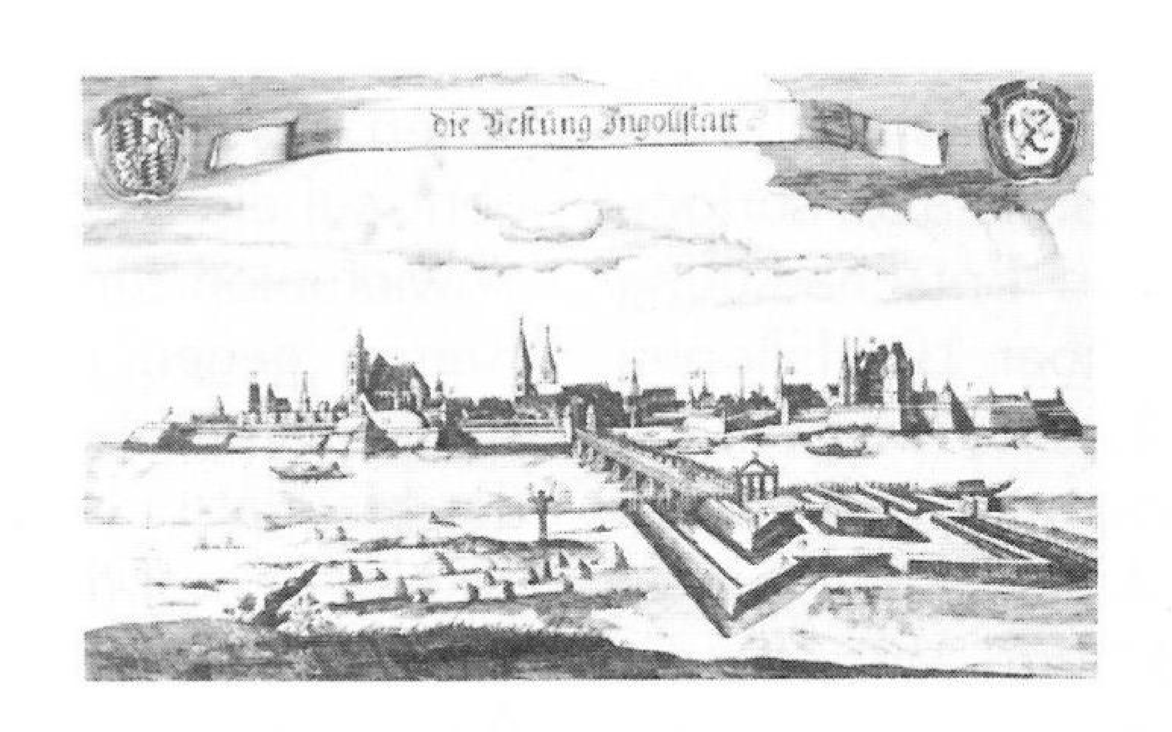
Auch wenn der *Stahlhelm* heute nicht mehr als einige hundert Mitglieder haben dürfte, handelt es sich nicht um einen „harmlosen Traditionsverein", wie der Pfälzer *Stahlhelm*-Funktionär Hans-Jürgen Hertlein glauben machen will. Er behauptet, der *Stahlhelm-Landesverband Pfalz e.V.* sei ein „militärhistorischer Verein zur Erforschung militärgeschichtlicher Vorgänge in der Pfalz". Tatsächlich geht es der Organisation aber auch um die Verbreitung einer bestimmten Ideologie. Auch zu diesem Zweck ist ihr die Jugendorganisation *Jungstahlhelm* (17-21 Jahre) angegliedert; der „1. Bundesführer" gab zudem anläßlich des 80jährigen Bestehens den Befehl zum Neuaufbau des *Jugendkorps Scharnhorst* (10-16 Jahre).

Kontakte bestehen in Rheinland-Pfalz zur NPD, in Norddeutschland zur Tostedter Neonaziszene und zum Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger. Im März 1998 stellte die Polizei in Rheinland-Pfalz bei 14 Hausdurchsuchungen, einige von ihnen bei *Stahlhelm*-Mitgliedern, zahlreiche Waffen sicher. Es schlossen sich Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Sprengstoffgesetz an. Im Januar 2000 berichtete das ZDF-Magazin *Kennzeichen D* darüber, daß etliche *Stahlhelm*-Mitglieder im Besitz von Maschinenpistolen seien. Ein BGS-Beamter in Rheinland-Pfalz, der seit Jahren enge Kontakte zur Organisation unterhalte, habe unter *Stahlhelm*-Leuten ein Papier mit dem Titel „Grundsätze für Scharfschützen" verteilt. In Jork wächst die Kritik an den Aktivitäten der militaristischen Gruppe. In der November/Dezember-Ausgabe von *Der Stahlhelm* wird Jorks Gemeindedirektor als Erfüllungsgehilfe des „roten Gesindels" bezeichnet, weil er baurechtliche Schritte gegen das Schulungszentrum prüfte.

Die Mitgliederentwicklung in Norddeutschland hat dazu geführt, daß aus dem gemeinsamen „Gau" für Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen schrittweise eigenständige Einheiten wurden. Anfang 1997 gab es dann den Gau Schleswig-Holstein; über ein Postfach in Scharbeutz können sich Interessierte zu „Übungen zum Wspk/Formaldienst/Marsch" anmelden. In Schleswig-Holstein nahmen Mitglieder des Stahlhelm unter anderem an den neofaschistischen Aufmärschen in Bad Segeberg (1997) und in Kiel (Januar 1999) teil.

Günter Gast

60 Jahre Stahlhelm



Bundesdelegiertentagung
in Ingolstadt
im Kolpinghaus
am 16. und 17.9.78



KAMPFBUND FÜR EUROPA

„Es geht um das Ansehen der deutschen Wirtschaft“

Seit dem 17. Dezember 1999 gibt es eine grundsätzliche Einigung bezüglich der Entschädigung für die noch lebenden ZwangsarbeiterInnen des NS-Regimes. Diesen Eindruck erweckt jedenfalls die Berichterstattung in den Medien; und doch: dieser ist irreführend. Es gibt bisher keine wirkliche Übereinkunft, kein Stück unterschriebenen Papiers, kein gemeinsam getragenes Konzept. Übereinstimmung besteht lediglich hinsichtlich der Summe von 10 Milliarden Mark.

Auf diese Konstellation wies Lothar Evers vom *Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte* im Rahmen einer Veranstaltung in Kiel am 20. Januar hin. Die geplante Stiftung, der die 10 Milliarden zunächst zufliessen sollen, verdiene eher die Bezeichnung „Schlußstrich“-Stiftung, denn ihr Ziel sei es, einen Federstrich unter *alle* Verbrechen zu ziehen, an denen die deutsche Wirtschaft im Zusammenhang mit dem deutschen Faschismus beteiligt war. Die verschiedenen bisher vorgelegten Gesetzesentwürfe sprächen von einer „humanitär-moralischen Geste“ und betonten zudem in vielfältiger Form den eigentlichen Zweck, wenn die „Gründungsstifter einmalige Einlagen erbringen“, einen „positiven Abschluß der Diskussion“ erwarten oder „zur Jahrtausendwende ein abschließendes Zeichen“ setzen wollen.

Die Stiftung, so Evers, sei so konstruiert, daß sie alle Ansprüche auf sich ziehe und damit alle übrigen Möglichkeiten von Entschädigung ausschließe. Die über 10 Millionen ZwangsarbeiterInnen waren die größte Verfolgtengruppe und wurden nicht im Bundesentschädigungsgesetz berücksichtigt. Würden die Lager, in denen sie hausen mußten, in die Stadtpläne deutscher Städte eingetragen, so würde dies einem Teppich gleichkommen. Auch die Kennzeichnung als Zwangsarbeitende, sichtbar angebracht an der Kleidung, lasse nur den Schluß zu: jede/r Deutsche wußte um dieses Verbrechen. Die sog. „Wiedergutmachung“ war denn auch vor allem „Schadensbegrenzung“ und „Begrenzung des Schadensersatzes“: Für jeden vollen Monat Aufenthalt im KZ wurden 150.- DM gezahlt. Mögliche weitere Verbrechen, z.B. Schläge oder Körperverletzungen, galten damit ebenfalls als abgegolten.

Evers erinnerte in seinen Ausführungen daran, daß die Zwangsarbeit unter dem Begriff „Wiedereinführung der Sklaverei“ Gegenstand des Nürnberger Prozesses war. Der Reichsbeauftragte für den Arbeitseinsatz Sauckel wurde dafür verurteilt und hingerichtet.

Für die gesteigerten Aktivitäten zur Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen machte Evers eine Reihe von Gründen geltend. In der Sowjetunion, aus der die größte Zahl der zur Zwangsarbeit verschleppten Menschen kam, seien diese nach dem Kriegsende als Kollaborateure behandelt und nicht selten in Arbeitslager eingewiesen worden. Diese Menschen nicht als Verfolgte zu sehen, geht auf die Sieger-Ideologie in der Sowjetunion zurück, nach der es im Kampf gegen den deutschen Faschismus und bei der Verteidigung der Heimat nur den Sieg oder den Tod im Kampf geben könnte. Zweitens habe das von Hermann Josef Abs, dem langjährigen Chef der Deutschen Bank, 1953 ausgehandelte Londoner Schuldenabkommen dafür gesorgt, daß von der deutschen Regierung zunächst die von den Nazis auf dem internationalen Finanzmarkt gemachten Schulden bezahlt wurden. Alle anderen Forderungen wurden abgelehnt – gegenüber deutschen ZwangsarbeiterInnen wurde behauptet, das Bundesentschädigungsgesetz lasse dies nicht zu bzw. – gegenüber Firmen – die Ansprüche seien bereits verjährt. Bei ausländischen ZwangsarbeiterInnen war die Begründung, dies könne erst nach Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Kriegsgegnern geschehen. Als dieser gilt inzwischen der 2+4-Vertrag. In ihm ist das Thema Zwangsarbeit ausgeklammert, da beispielsweise die polnische Regierung nicht Vertragspartnerin ist. Zwischen Deutschland und Rußland, der Ukraine und Polen wurden jedoch bilaterale Stiftungen gegründet, in die eine Milliarde (GUS) bzw. 500 Millionen Mark flossen. Die Verteilung dieser Gelder obliegt den Stiftungen.

Von großer Bedeutung seien die Klagen gegen Schweizer Banken gewesen. Diese würden relativ gesehen ein Vielfaches dessen zahlen, was nun in Deutschland verhandelt worden sei. Aber der Erfolg der in den USA Klagenden habe mit dazu beigetragen, daß Kommentare von Anfang der 90er Jahre wie die der Daimler Benz AG, es gebe keinen Rechtsanspruch auf individuelle Entschädigung durch das Unternehmen, weil dann ja auch die etwas kriegen müßten, die sich inzwischen körperlich und seelisch erholt hätten, inzwischen weniger offensiv vertreten würden.

Schließlich sei neben den vielen in den USA anhängigen Sammelklagen die Initiative von Bundeskanzler Schröder bedeutsam gewesen, der mit diesem Thema bei seinem USA-Besuch außenpolitische Kompetenz beweisen wollte. Noch Mitte 1998 hatte VW, an dem das Land Nieder-

sachsen 20% Anteile hält (damaliger Ministerpräsident: Schröder), Entschädigungen abgelehnt. Zentrales Interesse der Unternehmen ist die Rechtssicherheit. Darunter verstehen die Konzerne und die Bundesregierung, daß zukünftig keine weiteren Forderungen auf Entschädigung mehr erhoben bzw. von den Gerichten positiv beschieden werden. Den überlebenden Opfern des NS-Regimes soll so der juristische Weg abgeschnitten werden. Die Unternehmen wollen Rechtssicherheit durch die Rechtlosstellung der Betroffenen. Immerhin laufen derzeit noch etwa 5000-7000 Verfahren. Zwar sind seit der „Einigung“ eine Reihe von Unternehmen dem Stiftungsfonds beigetreten (Stand vom 24.1.2000: 130); aber die von den Industrievertretern zugesagte Summe von fünf Milliarden Mark ist noch in weiter Ferne. Derzeit sieht es so aus, als würde mit jeder neu hinzukommenden Firma der Anteil der bereits beteiligten Unternehmen verringert. So ist immer noch von nur 2 Milliarden Mark die Rede, die bisher gesichert sind. Der Sprecher der Stiftungsinitiative, Wolfgang Gibowski, ruft inzwischen alle deutschen Unternehmen auf, sich zu beteiligen, denn: „Es geht um das Ansehen der deutschen Wirtschaft insgesamt.“



Berliner Erklärung

Von den 10 Milliarden sollen – geht es nach den Vorstellungen von Industrie und Bundesregierung – jeweils ein Zehntel in einen Jugend- und Bildungsfonds fliessen bzw. zur Begleichung aller Vermögensschäden durch deutsche Banken u.ä. verwendet werden. Damit wären dann auch alle Forderungen wegen des Raubs jüdischen Vermögens, die den Angehörigen berechneten Haft- und Hinrichtungskosten sowie die nie an die Überlebenden und Erben ausgezahlten Versicherungen vom Tisch. In einer Mitte Januar bei einer Versammlung der Überlebenden nationalsozialistischer Verfolgung verabschiedeten *Berliner Erklärung* heißt es hierzu: „Der Raub unseres Vermögens hat mit der Entschädigung unserer Versklavung nichts, aber auch gar nichts gemein. Wir werden es nicht zulassen, daß dieser Raub in die Entschädigungsregelung für Zwangsarbeit eingeschmuggelt wird. Vermögensschäden lassen sich exakt beziffern. Sie sind von den Schädigern separat zu erstatten.“ In der Erklärung wird dann darauf verwiesen, daß das Einkommen der Überlebenden nicht einmal ausreicht, um lebensnotwendige Medikamente zu garantieren. Die Unterzeichner fordern zudem, daß die Kosten für die Verwaltung der Stiftung und die Organisation der Auszahlung nicht aus den 10 Milliarden aufgebracht werden darf, daß bisherige Zahlungen wegen erlittener Freiheitsberaubung und Gesundheitsschäden nicht angerechnet werden dürfen und daß in den Entscheidungsgremien der Stiftung mindestens ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder Überlebende der NS-Verfolgung sein sollen. Schließlich soll den Firmen per Gesetz die Vernichtung weiterer Aktenbestände und Personalunterlagen zur NS-Zwangsarbeit untersagt werden.

Seit der „Einigung“ ist das öffentliche Interesse an der Entschädigung für Zwangsarbeit zurückgegangen; allerdings entstehen in Schleswig-Holstein an vielen Orten Initiativen, die sich dieser Frage auf lokaler Ebene annehmen, um Druck auf örtliche Unternehmen zu machen, die ZwangsarbeiterInnen ausgebeutet haben, und um zu verhindern, daß aus der Zahlung von Entschädigung tatsächlich ein Schlußstrich im Interesse der Wirtschaft wird. Für den Austausch von Erfahrungen und die Planung gemeinsamer Aktivitäten wäre auch ein landesweites Treffen sinnvoll – auch deshalb, weil etwa gegenüber der Landwirtschaftskammer nur überregionaler Druck zu einer Veränderung in der Blockadehaltung betragen kann. Und die Zwangsarbeit in der Landwirtschaft hatte – darauf hat Evers noch einmal eindringlich hingewiesen – exemplarisch Sklavencharakter: völlig rechtlos, jederzeit verfügbar und völlig ausgeliefert.

VF

SZ: *Die Anwälte drohen, die Klagen weiter zu verfolgen, wenn das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung von der Dezember-Vereinbarung abweicht.*

Gentz: Diese Vereinbarung hat einen Nachteil. Es gibt keinen geschriebenen Text, in dem die Eckpunkte enthalten wären, sondern es gibt im wesentlichen einen inhaltsreichen Schriftwechsel zwischen Präsident Clinton und Bundeskanzler Schröder, in dem die entscheidenden Punkte festgehalten sind.

SZ: *Die Opferverbände fordern, die ge-*

aus einem Interview mit Manfred Gentz - Verhandlungsführer der deutschen Wirtschaft & Finanzvorstand von DaimlerChrysler (SZ 18.1.00)

Zwangsarbeit in Kiel

Eines der wesentlichen Merkmale der faschistischen Politik in den durch die deutsche Wehrmacht besetzten Gebieten war die massenweise Verschleppung von Menschen aus diesen Ländern. Millionen wurden zwangsweise ins Deutsche Reich gebracht, um die Kriegsmaschinerie aufrecht zu halten und in Fabriken, Betrieben und der Landwirtschaft zu schuften.

Im April 1944 gab der Chef der Militärverwaltung des Militärbefehlshabers in Frankreich eine geheime Schrift zum Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im Deutschen Reich heraus. Er nennt darin für den Herbst 1943 folgende Zahlen:

	Zivilarbeiter	Kriegsgefangene	Gesamt	proz. Anteil
Gesamt	3.631.000	1.462.000	5.093.000	
Frankreich	605.000	736.000	1.341.000	26,3 %
Sowjetunion	817.000	496.000	1.313.000	25,8 %
Polen	1.094.000	29.000	1.123.000	22,1 %
Belgien	195.000	53.000	248.000	4,9 %
Protektorat	244.000	----	244.000	4,8 %
Niederlande	236.000	----	236.000	4,6 %
Italien	103.000	----	103.000	2,0 %
Serbien	34.000	94.000	128.000	2,5 %
Sonstige	303.000	54.000	357.000	7,0 %

Die Maßnahmen der Deutschen, um Arbeitskräfte in das Deutsche Reich zu holen, waren unterschiedlich. Ich möchte das am Beispiel der Niederlande verdeutlichen:

In der ersten Phase der Besetzung von 1940 - 1942 versuchte man mit Propaganda Menschen nach Deutschland zu locken, bzw. behielt die finanzielle Unterstützung ein, wenn ein Arbeitsloser sich weigerte diese Arbeit anzutreten.

In der 2. Phase von 1942 - 1943 wurden niederländische Betriebe durchkämmt und Namenslisten an die Arbeitsämter geschickt, die dann die Männer aufforderten nach Deutschland zu fahren. Die Geburtsjahrgänge 1922 - 1924 mussten in der 3. Phase, 1943 - 1944 die Reise ins Deutsche Reich antreten. Taten sie das nicht, drohten Haftstrafen und Gefängnis. Tauchten sie unter, so drohte man mit der Verhaftung der Eltern. Erste Razzien wurden durchgeführt. In der letzten Phase, 1944 bis zur Befreiung, übernahmen Partei und Wehrmacht die Aufgabe bei großen Razzien die Menschen zu verhaften und in bewachten Güterwaggons nach Deutschland zu deportieren.

In Kiel begann im April 1939 der Einsatz ausländischer Arbeiter. Anfangs kamen, z.T. noch freiwillig, Dänen und Tschechoslowaken, die im Wohnungsbau eingesetzt wurden. Mit Beginn des Krieges folgten - angefangen bei den Polen - die Nationen, die von der deutschen Wehrmacht besetzt wurden. Ab 1941 wurden viele Frauen aus Polen und v.a. aus der Sowjetunion zur Arbeit verschleppt. Frauen stellten insgesamt ca. ein Sechstel der Zwangsarbeiter. Die Polen wurden meist auf den Bauernhöfen des Kieler Umlands eingesetzt. In Kiel selbst gab es in den vierziger Jahren keinen namhaften Betrieb, der keine Zwangsarbeiter beschäftigte. Wir wissen dies von zumindest 55 Kieler Firmen. Um einige zu nennen: HDW, ELAC, Anschütz, Hagenuk, usw., aber auch die Kieler Verkehrs AG und die Kieler Stadtwerke. Die größeren Betriebe unterhielten eigene Barackenlager für „ihre" Zwangsarbeiter. Man schätzt, dass in Kiel und Umgebung etwa 100 solcher Lager existierten.

Bis heute liegt für Kiel keine Untersuchung darüber vor, wie viele Zwangsarbeiter hier überhaupt arbeiten mussten, geschweige denn wie viele Menschen welcher Nation nach Kiel verschleppt wurden. Das ist für eine Landeshauptstadt ein ziemliches Armutszeugnis. Die Stadt Lübeck z.B. hatte dieses Manko erkannt und einen Historiker beauftragt, Licht ins Dunkel zu bringen. Das Ergebnis ist eine beachtliche Ausstellung und eine Dokumentation zum Thema „Zwangsarbeit in Lübeck".

Wir schätzen, dass es für Kiel in den letzten Kriegsjahren ca. 20.000 Zivilarbeiter und etwa 16.000 Kriegsgefangene insgesamt gewesen sein müssen.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen, denen die Zwangsarbeiter ausgesetzt waren, hingen stark davon ab, an welcher Stelle ihre Nationalität in der rassistischen Rangordnung der Nazis angesiedelt war. Beispielsweise gehörten Niederländer und Dänen zur „germanischen Rasse" und standen somit weit oben. Ganz unten waren aber Polen und Russen, die oftmals schlimmer als Vieh behandelt wurden und die auch in Kiel die höchste Todesrate hatten.

Ein Beispiel: Der Niederländer Petrus van Eekelen musste auf der Werft D.W.K. (Deutsche Werke Kiel) arbeiten und war zusammen mit ca. 400 anderen Niederländern, Belgiern und Franzosen im Lager Flintbek untergebracht. Dieses „Westlager"

war streng von dem sogenannten „Ostlager“ getrennt.

Van Eekelen erinnert sich: *„In Flintbek gab es ein Lager mit „Ostarbeitern“. Das waren russische Männer und Frauen aus der Ukraine, die von den Deutschen mitgenommen worden waren. Es war uns verboten auch nur einen Schritt in Richtung des schwer bewachten Lagers zu tun. Die meisten von ihnen mussten auf der Werft die dreckigsten und schwersten Arbeiten ausführen, auch die Frauen.“*



Petrus van Eekelen (2.v. rechts) und niederländische Kollegen im Lager Flintbek

Louis Hahn: *„1944 war das Jahr, in dem es immer häufiger Luftalarm gab und damit Arbeitsverlust. Es war das Jahr, in dem die Russen, die Kriegsgefangene waren, starben wie die Ratten. Sie mussten in unterernährtem Zustand schwere Arbeit, z.B. in der Schmiede verrichten.“*

Es wäre jedoch falsch zu sagen, dass es grundsätzlich den „Westarbeitern“ gut und den „Ostarbeitern“ schlecht ging. Dazu ein Beispiel von zwei Niederländern, die beide in Kiel arbeiten mussten: Der eine, van Eekelen, war im Lager Flintbek in verlausten Holzbaracken mit 18 Mann auf einer Stube untergebracht. Auf der Werft musste er als Schweißer arbeiten. *„Wenn ich mich richtig erinnere, so arbeitete man von halb acht bis 12 Uhr, dann eine halbe Stunde Pause, und dann wieder bis 6 Uhr... Man hat fast immer draußen gearbeitet, auch im Winter, was v.a. im Winter 44/45 sehr schlecht war, wenn man an die schlechte körperliche Verfassung denkt, die man hatte...Ich erhielt Schweißerkleidung die aus einer dikken, braun-gelben Hose und Jacke, Stulpenhandschuhen und Holzschuhen bestand. Diese Kleidung habe ich 2 Jahre lang getragen und bin damit auch noch in die Niederlande zurückgekehrt.“*

Der andere, Jules Vrancken, hatte das Glück bis Sommer 1944 privat „zur Untermiete“ wohnen zu dürfen. Das Pech war, dass er in der Wilhelminenstr. ausgebombt wurde und all seine Sachen verlor. Er arbeitete bei der Firma Land- und See Leichtbau in Hassee, aber nicht draußen, sondern im Konstruktionsbüro. Er berichtet, dass er dort zunächst an 6 Tagen in der Woche acht bis neun Stunden pro Tag, später zehn bis zwölf Stunden arbeiten musste.

Die Zwangsarbeiter wurden nach Tarif bezahlt. Wie bei deutschen Arbeitern auch, wurden Krankengeld, Pension, Beitrag für das Winterhilfswerk und meist auch Verpflegungssätze abgezogen. Bei sog. „Verfehlungen“ bei der Arbeit wurden Teile des Lohns einbehalten.

Den ArbeiterInnen aus der SU wurde zusätzlich eine sog. „Ostarbeiterabgabe“ aufgebrummt. Der klägliche Rest wurde ihnen meist nicht ausgezahlt, sondern auf einer sog. „Ostarbeiter-Sparkarte“ eingezahlt. Sehr viele „OstarbeiterInnen“ sagen deshalb heute, dass sie nie einen Pfennig zu Gesicht bekommen hätten.

Aber auch die Arbeiter westlicher Nationen wurden nicht reich. Petrus van Eekelen z.B. erreichte die niederländische Grenze mit in 2 Jahren gesparten 1.500 Reichsmark. Das wurde ihm dort von der niederländischen Grenzpolizei abgenommen, da es „Geld vom Feind“ sei. Er hat davon nie wieder etwas gesehen. Ich halte es für verfehlt, wenn man heute versuchen sollte, die Höhe der Entschädigung für einzelne Zwangsarbeiter an Kriterien zu binden. Wie sollen die aussehen? Will man schauen, wieviel Lohn dem einzelnen damals vorenthalten worden ist? Oder sollen die Anzahl der Monate „in der Fremde“ zu Grunde gelegt werden? Oder soll Jules Vrancken weniger bekommen als ein sowjetischer Zwangsarbeiter, weil es ihm anscheinend vergleichsweise besser erging?

Bei allen Unterschieden haben Jules Vrancken und Petrus van Eekelen zwei Dinge gemeinsam: Beide konnten wegen deutscher Besatzung und Zwangsarbeit in Deutschland niemals den Beruf erlernen, für den sie 1940 angemeldet waren. Beide sagen auch heute noch, dass Deutschland ihnen ihre Jugend genommen hat. Wer will bewerten, wie tief die „deutschen Jahre“ die Zwangsarbeiterin oder den Zwangsarbeiter für ihr/sein weiteres Leben geprägt hat?

Ich denke, es kommt jetzt auf zwei Dinge an: Die Entschädigung muss erstens unbürokratisch und zweitens schnell erfolgen, denn der überwiegende Teil der noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter ist physisch und psychisch kaum in der Lage, noch große Befragungen zu ertragen oder Formulare auszufüllen oder irgendwelche Nachweise beizubringen. Letzteres gilt vor allem für diejenigen aus Osteuropa.

Peter Meyer-Strüvy

Entschädigungspraxis in der Bundesrepublik

Der seit Kriegsende verwendete Begriff „*Wiedergutmachung*" ist problematisch. Aber er fand nie ernsthaft Verwendung in dem Sinne, als ob die Verbrechen unter der Herrschaft des NS-Regimes jemals „wieder-gutgemacht" werden könnten.

Keine Schadensersatzleistung könne - so ist in einer wissenschaftlichen Veröffentlichung (von Ludolf Herbst) aus dem Jahre 1989 zu lesen - „die zerstörten menschlichen Leben und kulturellen Werte gutmachen oder die Folterungen und Leiden der Männer, Frauen und Kinder abzahlen, die durch alle nur erdenklichen Mittel einer viehischen Einbildungskraft getötet worden sind ... Die Toten können nicht wieder zum Leben gebracht werden. Ihre Leiden können nicht ausgelöscht werden", so heißt es dort weiter.

Die Fachtermini „Rückerstattung" und „Entschädigung" bürgerten sich als Bezeichnungen für die beiden großen Teilgebiete der Wiedergutmachung ein.

Rückerstattung meint die Rückgabe der während der NS-Herrschaft durch Arisierung und andere Maßnahmen vor allem 'Juden' (im Sinne der Nürnberger Rassegesetzgebung) geraubten Vermögenswerte wie Immobilien, Einrichtungen, Sonderzahlungen usw.

Entschädigung meint die materiellen Ausgleichszahlungen für die einem aus rassischen, religiösen, politischen oder weltanschaulichen Gründen verfolgten Menschen, seinem Leben, seinem Körper, seiner Gesundheit und seiner beruflichen Existenz zugefügten Schäden.

Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland

gehörte in den Zuständigkeitsbereich des **Bundesministerium der Finanzen.** Bis 1994 wurden Leistungen der öffentlichen Hand von insgesamt 93 Milliarden DM aufgebracht.

Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts kam auf Druck der alliierten Mächte zustande. Sie ist nicht mit Reparationszahlungen zu verwechseln. Obgleich also völkerrechtlich nicht zwingend, war sie doch eine moralisch und außenpolitisch gebotene Leistung. Die zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland ausgehandelte Globalentschädigung von Opfern des Nationalsozialismus fand 1952 ihren Abschluß mit dem **Luxemburger Abkommen**. In den folgenden Jahren sind Globalverträge mit 16 Staaten zustande gekommen.

Die Entstehung und Fortentwicklung der gesetzlichen Normen der Wiedergutmachung bedurfte in der Konstitutionsphase der Bundesrepublik Deutschland immer wieder des Anstoßes von alliierter Seite. Insbesondere der Einfluß der **Claims Conference**, eines Zusammenschlusses jüdischer Organisationen in den USA, ist nicht zu unterschätzen. Die Wiedergutmachung als moralisches Symbol diente politischen und wirtschaftlichen Interessen.

Seit Bestehen der Wiedergutmachungsregelungen setzte auch eine Kritik ein. Einerseits von konservativen und nationalistischen Kreisen, die einer Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus eher ablehnend gegenüberstanden und sie nur unter außenpolitischen Gesichtspunkten befürworteten. Andererseits aber auch von Befürwortern der Wiedergutmachung, die die oft restriktive

Anwendung der ohnehin kleinlichen Gesetze und die Ignoranz der Gebenden und Ausführenden (also der Behörden und Gerichte) kritisierten.

Seit den achtziger Jahren ist die Rede von den „vergessenen Opfern". Doch schon von Beginn an sah die Wiedergutmachungsgesetzgebung eine Entschädigung für „Ausländer" nicht vor. Ehemalige KZ-Häftlinge, die in der überwiegenden Zahl nicht im Geltungsbereich des BEG lebten, waren nicht anspruchsberechtigt. Auch aus rassischen Gründen Verfolgte, die der jüdischen Religionsgemeinschaft nicht angehörten, konnten keine Anträge stellen. Nicht zu den vergessenen, sondern zu den ausgeschlossenen Opfern gehörten die aktiven Kommunisten schon seit 1953. Ausgeschlossen von einer Entschädigung waren auch die Sinti und Roma, die erst Anfang der sechziger Jahre als rassisch Verfolgte von den Gerichten anerkannt wurden. Die durch nationalsozialistisches Gesetz zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses" Zwangssterilisierten wurden überwiegend nicht als anspruchsberechtigt anerkannt; sie erhielten erst in den achtziger Jahre Entschädigungsleistungen über einen Härtefond. Die Deserteure der deutschen Wehrmacht bzw. deren Hinterbliebenen haben nie Wiedergutmachungszahlungen erhalten. Noch heute sind die Todesurteile des Reichskriegsgerichts geltendes Recht.

Schon in den fünfziger Jahren wurde bei der Diskussion der Bundesentschädigungsgesetze über die Einbeziehung von ehemaligen Zwangsarbeitern in der deutschen Industrie gesprochen. Der frühere KZ-Häftling Hermann Langbein berichtet in einem Aufsatz, wie deprimierend es gewesen sei, die Erfolglosigkeit der Verhandlungen mit den deutschen Wirtschaftsunternehmen mitzuerleben.

Die Rückerstattung wurde in Schleswig-Holstein durch das Gesetz Nr. 59 vom 12. Mai 1949 von der Britischen Besatzungsmacht verordnet. Diese auch als **Rückerstattungsgesetz** (REG) bezeichnete Rechtsnorm regelte die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände an Opfer der nationalsozialistischen Unterdrückungsmaßnahmen. Nach diesem Gesetz konnten Sachen und Rechte von Personen zurückverlangt werden, „denen sie in der Zeit von 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 ... aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, der politischen Auffassung oder der politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus ungerechtfertigt entzogen worden sind." Eine bundeseinheitliche Regelung für diesen Teilbereich der Wiedergutmachung wurde mit dem **Bundesrückerstattungsgesetz** (BRüG) vom 19. Juli 1957 geschaffen.

Im Kern sollte gelten: „Wer jüdisches Eigentum - schuldhaft oder schuldlos - erworben hatte, mußte es zurückgeben. In den Fällen, in denen der frühere Eigentümer nicht mehr lebte, traten jüdische Nachfolgeorganisationen, wie ... die Jewish Trust Corporation in der britischen Zone, die Erbschaft an.

Unter den juristischen Tatbestand einer „Entziehung von Vermögensgegenständen" fiel auch die Wegnahme durch Staatsakt. „Das Deutsche Reich war der größte aller Entzieher. Während die individuelle Rückerstattung sich auf noch vorhandene Grundstücke und Betriebe beschränkte, spielten bei den Raubzügen des Deutschen Reiches in Deutschland und später in Europa vor allem bewegliche Gegenstände eine Rolle: Wertpapiere, Gold, Silber, Edelsteine, Schmuck, Kunstgegenstände. ...Für den schuldhaften Verlust haftete das Reich auf Schadenersatz in Geld im Verhältnis von eins zu eins." Auch die sogenannten Sonderabgaben, wie Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe, fielen unter das Rückerstattungsgesetz.

Im Gegensatz zu dem Rückerstattungsrecht kennzeichnete eine weitgehende Rechtszersplitterung das weite Gebiet des sonstigen Wiedergutmachungsrechts in den einzelnen Ländern der westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland. Auch das schleswig-holsteinische Recht verteilte sich über eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und Bekanntmachungen.

Die rückwirkende Annahme des Entschädigungsgesetzes der US-Zone zum 1. April 1949 durch den Deutschen Bundestag kennzeichnete die endgültige Abkehr vom Fürsorgeprinzip und die Hinwendung zum Rechtsanspruch auf Wiedergutmachung. Das **Bundesergänzungsgesetz** vom 18. September 1953 (BErgG), das eiligst im wesentlichen auf internationalen Druck zustande gekommen war, regelte erstmalig, acht Jahre nach Kriegsende, bundeseinheitlich die Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus.

Bereits drei Jahre später verabschiedete der Deutsche Bundestag ein völlig überarbeitetes und verbessertes **Bundesentschädigungsgesetz** (BEG) am 29. Juni 1956 mit rückwirkender Kraft zum 1. Oktober 1953. Der Kreis der Entschädigungsberechtigten war erweitert worden, so daß Ansprüche auf Entschädigung für Schäden an Leben, an Körper und Gesundheit, an Freiheit, an Eigentum, an Vermögen, im beruflichen und im wirtschaftlichen Fortkommen gestellt werden konnten. Den - vorläufigen - Schlußpunkt der bundesdeutschen Wiedergutmachungsgesetzgebung markierte das **Bundesentschädigungs-Schlußgesetz** vom 14. September 1965 (BEG-SG).

In Schleswig-Holstein beschäftigten sich seit 1949 die Wiedergutmachungsämter bei den Landgerichten in Flensburg, Kiel, Itzehoe und Lübeck, sowie eine Wiedergutmachungskammer in Kiel mit der Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte. Es stellten von 1949 bis 1982 Personen und Vereinigungen, die sich als Opfer nationalsozialistischer Unterdrückungsmaßnahmen begriffen, insgesamt etwa 4.810 Anträge auf Rückerstattung feststellbarer Vermögenswerte. Innerhalb der ersten 4½ Jahre wurden fast 80% aller Anträge auf Rückerstattung bei den Behörden gestellt.

Nach Maßgabe des Bundesentschädigungsgesetzes von 1953 war

und Historikerin im National-Archiv in Weißrußland, vor allem mit den Karteien der weissrussischen Zwangsarbeiter.

Es kommt hinzu, daß sich die Leitung viele Gedanken zum Ablauf gemacht hat und auch recht hohe Ansprüche gestellt hat. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß beim Eröffnungsempfang in der Marienkirche Grußbotschaften des Bischofs und der israelischen Botschaft verlesen werden konnten. So war den Jugendlichen klar, auf das Ergebnis wird geachtet, da gibt es Resonanz.

?? Die Jugendlichen waren auch in den umliegenden Dörfern unterwegs. Um was ging es dabei ?

!! Sie sollten nach Zeitzeugen suchen. Dabei ist da alles passiert: Mal wurde die Tür zugeschlagen wegen der „Polacken"; mal trafen sie auf Gleichgültigkeit, mal wurde freundlich Auskunft gegeben und es gab auch Tränen der Freude über das Engagement. Emotional war das eine Berg-und-Tal-Fahrt; es gab viel Erschütterung bei den Jugendlichen über die Ablehnung und Ignoranz.

?? Welchen Stellenwert haben die Stelen in diesem Ansatz ?

!! In der ersten Woche haben die Jugendlichen vormittags die Erkundungen in den Dörfern gemacht; nachmittags wurde der Umgang mit dem Material ausprobiert, und abends gab's historische Informationen. Wir wollten pädagogische Spannung erzeugen; dazu haben wir in der 1. Woche einen Kammermusikabend gemacht. Die Botschaft darin war: die spürbare hohe Konzentration ist auch das, was bei der Lehmgestaltung an Intensität nötig sein wird. Das Wochenende diente dann der Besinnung und der inneren Verarbeitung. Es gab viele Gespräche über Ewigkeit, Tod und Gerechtigkeit.

In der 2. Woche kam die Betonarbeit dazu; abends gab es einen Trommelworkshop, bei dem es um Rhythmus und Wild-Sein ging. Quasi eine Vorbereitung auf den Bau der Betonformen. Und zur 2. Woche gehörte auch ein Besuch der Synagoge in Lübeck, um Kontakt mit dem lebendigen Judentum zu finden. Das alles ist in die Gestaltung der Stelen eingeflossen.

?? Wie ging es der Lagerleitung ?

!! Am Ende waren wir stehend k.o. Es war ja höchste Anspannung, es gab große Glücksgefühle, und schließlich Erschöpfung.

?? ... aber Du erzählst begeistert ...

!! Ja, denn eine solche Erfahrung kann man nicht oft machen. Es sind Freundschaften dabei entstanden. Auch in der Lagerleitung gab es Konflikte, so über den Umgang mit den Jugendlichen, die zum Teil die wichtigsten Ge-

spräche um 3 Uhr nachts führen wollten.

Wir konnten das nur machen, weil es drum herum einen breiten Kreis von UnterstützerInnen gab. Namentlich sind die auf dem Faltblatt vermerkt, das es zum Sommerlager gibt.

?? Gab es eine öffentliche Diskussion ?

!! Zunächst vielleicht zur veröffentlichten Meinung, also Zeitungen usw. Insbesondere in den *Lübecker Nachrichten* gab es ein enormes Echo. Das hat wohl auch damit zu tun, daß die Gruppe 33 seit Herbst 1998 Veranstaltungen und ein Symposium gemacht hat, über die auch berichtet wurde. Aber mit dem „Wegzeichen"-Projekt hat sich das noch mal gesteigert. Vorher, währenddessen und danach wurde berichtet, auch in der Frankfurter Rundschau, vom Evangelischen Pressedienst und in den Blättern des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages vor allem im Zusammenhang mit der Aktion am 1. September, der Aufstellung der Stelen.

Die politische Diskussion war zunächst davon geprägt, daß es ja darum gehen mußte, von acht Kommunen, in denen die Stelen stehen sollten, also von acht kommunalen Entscheidungsträgern ein o.k. zu bekommen. Das hielten viele in der kurzen Zeit nicht für möglich, aber es ging. Ich denke, weil die Grundidee dieser Stelen einfach überzeugt. Dazu kannst Du nur Nein sagen, wenn Du Faschist bist. Wer will das schon ?

In persönlichen Gesprächen gab es Befürchtungen wie „Da müßt ihr neben jede Stele einen Wachposten stellen" oder „Wenn die Stele neben der Scheune steht, wird die innerhalb zwei Wochen abgebrannt"; naja und schließlich auch sowas wie „Ihr stellt da so'n Ding auf für ein paar Juden, aber was ist mit meinen Kameraden vor Stalingrad. Da interessiert sich kein Mensch für."

?? Kannst Du noch etwas zum Hintergrund dieser Todesmärsche sagen?

!! Der 2. Weltkrieg ging zu Ende, die Rote Armee rückte auf die Konzentrationslager zu, und Himmler und die SS hatten Angst, daß bei der Befreiung noch KZ-Häftlinge leben würden. Diese wären Zeugen der Vernichtungspolitik gewesen. Deshalb wurden die KZ „evakuiert". Auf den Märschen sind ungezählte Menschen zu Tode gekommen. Daher der Begriff „Todesmarsch".

Die Häftlinge aus dem Auschwitz-Nebenlager Fürstengrube mußten im Januar 1945 aufbrechen, zunächst in Blankenburg im Harz untergebracht, mußten sie dort an der unterirdischen Montage der Raketen V1 und V2 mitmachen. Das ging aber nur eine kurze Zeit. Bei dieser „Evakuierung" zog eine größere Kolonne der Fürstengruber, vor allem Juden, und der Blankenburger (vor allem belgische und holländische Oppositionelle) weiter. Das Kommando hatten zwei SS-Leute. Die wollten wahrscheinlich nach Neuengamme, aber auch dort gab es bereits Absetzbewegungen. Einer der SS-Leute, der Lagerführer von Fürstengrube, kommt aus dem Nachbarort von Ahrensbök und brachte mehrere Hundert Menschen hierher. Vierzehn Tage später ging es weiter auf die *CAP Arcona* und andere Schiffe in der Neustädter Bucht, die dann tragischerweise von britischen Bombern versenkt wurden.

?? Gibt es noch Kontakte zu den Teilnehmenden des Sommerlagers ? Wie geht es weiter?

!! Ja, verschiedene. Es sind viele Freundschaften entstanden mit Briefen und Besuchen. Außerdem fand das Jugendlager in dem ehemaligen KZ-Gebäude statt. Nur in Ahrensbök sind für Schleswig-Holstein solche Gebäude noch erhalten. Die Gruppe 33 will dort eine Gedenkstätte errichten - mit Ausstellung. Die Sanierung des Gebäudes könnte im Rahmen eines weiteren Camps begonnen werden, dieses Mal dann vielleicht auch mit Aussiedler- und Migrantenjugendlichen.

?? Abschließend: was waren die Erfolgsfaktoren ?

!! Erstens: viele Menschen aus der Region haben sich am Projekt beteiligt. Zweitens: es gab die Struktur, den Apparat der Kirche im Hintergrund. Drittens: es gab Unterstützung von oben, von der Kultusministerin, aber besonders von Bischof Kohlwage. Viertens: es gab Geld. Zwar haben die Jugendlichen einen Eigenanteil gezahlt, aber die Kosten von 20.000 Mark mußten ja auch getragen werden. Und irgendwie war die Zeit auch reif. Das Buch von Gerhard Hoch ist ja immerhin schon von 1990.

?? Was ist das wichtigste Ergebnis ?

!! Etwas Ur-protestantisches: Daß wir Gewissensbildung gemacht haben. Wir haben das Urteilsvermögen herausgefordert, weil wir die Jugendlichen gezwungen haben, nach Kriterien für ihre Urteile zu suchen. Es ging nicht um plakative Schlagworte, sondern darum, sich in der Gemeinschaft mit anderen Rechenschaft darüber abzulegen, nach welchen Kriterien man zu Beurteilungen kommt. Zuletzt: die Stelen sind beeindruckend!



Gedenktafel in Hohwacht

Zu den 80 Außenkommandos des KZ Neuengamme gehörte auch Hohwacht (Ostsee). 200 Häftlinge aus zwölf Nationen mussten unter harten Lebensbedingungen und Arbeitsverhältnissen Kompassgeräte für die todbringenden V1- und V2-Waffen produzieren. Viele Jahre lang hatte sich das „Bündnis Hohwachter Geschichte“ mit Unterstützung des Heimatforschers Bernd Romig um einen Gedenkstein zur Mahnung und Erinnerung an die Nazi-Opfer bemüht.

In der Tausendseelengemeinde wurde dagegen Stimmung gemacht. Eine öffentliche Befragung der Bevölkerung zeigte die Ablehnung. Doch die Frauen, Männer und Jugendlichen des Bündnisses ließen nicht locker. Und letztendlich hatten sie Erfolg.

Am 7. November, fast 55 Jahre nach Errichtung des Konzentrationslagers, wurde die Gedenktafel durch Bürgermeister Evers enthüllt. „Auf das dunkelste Kapitel Hohwachter Geschichte hinzuweisen, sind wir uns selbst und den Opfern schuldig“, sagte er dabei. Als einer der wenigen noch lebenden ehemaligen Häftlinge äußerte ich meine Zufriedenheit, dass es nun endlich auch in Hohwacht einen kleinen Gedenkort gibt. Ich wies darauf hin, dass solche Aktivitäten von demokratischen Bürgern und Bürgerinnen Initiativen gegen das Verdrängen, Vertuschen und Verfälschen der Geschichte sind. Die Tafel wird ein Anstoß sein zum Nachdenken und zur Mitverantwortung dafür, dass sich die grausame Geschichte des Nazireiches und seiner Konzentrationslager nicht wiederholt. Dafür spricht auch, dass zu einem mehrstündigen Forum nach der Gedenksteinenthüllung 80 Bürgerinnen und Bürger kamen.

Fred Löwenberg (antifa 12/99)

VERANSTALTUNG

„Jede fehlende Stimme – ein Verrat am Volk!“

NS-Parteizeitung *Nordische Rundschau* vom 14. August 1934

Wahlkampf, Wahlzwang und Wahlfälschung: Volksabstimmungen und Wahlen im Nationalsozialismus am Beispiel Kiel

Viermal (1933, 1934, 1936, 1938) riefen die Nazis das Volk zu den Urnen; viermal Wahlpropaganda, Wahlschleppdienste der SA, hohe Wahlbeteiligung und große Siegesfeiern („Volk und Führer eins!“); und viermal Wahlenthaltungen, ungültige Wahlzettel und „Nein“-Stimmen: Kiels Bevölkerung zwischen begeisterter Stimmabgabe und mutigem Protest.

Vortrag am 16. März, Städtisches Museum „Warleberger Hof“, Dänische Straße 19

(im Rahmen des Programmes der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Eintritt: 2 DM)

Die Nazis hielten insgesamt viermal (1933, 1934, 1936, 1938) Volksabstimmungen bzw. Reichstagswahlen ab, um innenpolitisch die Formierung der Volksgemeinschaft voranzutreiben und außenpolitisch die (vermeintliche, tatsächliche und propagierte) Einheit von Hitler und der Bevölkerung zu demonstrieren („Ganz Deutschland geschlossen hinter seinem Führer“, so die Kieler Neuesten Nachrichten nach der Reichstagswahl am 31. März 1936).

Die nationalsozialistische Popaganda setzte jedesmal auf Massenaufmärsche, Indoktrination durch die Presse, sozialen Druck in Betrieben, Öffentlichkeit und Nachbarschaft, Beschwörung des Nationalismus‘ und die „Verhimmelung“ Hitlers. Eine freie und geheime Wahl war so zwar nicht mehr möglich, trotzdem waren die Urnengänge wichtig: das Regime propagierte die Einheit von „Führerwille und Volkswille“, stellte außenpolitisch die Abstimmungen als einzig „wahre“ Demokratieform dar und entmutigte – trotz der Annahme von Wahlfälschungen – die politische Gegnerschaft der Nazis. Die Höhe der „Siege“ der NSDAP und Hitlers wurde zwar verneint, aber über die generell große Zustimmung zur Politik des Regimes bestand kein Zweifel: die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hatte sich in der Diktatur eingerichtet, nur eine Minderheit versuchte auch zu den Urnengängen noch sich dem Regime entgegen zu stellen und stimmte sehr mutig mit NEIN.

Im Vortrag wird es Beschreibungen zum Wahlkampf und zur Wahlpropaganda geben, eine Analyse der Wahlergebnisse vorgenommen und Thesen zur Wählerschaft und Gegnerschaft der Nationalsozialisten am Beispiel der Wahllokale (=Straßenzüge und Stadtviertel) Kiels, die die höchste Zahl an JA- und NEIN-Stimmen auf sich vereinigten, aufgestellt werden.

Im Herbst 2000 werden die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit veröffentlicht werden.

Das neue deutsche Staatsbürgerrecht

Unfair. Ungerecht. Intolerant.

Die Bundesregierung ist voll des Eigenlobs bezüglich ihrer Reform des Staatsbürgerrechts. Als wäre das neue Gesetz nicht Ergebnis des Nachgebens gegenüber einer rassistischen Hetzkampagne der CDU. „Einbürgerung: Fair. Gerecht. Tolerant." – unter diesem Motto werben SPD und Grüne für ein Gesetz, das die Einbürgerung für viele Menschen erschwert und die Rechtlosigkeit eines Teils der deutschen (nämlich der in Deutschland lebenden) Bevölkerung auf Jahre hinaus festschreibt. Die nunmehr vorliegende Allgemeine Verwaltungsvorschrift – für die es allerdings keine allen Bundesländern gemeine Auslegung gibt – zum Staatsangehörigkeitsrecht gibt Einblick in die Vorstellungen der Bürokratie vom künftigen Gang der Einbürgerungsverfahren.

Innenminister Schily erklärt inzwischen die Abkehr von der im ursprünglichen Gesetzentwurf der „rot"-grünen Regierung (aus der Zeit vor der Hessenwahl und der von der CDU-Mafia angezettelten Hetzkampagne) vorgesehenen weitgehenden Hinnahme von Mehrstaatlichkeit zur ureigenen sozialdemokratischen Absicht. Auf dem Bundeskongreß der Türkischen Gemeinde in Deutschland verkündete er am 23. Januar, es sei „nie das Ziel oder der Inhalt der Politik gewesen, möglichst viele Mehrstaatlichkeiten herbeizuführen" – er setze dagegen „auf Integration, die wichtiger sei als zwei Pässe" („Frankfurter Rundschau", 24.1.00). Das ist demagogisches Wortgeklingel. Gemeint ist: Die sofortige Beseitigung politischer Rechtlosigkeit für mehrere Millionen Menschen in Deutschland ist nicht sonderlich wichtig; wichtig ist der Nachweis von Vorleistungen, die sicherstellen sollen, daß Einbürgerungswillige politisch angepaßt und leistungsfähig, für die deutsche Wirtschaft brauchbar sind. Politische Gleichstellung wird nach wie vor als Möglichkeit nach dem Nachweis solcher „Integrationswilligkeit und Integrationsfähigkeit" (um ein Mitte der achtziger Jahre vom Deutschen Industrie- und Handelstag so definiertes Kriterium zu zitieren) angeboten, nicht als selbstverständliches automatisches Zugeständnis an Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Nur damit aber wäre eine wirkliche Abkehr vom völkischen, vor-republikanischen Staatsbürgerverständnis gegeben.



„Ergänzend zum Abstammungsprinzip" – Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz gilt unverändert fort – „gilt in Deutschland ab dem 1. Januar 2000 auch das Geburtsrecht", heißt es in einer Broschüre der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung. In der Tat: Kinder von „Ausländern", die sich seit mindestens acht Jahren „rechtmäßig" und „ununterbrochen" in Deutschland aufgehalten haben und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit mindestens drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen, sind automatisch deutsche Staatsbürger. Den Rassisten aller Parteien ist das ein Dorn im Auge; besonders aus der CSU wurde nachdrücklich beklagt, daß nun solche Kinder gar nicht mehr abgeschoben werden können. Allerdings gilt für diese Kinder das „Optionsmodell", d.h. sie müssen sich spätestens zur Vollendung des 23. Lebensjahres für die ebenfalls mit Geburt erworbene Staatsangehörigkeit ihrer Eltern oder die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden haben. Soll es die deutsche sein, so muß die Aufgabe der anderen nachgewiesen werden (oder die Unmöglichkeit, sie loszuwerden). Wird keine entsprechende Erklärung abgegeben, verliert die betreffende Person automatisch die mit Geburt erworbene deutsche Staatsangehörigkeit. Auch dieser tatsächliche erste

Schritt vom „ius sanguinis" zum „ius soli" wird so noch nicht dazu führen, daß alle in Frage kommenden Menschen politisch gleichberechtigte Einwohner Deutschlands werden.

Für ältere Ausländer ist die Frist zum Erreichen eines Einbürgerungsanspruchs zwar von 15 auf acht Jahre verkürzt worden. Es wurden aber Hürden errichtet, die es vorher nicht gab, zusätzlich zum Zwang der Aufgabe bisheriger Staatsangehörigkeiten, welcher allein schon viele Menschen von der Inanspruchnahme der Bürgerrechte in Deutschland absehen ließ und läßt.



Ein Ausschlußgrund ist „unzureichende Kenntnis der deutschen Sprache". Wer Deutscher werden will, muß u.a. „einen deutschsprachigen Text des alltäglichen Lebens lesen, verstehen und den wesentlichen Inhalt mündlich wiedergeben können", er bzw. sie muß Grammatikkenntnisse vorweisen, die manch deutschstämmiger Absolvent einer Haupt- oder Realschule nicht besitzt; ausdrücklich ist vorgeschrieben: „Die Fähigkeit, sich auf einfache Art mündlich verständigen zu können, reicht nicht aus."

Vielleicht fällt es nicht jedem auf den ersten Blick auf, aber diese Anforderung ist eine unsägliche Dreistigkeit dem betroffenen Personenkreis (der „ersten und zweiten Generation" der EinwanderInnen) gegenüber. Als diese Menschen angeworben wurden, in Deutschland zu arbeiten, hat sich keine staatliche Stelle um ihre Sprachkenntnisse geschert. Nach Anweisung malochen können, das reichte völlig aus, nach der Arbeit gings ins Wohnheim oder ins „Gastarbeiterlager" (kein Scherz: sowas gabs, mit Zaun drumherum und entsprechenden Schildern dran); „Integration" war nicht beabsichtigt -. die Leute sollten gar nicht bleiben. „Heranziehen und abschieben" war die erklärte Devise der Industrie, „Konjunkturpuffer" ein verbreiteter Ausdruck für hin- und herschiebbare Menschenmassen. Doch viele blieben in Deutschland, haben jahrzehntelang oft schwere und dreckige Arbeit verrichtet, nicht selten ihre Gesundheit ruiniert. Dieser Staat schuldet diesen Menschen ungeheuer viel. Aber er denkt nicht daran, diese Schuld abzutragen, er tritt ihnen vielmehr als Gläubiger gegenüber...

Ein weiterer Ausschlußgrund kann der Bezug von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sein. Er ist es zwingend, wenn unterstellt wird, daß der Bezug dieser Leistungen „selbst verschuldet" ist – etwa durch mangelnde Anpassungs – bzw. Unterwerfungsbereitschaft während eines Arbeitsverhältnisses oder bei der Arbeitsvermittlung.

Schließlich gibt es auch einen politischen Ausschlußgrund: Kommunisten kriegen keinen deutschen Paß... Nicht nur Kommunisten nicht. Mahnend heißt es in der erwähnten Broschüre der Ausländerbeauftragten an die Adresse potentieller AntragstellerInnen: „Sie müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen ... und erklären, daß sie nicht an verfassungsfeindlichen Bestrebungen teilgenommen haben. Muß die Behörde annehmen, daß sie verfassungsfeindlich tätig

waren und die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet haben, können Sie nicht deutscher Staatsbürger werden. Sollten Sie früher verfassungsfeindliche Überzeugungen vertreten haben, ... haben (Sie) die Chance, der Einbürgerungsbehörde glaubhaft zu machen, daß sie davon abgerückt sind... Wenn die Behörde davon überzeugt werden kann, daß ihre Einstellung sich geändert hat, können Sie immer noch eingebürgert werden." Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift formuliert Mustererklärungen und hält fest: „Der Anspruch auf Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn zwar die ... geforderte Erklärung abgegeben wird, aber tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche oder extremistische Betätigung des Einbürgerungsbewerbers vorliegen." Ergänzend: „Der Anspruch auf Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn der Ausländer die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder mit Gewaltanwendung droht." In Bayern wird eine Regelanfrage beim „Verfassungsschutz" erwogen, in Schleswig-Holstein zur Zeit nicht. Was geschieht, wenn eine abgegebene „Loyalitätserklärung" – so die offizielle Bezeichnung in diesem neuzeitlichen Radikalenerlaß – im nachhinein für falsch befunden wird, also gewissermaßen eine „Einbürgerungserschleichung" behauptet wird, bleibt offen. Droht hier Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit und eventuelle Staatenlosigkeit?

Daß sich diese Gesinnungsschnüffelei, dieses Gleichstellungsverbot schließlich gleichermaßen gegen „Rechtsextremisten", Faschisten richte, ist eine ebensolche Lüge, wie es dies früher bei den Berufsverboten war. Wer das völkische Verständnis von Nation und Staat nicht vollständig aufgibt, wer sich in seiner „Ausländerpolitik" rassistischen Kampagnen von CDU, NPD usw. beugt, der hält den deutschen Faschismus politisch am Leben. Nationalismus und faschistische Strömungen unter der „fremdstämmigen"Bevölkerung werden so ebenfalls befördert.

Wirklich ausgeschlossen vom Rechtsanspruch auf Einbürgerung werden klassenbewußte ArbeiterInnen, die hinter der Fassade demokratischer Parolen und Artikel noch das zu bekämpfende kapitalistische Ausbeutungsverhältnis und den seinem Schutz dienenden staatlichen Gewaltapparat erkennen können. Ausgeschlossen werden Menschen, die sich auch in der BRD nicht davon abhalten ließen und lassen, Terrorregimes in ihren Herkunftsländern anzuprangern – ohne Rücksicht auf deutsche Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen. Ausgeschlossen werden Menschen, die sich gegen faschistische Aufmärsche zur Wehr setzen, denn das gilt schnell als fdGO-schädigende Gewalt und kann sogar Haftstrafen nach sich ziehen, die durch ihre Dauer (mehr als ein halbes Jahr) allein schon die Einbürgerung ausschließen.

In allzuvielen Stellungnahmen, auch kritischen Äußerungen etwa von Ausländervereinen zum neuen Gesetz fehlt der Bezug zu diesem Aspekt staatlicher Schikane und Verfolgung leider ganz. Die politische Reaktion wird ihre Freude daran haben.

Als Argument für die Qualität des neuen Gesetzes muß vielen KommentatorInnen (nicht nur den direkt von den Regierungsparteien bezahlten) die Tatsache dienen, daß der – entweder als „erwartet" oder als „befürchtet" bezeichnete – „Ansturm" auf die Einbürgerungsstellen ausgeblieben ist. An die Rechten gewandt, wird signalisiert: Seht ihr, ist doch alles nicht so schlimm. Die in den ersten Tagen des neuen Jahres vorgestellten NeubürgerInnen waren Muster geglückter „Integration", sauber, sprachgewandt, wirtschaftlich wohlsituiert. Erklärten Rassisten geht auch das zu weit; selbstzufriedene DurchschnittsdemokratInnen indes lehnen sich entspannt zurück und hoffen, mit diesem Thema erstmal nicht mehr behelligt zu werden. – Zu Recht?

Es bleibt eine wichtige Aufgabe der nächsten Wochen und Monate, über das neue Gesetz und seine Ausführungsbestimmungen aufzuklären und den Kampf für wirkliche Gleichberechtigung aller Menschen, die hier leben, zu organisieren.

Dietrich Lohse

Ausstellung zum Plakatwettbewerb „Flüchtlinge und MigrantInnen in Schleswig-Holstein" vom 10.-26. Februar 2000 in der Stadtbücherei Kiel, Holstenbrücke 1

Gezeigt werden Entwürfe von Schulklassen und Einzelpersonen, die sich an dem Wettbewerb mit Motiven beteiligt haben, die ihre Haltung zu den Themen Rassismus, Miteinander leben, Integration, Flucht und Vertreibung sowie Fluchtursachen künstlerisch umgesetzt haben.

Die **Ausstellungseröffnung** und **Preisverleihung** findet am **10.2.** um **20.00 Uhr** in der **Stadtbücherei** statt.

Begleitend zur Ausstellung veranstalten wir eine **Lesung** mit der iranischen Autorin **Fahime Farsaie**. Sie wird aus ihrem Erzählband „Die gläserne Heimat" und ihrem aktuellen Roman „Hüte dich vor den Männern, mein Sohn" lesen.

24.2.2000 um **20.00 Uhr** in der **Stadtbücherei Kiel**, Holstenbrücke 1

VeranstalterInnen: ZBBS e.V., Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Bildungswerk anderes lernen e.V., der Beauftragte für Asyl-, Flüchtlings- und Zuwanderungsfragen

Waffenlager in Fulda entdeckt!

Am Volkstrauertag löste die Polizei in Fulda eine Versammlung und Kranzniederlegung einer Gruppe von 16 Neonazis auf. Die Gruppe war in geschlossener Marschordnung zu einem Kriegerdenkmal in der Nähe des Barockviertels unterwegs, um einen Kranz mit der Schleifenaufschrift „Den wackeren Streitern" sowie „Kameradschaft Fulda" niederzulegen. Erst nach der Kranzniederlegung löste die Polizei die Versammlung auf. Bei der anschließenden Durchsuchung der Nazis wurde bei einem 33 jährigen Mann aus Fulda, der auch als Wortführer der Gruppe in Erscheinung trat, ein Reichsadler mit Hakenkreuz sichergestellt. In der Wohnung des Mannes entdeckte die Polizei ein Schnellfeuergewehr, zwei Karabiner, eine Pistole und die zu den Waffen gehörige Munition, sowie 70 CDs mit rechtsradikalem Liedgut.

Jürgen Rieger macht auf Hollywood !

Der Hamburger Neonazi–Anwalt Jürgen Rieger kaufte vor Kurzem über eine Anzeige in der Tageszeitung „Die Welt" ein größeres Gebäude, inklusive Kino, in der Rattenfängerstadt Hameln. Die Vorbesitzer, das in Andorra lebende Ehepaar Sabine und Hans Brockstedt, das die Immobilie über einen Makler zum Verkauf angeboten hatte, war sich über die neonazistischen Tätigkeiten des Käufers nicht im Klaren. Die Stadt Hameln gab bekannt, dass sie keine rechtliche Handhabe gegen den Kauf des Objektes durch den Rechtsanwalt habe. Der seit Jahren auf dem Immobilienmarkt aktive Rieger machte zuletzt 1995 von sich reden, als er für fast 4 Millionen Mark das in Schweden liegende Gut Sveneby kaufte. Über die Herkunft des Geldes für seine Immobilienkäufe schweigt sich der 53 jährige Nazi aus. Es ist aber anzunehmen, das seine Geldmittel durch Erbschaften von Alt- Nazis aufrecht erhalten werden.

Angriff auf SHARP-WG

Am 24. Dezember vergangenen Jahres wurde in Lüchow (Niedersachsen) eine Wohngemeinschaft sogenannter SHARPs (Skinheads against racial prejudice – Skinheads gegen rassistische Vorurteile) von Nazi-Skins mit Brandbomben angegriffen. Die Täter zertrümmerten zudem diverse Einrichtungsgegenstände. Sie konnten zwar zunächst entkommen; inzwischen ermittelte die Polizei aber 25 Tatverdächtige im Alter von 16 bis 23 Jahren. Allesamt sind sie bereits wegen einschlägiger Delikte vorbestraft. Ihnen drohen jetzt Haftstrafen von einem bis zu zehn Jahren Haft ohne Bewährung. Obwohl es aus dieser Gruppe heraus schon mehrfach zu Straftaten gekommen ist, sehen die Ermittler keine Anzeichen für die Existenz einer kriminellen Vereinigung, da es zu den Taten immer nur spontan und nach Trinkgelagen gekommen sei. (Alter Trick ...!).

DVU-Politiker jetzt bei der CDU

Der ehemalige DVU-Bezirksabgeordnete Ulf Aschmotat ist seit November 1999 Mitglied im CDU-Ortsverband Süderelbe. Der Harburger Jung-Unternehmer hatte im Frühjahr sein Mandat in der Harburger Bezirksversammlung niedergelegt. Damals hieß es bei der DVU, er sei aus beruflichen Gründen ausgestiegen. Heute behauptet Aschmotat, sein Eintreten für die DVU sei ein Fehler gewesen; 1997 hatte er sich auf eine Postwurfsendung der neofaschistischen Partei gemeldet, war kurz darauf zum Kandidaten nominiert und später gewählt worden. Als Bezirksverordneter habe er nie einen Antrag unterstützt, zu dem er heute nicht stehen könnte.

Uni Potsdam: RCDS-Zeitung verboten

Der Rektor der Universität Potsdam, Professor Wolfgang Loscheder, hat Anfang Januar die Verbreitung der 3. Ausgabe des Magazins „Gaudeamus" der Potsdamer Hochschulgruppe „Ring Christlich Demokratischer Studenten" (RCDS) verboten. In diesem Heft war für die extrem rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* geworben worden. Mit dem Verbot, so die Uni-Pressesprecherin Janny Glaesmer, sei der Rektor rechtsstaatlichen Prinzipien gefolgt.

Die Hochschulgruppe „Offene Linke Liste" kritisiert darüber hinaus zwei weitere Anzeigen, die für das „Ostpreußenblatt" und eine Berliner Burschenschaft, die „Landsmannschaft Brandenburg" werben. „Die Verantwortlichen sollen in jedem Fall zur Rechenschaft gezogen werden. Wenn die RCDS-Vertreter sich nicht öffentlich vom Inhalt des Heftes distanzieren, müssen sie mit dem Ausschluss aus dem Studentenparlament rechnen", so die Frauenreferentin des AStAs der Uni Potsdam.

In einer Stellungnahme des RCDS-Bundesvorstands heißt es: „Der RCDS ist der größte politische Studentenverband Deutschlands, jeder Einzelne muss sich der politischen Wirkungsweise seiner Handlungen bewusst sein", sagte der Vorsitzende Mario Vogt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Christoph Ritzer hält dagegen die Kritik für überzogen. Für ihn ist die Anzeige für die völkische und nationalistische Zeitung zwar ungeschickt, aber in keinem Falle rechtsradikal. Darüber hinaus herrsche beim RCDS „Gruppenautonomie". Ritzer: „Jedes Mitglied kann sich seine politische Freiheit selbst bestimmen." Davon hat die Kieler RCDS-Gruppe mit ihren engen Verbindungen zu Neonazis und Burschenschaften regen Gebrauch gemacht.

Faschismus ist keine Meinung - sondern ein Verbrechen!

Elmshorn will keine Nazis!

Im Dezember 1999 gründete sich in Elmshorn ein breites „Bündnis gegen Rechts" das sich aus Einzelpersonen, Gewerkschaften, SchülerInnengruppen, Kirchen, Verbänden, Unternehmen und Parteien zusammensetzt. Es tritt mit der Losung „Faschismus ist keine Meinung - sondern ein Verbrechen" an die Öffentlichkeit. Die Reaktionen der neofaschistischen Szene zeigen: die Aktion hat den Kern getroffen.

Der Anlass zur Gründung des antifaschistischen Bündnisses war die zunehmende Zahl von rechten Aktivitäten in Elmshorn und dem Kreis Pinneberg. Diese Aktivitäten nahmen am 22.4.99 mit einer von dem Neonazi **Christoph Kalleck** aus Elmshorn angemeldeten und mit 30 Nazis durchgeführten Demo ihren Anfang. Da sich gerade in den Hamburger Randbereichen seit 1999 sehr viele nach SA Vorbild genannte „**Stürme**" und „ **Freie Kameradschaften**" aus dem militanten Nazispektrum unter Führung der beiden bekannten Neonazis **Christian Worch** und **Thomas Wulff** gebildet haben, stellen sich antifaschistische Aktivitäten für die Nazis als Problem dar.

So auch in Elmshorn, wo sich seit der Gründung des „Bündnis gegen Rechts" die Einschüchterungsversuche und Übergriffe seitens der Nazis gegenüber den AntifaschistInnen häufen. Über 200 Plakate des Bündnisses mit der Aufschrift: *„Keine Toleranz für Neonazis in Elmshorn & anderswo"* wurden von Nazis in einer nächtlichen Aktion vom 23. auf den 24. Dezember 1999 zerstört oder mit Hakenkreuzen besprüht. In der gleichen Nacht wurde eine Gruppe von sieben sogenannten „**Freien Nationalisten**" vom **Hamburger Sturm 18** beim Verkleben von Plakaten mit der Aufschrift *„Juden raus!"* und Hakenkreuzen von der Polizei gestellt und festgenommen. Das nächste Ziel zweier Nazi-Anschläge war das Büro der IG Metall, wo von den Tätern erfolglos versucht wurde, die Plexiglas Fensterfront einzuschlagen. Daraufhin beklebten die Nazis die Fensterfront mit Plakaten der „**NPD**" und des „**Nationalen Widerstandes**" mit der Aufschrift *„Trotz Verbot nicht tot... auch hier in Elmshorn"* und dem Bild von einem Aufmarsch der Waffen – SS.

Da auch SchülerInnengruppen Mitunterzeichnende des Antifa-Plakates waren, wurden auch Hetzparolen an die Wände einiger Schulen geschmiert. Die Terrormethoden der Nazis nehmen immer schärfere Formen an. So wurde ein Gebäude, in dem eine Teilnehmerin des „Bündnis gegen Rechts" wohnt, beschossen, wobei durch Glück nur eine Fensterscheibe durch das Einschussloch zerstört wurde. Während eines Bündnistreffens im Büro der IG Metall versuchte ein **Anti-Antifa**-Fotograf die anwesenden TeilnehmerInnen zu fotografieren. Als einige TeilnehmerInnen den Nazi zu Rede stellen wollten, zog dieser ein Kampfmesser und flüchtete. Auch die Elmshorner Bürgermeisterin, die in dem Bündnis mitarbeitet, erhielt einen Brief vom NPD-Landesvorsitzenden **Ingo Stawitz** an ihre Privatadresse, in dessen Inhalt bestritten wird, dass es je Faschismus in Deutschland gegeben hätte, und das Elmshorn zu den Landeswahlen Wahlkampfschwerpunkt der NPD wird. Stawitz fordert zudem von der Bürgermeisterin, ihm dabei keine „Schwierigkeiten zu machen", denn „befreundete Gruppen" würden informiert. Dass sich auch die NPD an dem Terror gegenüber Elmshorner AntifaschistInnen beteiligt, zeigt nur wie gut das Netzwerk und die Zusammenarbeit zwischen militanten Neonazis und der Partei NPD funktioniert. Dass Terror und Einschüchterungsaktionen der Nazis erfolglos bleiben werden, zeigt sich schon in den Worten des Elmshorner IG Metall Chefs Uwe Zabel, der selbst von Neonazis bedroht wird.

Uwe Zabel sagt: *„ Jetzt dürfen wir nicht Schweigen - wenn wir nicht Verhältnisse wie in Schweden bekommen wollen. Verharmlosung und Totschweigen, nicht deutlich die Grenzen von Toleranz gesellschaftlich rechtzeitig unmissverständlich zu zeigen, lässt diesen militanten kriminellen Neo-Nazi Banden und Netzwerken den Freiraum sich weiter zu organisieren und zu verbreiten. Bedrohung, Angriffe gegen Menschen und auch die Gewerkschaften sind die politischen Mittel dieser Gewalttäter, mit denen sie einschüchtern wollen. Das militante Auftreten der Neo-Nazis und die Geschichte lehrt uns jedoch: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen."*

HIAG Schleswig-Holstein sagt „Danke"!

Seit 1956 erschien monatlich die Zeitschrift *Der Freiwillige* als Mitteilungsblatt ehemaliger SS-Angehöriger, zumeist organisiert in der HIAG, der **Hi**lfsgemeinschaft **a**uf **G**egenseitigkeit. Darin fanden sich Berichte über Treffen von Angehörigen dieser Terrororganisation, rassistische und antisemitische Kommentare zum Weltgeschehen und eine unkritische Verklärung der eigenen Vergangenheit. Obwohl sich der Bundesverband der HIAG Ende 1992 auflöste, erschien die Zeitschrift weiter. Im Verlauf des letzten Jahres schien zunächst die Einstellung bevor zu stehen; mit Patrick Agte, seit Jahren als Geschäftsführer der Truppenkameradschaft 1.SS-Panzerkorps tätig, hat sich jedoch ein neuer Herausgeber gefunden, in dessen Redaktion – so meldet es die letzte Ausgabe des *Freiwilligen* im vergangenen Jahr - „etwa die Hälfte (...) noch zur Kriegsgeneration gehören." Dies lasse „auf einen angemessenen, fließenden Übergang auf die jüngere Generation hoffen". Ob sich unter den jüngeren Redaktionsmitgliedern auch solche befinden, die in den letzten vier Jahren bei den Neonazi-Aufmärschen „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" gebrüllt haben, wird sich zeigen.

Der Wechsel in der Redaktion ist für Hans Werner Belbe, den Landesgeschäftsführer des HIAG Landesverbandes Schleswig-Holstein, Anlaß, auf die Bedeutung der Zeitschrift für den Zusammenhalt der Angehörigen dieses von den Alliierten im Nürnberger Prozeß zur kriminellen Organisation erklärten Verbandes hinzuweisen. Die SS war nach 1945 wie andere NS-Organisationen auch verboten worden. Den „jüngeren Kameraden" wünscht er vergleichbaren Erfolg. Belbe war im November 1998 einer der Erstunterzeichner einer Anzeige der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) gegen die im Januar 1999 im Kieler Landeshaus gezeigte Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944".

Arbeitskreis für deutsche Politik traf sich in Rotenburg

Zu seiner Wochenendtagung traf sich der *Arbeitskreis für deutsche Politik* am 23./24. Oktober 1999 in Rotenburg/Wümme. Auf Einladung des AfdP-Vorsitzenden Wolfgang Dahlmann aus Kiel mußte 25.- Mark zahlen, wer den Steuerjuristen Wolfgang Traxel zum Thema „Deutsche Antikapitalisten und Moslems – Verbündete oder Gegner?" reden hören wollte. Der frühere CDU-Landtagsabgeordnete und spätere REP-Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein Emil Schlee berichtete zum x-ten Male über „Deutschland und die Kriegsschuldfrage", und der zum Faschisten konvertierte Ex-RAF-Anwalt Horst Mahler provozierte mit der Aufforderung „Geschichtsrevisionismus tut not!" Der *Arbeitskreis für deutsche Politik*, dessen früherer Vorsitzender der Lübecker BGS-Ausbilder Thomas Schröder war, scheut inzwischen die Öffentlichkeit. Auch dieses Treffen war als „nicht öffentlich!" angekündigt. Dahlmann selbst war 1990 REP-Mitglied und Mitte der 90er Jahre stellvertretender DVU-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Am 20. November 1999 nahm er in Hamburg an einer Veranstaltung des neofaschistischen Hamburger Bündnis „Aufbruch `99" teil. An der Frühjahrstagung des AfdP Ende April hatten auch Personen aus den Niederlanden, dem Irak und Norwegen teilgenommen.

Rassistischer Terror in Schacht-Audorf

Wiederholt haben rassistische Skinheads im November und Dezember 1999 eine aus Jordanien stammende Familie in Schacht-Audorf terrorisiert. Zunächst wurde das Haus mehrfach mit Steinen beworfen, wobei Fensterscheiben zu Bruch gingen. Später wurde das Auto eines Besuchers beschädigt. Als drei Jordanier sich mit Stöcken gegen die Angriffe verteidigen wollten, griff die Polizei ein und beschlagnahmte sie. Die Skinheads erhielten einen Platzverweis; bereits früher waren bei ihnen ein Jagdmesser und eine Schreckschuß-Pistole sichergestellt worden.



Gefährliche Untätigkeit

Im österreichischen Innenministerium wird man bei dem Namen „Club 88" hellhörig und weiß Bescheid: hier sind die Verbindungen der neonazistischen *Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition* (VAPO) zur deutschen militanten Neonazi-Szene bekannt. Auch in Schweden stießen Journalisten bei ihren Recherchen über schwedische Neonazis auf den Club 88. Die Nazikneipe in Neumünster wird durchaus von (zumeist jüngeren) Neonazis aus dem benachbarten Ausland, insbesondere aus Skandinavien besucht. Der Neumünsteraner *Tim Bartling*, einer der Initiatoren des Club 88, ist gebürtiger Däne, und dank seiner Sprachkenntnisse stellt er die ideale Kontaktperson für Naziaktivisten aus Dänemark dar. Die internationalen Kontakte werden vom Schleswig-Holsteinischen Innenministerium offenbar genauso verkannt, wie von den KommunalpolitikerInnen und der Verwaltung in Neumünster. In der Bevölkerung selbst scheinen sich ebenfalls nur wenige Menschen an dem Naziladen zu stören und die Notwendigkeit zu sehen, endlich gegen den Club 88 und seine Strukturen aktiv werden zu müssen. Nachdem ein Ratsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen von Neonazis aus dem Umfeld des Club 88 bedroht worden war, einigte man sich in einer Sitzung der Ratsfraktion zwar – parteiübergreifend - auf eine gemeinsame Resolution im Ältestenrat. Allerdings werden darin lediglich zu dem konkreten Bedrohungsfall die Vokabeln „unerträglich und verabscheuungswürdig" gefunden – danach: Sendepause ! Soll es nicht bei leeren Worthülsen und „Schaufensterreden" bleiben, müssen endlich Taten folgen. Der SPD-Ratsherr Ahrens sah „großen Handlungsbedarf und kündigte großspurig an: „Wir werden unseren Beitrag dazu leisten." Er und seine SPD-MitstreiterInnen in Neumünster sollten den Appellen ihres Parteifreundes Wolfgang Thierse, seines Zeichens Bundestagspräsident, zu mehr Zivilcourage gegen Rechtsextremismus, beherzigen. Zur Zeit ist davon noch nichts zu spüren. Anschauungsunterricht aus der Kommunalpolitik gäbe es momentan aus Elmshorn zu beziehen: Dort unterstützt die SPD mit der Bürgermeisterin an der Spitze das „Bündnis gegen Rechts". **(siehe Artikel dazu in dieser Ausgabe)** Der Club 88 dient nicht nur den Neumünsteraner Jungnazis als Treff- und Anlaufpunkt, auch überregionale Aktionen werden von hier aus vorbereitet oder man trifft sich z.B. vor Demos einfach dort, um gemeinsam weiter zu fahren.

Demonstration des „Nationalen Widerstands" in Hohenweststedt

Für Samstag, den 22.Januar 2000, hatten Nazis aus dem Spektrum des Club 88, der sogenannten Freien Nationalisten aus Schleswig-Holstein und Hamburg zu einer angemeldeten Demonstration unter dem Titel „Keine Diskriminierung der Nationalen Opposition" nach Hohenweststedt (in der Nähe Neumünsters) mobilisiert. Die Kreisordnungsbehörde Rendsburg genehmigte die Demonstration, wissend, um welches Klientel es sich bei den AnmelderInnen und den zu erwartenden „Demonstranten" handelte. Organisiert wurde der Nazi-Aufmarsch, zu dem überwiegend über das „Freie Infotelefon Norddeutschland" aufgerufen wurde, von Personen aus dem Dunstkreis des Club 88. Selbstverständlich traf man sich mit einem Großteil der TeilnehmerInnen vorab beim Club (darunter Christiane Dolscheid und Steffen Holthusen vom Club 88). Auf den - während des ca. einstündigen Aufmarsches - verteilten Flugblättern zeichnete eine Initiative „BERGe versetzen statt Rechte verletzen!" Das Wortspiel nimmt Bezug auf den Hohenweststedter Polizeichef Reinhard Berg. Hintergrund des Ganzen: Der Club 88 wollte, wie schon zum Jahreswechsel 1998/1999, in einer Kneipe in Hohenweststedt eine „Milleniumsparty" feiern. Der Wirt war ursprünglich einverstanden, machte dann aber auf Intervention des Polizeichefs Berg einen Rückzieher. An der Demonstration aus Protest wegen der verpatzten Nazi-Sylvester-Party nahmen schließlich 70 „Kameraden" v.a. aus den Umlandsgemeinden Wasbek, Aukrug und Hohenweststedt teil. Unterstützung gab es unter anderem auch aus Hamburg (Christian Worch & Co.), Kiel, Neumünster usw. Als Redner auf einer kurzen Zwischenkundgebung fungierte Jan-Steffen Holthusen, der sich bitterlich über die misslungene Sylvesterparty beschwerte. Wenn der Aufmarsch mit knapp 70 TeilnehmerInnen zwar nicht sonderlich gut besucht und der ganze Spuk nach einer Stunde schon wieder vorbei war, so sollte diesen Leuten doch etwas mehr entgegengesetzt werden. Untätigkeit und Verharmlosung sind nach wie vor fehl am Platze. Der Club 88 ist ein überregionaler Treffpunkt mit internationalen Kontakten. So waren beim dreijährigen „Club-Jubiläum" im Oktober letzten Jahres rund 200 Neonazis angereist – nicht 40 bis 50, wie es Polizei, Verfassungsschutz und das Ordnungsamt in Neumünster gezählt haben wollen. Nun darf man spekulieren, warum hier mit falschen Zahlen operiert wird...

Der Widerstand duldet... KEINE Diskriminierung der Nationalen Opposition!

...auch nicht durch aufblasierte Kleinstadt-Wachtmeister, die ihr Amt mißbrauchen, um sich als politisch-moralische Kontrollinstanzen aufzuspielen!

Diskriminierung politisch Andersdenkender...? Hier bei uns, im „freiesten Rechtsstaat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat"? Das gibt's doch gar nicht... Oder doch...?

Herausgeber
Initiative „BERGe versetzen statt Rechte verletzen!"
Kontakt c/o Postfach 1361, 24503 Neumunster

Wir unterstützen diesen Protest:
viele Freie Nationalisten und Freie Aktionsgruppen im
NATIONALEN UND SOZIALEN AKTIONSBÜNDNIS NORDDEUTSCHLAND

Nazis überfielen Feier in Westerrade!

Am 19.11.99 organisierte der 13. Jahrgang des städtischen Gymnasiums Bad Segeberg eine Feier in Westerrade, um den bevorstehenden Abschlußball zu finanzieren. Gegen 3.30 Uhr stürmten dann ca. 15 Nazis in den Saal, mit der Absicht die Feierlichkeiten zu stören. *Böge* und *Schmidtke*, zwei der Nazis, erkannten einen Antifaschisten aus Bad Segeberg in der feiernden Menge. Daraufhin griffen sie ihn gemeinsam mit drei weiteren Nazis, gezielt an. Böge schlug dem Antifaschisten mit einem Schlagring auf den Kopf, so daß dieser kurz die Orientierung verlor. Diese Gelegenheit nutzten die Nazis und schlugen solange auf den Antifaschisten ein, bis dieser am Boden lag, um ihn dann mit gezielten Tritten gegen den Kopf schwer zu verletzen. Bilanz dieser Auseinandersetzung war, dass der Antifaschist aufgrund schwerer Verletzungen für eine Woche in die Medizinische Universität Lübeck eingeliefert werden mußte. Neben Nierenquetschung, Rippenprellungen, einer gebrochenen Nase und Verletzungen am Kopf hat er, aufgrund eines Schlags auf das linke Ohr, 40 Prozent seiner Hörfähigkeit verloren. Es ist noch nicht absehbar, ob es ein langfristiger Hörschaden bleibt. Gegen 4.00 Uhr kam dann die alarmierte Polizei und nahm die Personalien von drei Nazis auf, aber da war wie üblich schon wieder alles vorbei. Da allerdings noch mindestens 300 Leute vor Ort waren, stellt sich die Frage, ob es nicht hätte verhindert werden können, wenn die Feiernden den Nazis entschlossen und gemeinsam entgegengetreten wären?

Der Antifaschist erstattete wenige Tage nach dem Überfall Anzeige gegen Böge wegen versuchter Tötung, sowie gegen Schmidtke und Franz wegen gefährlicher Körperverletzung. Soweit bekannt, hat die Staatsanwaltschaft Verfahren eingeleitet. Schmidtke und Böge sind schon früher durch Gewalttaten gegenüber linken Jugendlichen aufgefallen. Beide haben am 24.05.97 an einem Naziaufmarsch in Bad Segeberg teilgenommen, und sind außerdem als Störer, im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Demonstration in Bad Segeberg, festgenommen worden. Diese und andere Aktionen wurden immer in enger Zusammenarbeit mit *Henning Fässer* durchgeführt, der eine der führenden Personen der Segeberger Nazi-Szene ist. Fässer nimmt seit ca. drei Jahren regelmäßig an Naziaufmärschen teil, die von den *Freien Nationalisten* um *Christian Worch* und *Thomas „Steiner" Wulff*, ehemals Chef der inzwischen verbotenen „Nationalen Liste", organisiert werden. Diese Gruppierung bringt die wichtigste Zeitschrift der militanten Nazi-Szene für Hamburg und Schleswig-Holstein heraus, den „Hamburger Sturm".

Hier läßt sich nun wieder die Verbindung zu dem am Überfall beteiligten Schmidtke ziehen. Hatte man lange öffentlich nichts mehr von ihm gehört, tauchte er vor kurzem als Autor eines Artikels im „Hamburger Sturm" auf. Er schrieb darüber wie ein „internationales Nazikonzert" (!) in Tschechien von der Polizei aufgelöst wurde, und er selbst einige Stunden im Gefängnis verbringen mußte. In dem Artikel dankte er auch seinen „Kameraden" aus Bad Segeberg, die ihm bei der Rückreise tatkräftig unterstützt hatten.

Diese Zusammenhänge zeigen auf, daß Nazis eben nicht, wie sie es bei Aufmärschen immer suggerieren wollen, „harmlose Patrioten" sind, sondern eine Gefahr darstellen, nicht nur für MigrantInnen, sondern für alle Menschen, die sich ihnen in den Weg stellen.

Wir werden die Nazi-Szene in Bad Segeberg weiter beobachten und dieses gewalttätige Netzwerk, was auch auf Parteien wie die NPD übergreift, in Bad Segeberg und anderswo öffentlich zu machen. Sei es durch Informationsveranstaltungen oder Präsenz, damit der öffentliche Raum nicht den Nazis überlassen wird.

DK & BB

Mahncke lobt Kolbenheyer

Gegenstand eines ganzseitigen Beitrages in der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* ist der 1962 gestorbene Schriftsteller *Erwin Guido Kolbenheyer*. Autor *Heinz Mahncke* aus Tellingstedt begeistert sich darin für den Autor, der nach 1945 Schreibverbot erhielt. Kolbenheyer vertrat eine reaktionäre nationalistische Staatsauffassung, die in pseudophilosophischen Schriften, wie z.B. *Die Bauhütte*, ihre biologistische Begründung erhielt. Darin wird der Mensch zum Exponenten der „Rasse" erklärt, die Geschichte aus „biologischen Nötigungen" verstanden. So ist es kein Wunder, daß Kolbenheyer den Sinn der Geschichte allein in der Existenz von „Schwellenzeiten" sieht, einer Umschreibung für die deutschen Hegemonialbestrebungen.

Mahncke, der bereits in den 80er Jahren für die NPD Wahlkampf machte, nahm als Redner an der Neonazi-Demonstration in Kiel am 30. Januar 1999 gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944" teil. In einem Mitte November 1999 verfassten „Offenen Brief" an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages fordert er, daß nun, „nachdem die die deutsche Wehrmacht verunglimpfende, mit unsachlichen und zum Teil gefälschten Bildern arbeitende Antiwehrmachtsausstellung der Herren Heer und Reemtsma nunmehr geschlossen wurde, (...) eine von sachlich ausgewählten Historikern und Wissenschaftlern zusammengesetzte Kommission zu allen übrigen ebenfalls höchst zweifelhaften historischen Nachkriegsbehauptungen zu bilden." In dieser Aktion kommt zum Ausdruck, daß die neofaschistischen Szene die Überarbeitung der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung als großen Erfolg sieht; nun will sie erneut zu einer offensiven Propagierung auch der Auschwitzleugnung übergehen.

Schweden

Medien reagieren mit gemeinsamer Aktion auf Nazigewalt

Nach Polizistenmorden, Autobomben und dem Attentat auf Björn Söderberg wurde es der schwedischen Presse dann doch zuviel. Am 30. November, Geburtstag Karl des zwölften und traditionsreicher Feiertag der extremen Rechten, veröffentlichten die vier größten Tageszeitungen eine gemeinsam recherchierte Reportage über die schwedische Naziszene.

Die Herausgeber der Zeitungen waren nach den zahlreichen faschistischen Gewaltakten und Einschüchterungsversuchen der letzten Monate zu der Auffassung gelangt, daß die Demokratie Schwedens durch diese Gruppen bedroht ist. In ihrer Reportage verwarfen sie die sonst üblichen presseethischen Grundsätze und veröffentlichten Bilder und Namen von 62 Mitgliedern faschistischer Organisationen. In der längeren Reportage wurde außerdem die faschistische Szene detailliert beschrieben und die Funktionen der abgebildeten Personen in den rechtsextremen Netzwerken ausführlich erläutert.

Die Berichte über die faschistische Szene wurden auch nach dem 30. November nicht weniger. Unter der Überschrift „Die Bedrohung der Demokratie" kamen in den folgenden Wochen immer wieder Meldungen über rechtsextreme Aktivitäten. Tageszeitungen glichen schon bald den Insiderzeitschriften der Antifaszene. Die Kenntnis der wichtigsten Namen und Organisationen wurde vorausgesetzt und gar nicht mehr weiter erläutert. Rassistische Vorfälle, die sonst in den Massenmedien keinerlei Beachtung gefunden hätten, erschienen plötzlich auf der ersten Seite. Sogar kleine antirassistische Demos wurden mit halbseitigen Artikeln, großen Fotos und lobenden Worten bedacht.

Die Berichterstattung ließ natürlich auch die Naziszene selber nicht unberührt. Viele der abgebildeten Personen bekamen Probleme an ihren Arbeitsplätzen, in Schulen und Gewerkschaften. Vor allem die Gewerkschaften wurden nach dem Mord an Björn Söderberg endlich aktiv und begannen, sich mit den Nazisympathien einiger ihrer Mitglieder ernsthaft auseinanderzusetzen.

Laut einem Resümee der Tageszeitung *Dagens Nyheter* am 12. Januar wurden insgesamt fünf Nazis aus ihren Gewerkschaften ausgeschlossen und einem wurde von seinem Arbeitgeber gekündigt. Ein anderer Nazi wurde von der Privatschule, an der er Schüler war, ausgeschlossen und versucht nun, durch Fernstudien seinen Abschluß zu erreichen.

KAMPNYTT

Rättvisa!

Hämnd för Mikael Krusell

Wichtiger als die verschiedenen Rausschmisse aus Schulen und Gewerkschaften sind aber noch die Entscheidungen einiger führender Nazis, die Szene ganz zu verlassen. *Anders Högström*, bisher Führer der *Nationalsozialistischen Front* (NSF), verließ kurz nach Weihnachten NSF, nach eigenen Angaben, weil es ihm „so schlecht damit ging, dauernd eine Meinung zu allem haben zu müssen". Nach Angaben der Organisation *Exit*, eine Art Auffangbecken für Ex-Nazis, haben noch drei bis vier andere „wichtige Persönlichkeiten" die Szene verlassen.

Nur wenige Tage später wurde jedoch deutlich, dass das Entsetzen der schwedischen Bevölkerung und Presse angesichts der faschistischen Gewalt auch seine Grenzen hat.

Als in der Silvesternacht im Stockholmer Vorort Skogs der 19-jährige Salih Uzel von Nazis erstochen wurde, waren die Reaktionen wesentlich gelassener als bei dem Mord an Björn Söderberg im September. Von Polizei und Presse beharrlich verbreitete Gerüchte, es hätte sich bei dem Mord um eine Prügelei zwischen zwei verfeindeten Jugendgruppen gedreht, ließen Zweifel aufkommen und Demos schrumpfen. Wo nach dem Söderbergmord noch 16. 000 Stockholmer demonstrierten, waren jetzt nur noch ein paar hundert Leute geschockt genug, um auf die Straße zu gehen.

Normalerweise hätte sich die Aufmerksamkeit der schwedischen Öffentlichkeit wahrscheinlich schon lange wieder auf andere Themen gerichtet. Wären da nicht die Prozesse, die nach den Taten des letzten Sommers jetzt anfangen, Resultate zu liefern. Die drei Nazis, die

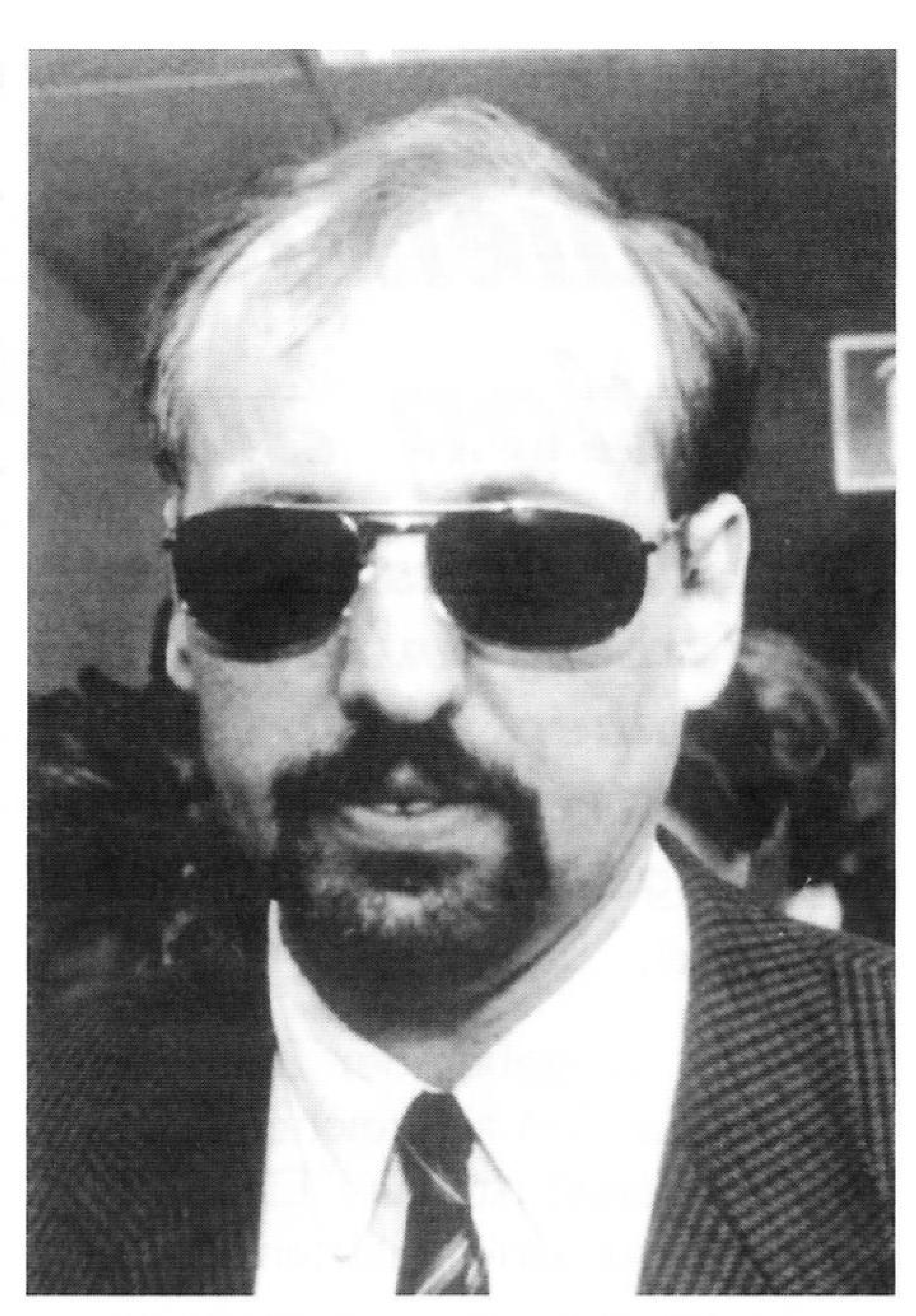
im Mai eine Bank in Kisa ausgeraubt und auf der Flucht zwei Polizisten erschossen hatten, wurden Ende Januar alle wegen Mordes zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt.

Am 25. Januar begann außerdem ein weiterer Prozeß gegen die drei Hauptpersonen hinter dem Nazimusiklabel *Ragnarock Records*. *Erik Blücher*, *Hans Himmler Petersson* und *Marcel Schilf* sind aufgrund rassistischer CDs und Videos wegen Volksverhetzung angeklagt. Im Februar wird auch die Eröffnung des Prozesses gegen die mutmaßlichen Mörder Björn Söderbergs erwartet.

Ein anderer wichtiger Grund für die weitere Aktualität des Themas Faschismus ist die Ende Januar stattfindende internationale Holocaust-Konferenz in Stockholm. Das Program der Konferenz, die im Rahmen der Aufklärungskampagne „Lebendige Geschichte" stattfindet, besteht nicht nur aus der mit hochkarätigen internationalen Gästen bestückten Konferenz selber. Nebenher gibt es über die ganze Stadt verteilt fast 50 Programmpunkte, die sich auf verschiedene Arten mit dem Holocaust auseinandersetzen. Die Zeitungen befassen sich jeden Tag auf einer Konferenz-Extraseite mit allem, was mit dem Holocaust und Rassismus und Faschismus heute zu tun hat.

Ein gerade heraugekommenes Buch und eine Dokumentarfilmreihe über schwedische Freiwillige in der Waffen-SS hat die Debatte über den Faschismus in Schweden auch noch einmal neu belebt. Das Verhältnis des offiziell neutralen Schwedens zu Nazideutschland war bisher ein wenig bearbeitetes Thema. Die Anstrengungen des schwedischen Staatsministers Göran Persson, sich durch die „Lebendige Geschichte"-Kampagne und die jetzt stattfindende Holocaust-Konferenz international einen Namen zu machen, haben so zumindest zu einem bewußteren Umgang mit dem Thema Faschismus in Schweden geführt.

Die Gefahr, die von den gut organisierten faschistischen Gruppen ausgeht, ist jedoch keineswegs gebannt. Weiterhin werden Migranten, Linke, Journalisten, Juden, antifaschistische Polizisten und andere Menschen überfallen und bedroht. *Ragnarock Records* baut in Südschweden ungestört eine neue Produktionsstätte für Nazi-CDs auf. Außerdem verschwinden dauernd Waffen und Dynamit aus Armeebeständen. Die Situation ist nach wie vor extrem unsicher. Niemand weiß, wie weit die Anti-Antifa mit ihren Recherchearbeiten gekommen ist. Adressen sind öffentlich zugänglich und eine Sperrung der Adressangaben ist für die meisten Menschen wegen der komplizierten Regulierungen nicht möglich.



Erik Blücher, alias Erik Nilsen

Eine positive Veränderung ist aber, dass selbst die trägsten, kopflastigsten Organisationen, wie die schwedischen Gewerkschaften, mittlerweile einsehen, das faschistische Gruppen eine Gefahr darstellen und antirassistische Kampagnen ins Leben rufen. Wie effektiv diese sein können, wird sich in den nächsten Monaten und Jahren zeigen.

Niklas Weill (Expo)

Willkommen Zuhause, Micke

Eine Wohnung in der südschwedischen Hafenstadt Karlskrona: Ein unbekannter Neonazi tritt ein, und schlenkert eine Tasche auf den Boden. In der Tasche liegt eine Schrotflinte, die er zusammenmontiert und mit der er dann anfängt herumzuspielen. Mikael Ekman betrachtet dies mit Verblüffung. Innerhalb weniger Sekunden wird er unruhig; er weiß, daß der Nazi ein ehemals verurteilter Gewaltverbrecher ist. – Mit dieser Flinte sollte man ins Reichtagsgebäude gehen, und dort den Laden etwas aufmischen, sagt der Neonazi.

Der Ort ist das Zuhause eines der Führer der Nationalsozialistischen Front (NSF) in Karlskrona. Micke Ekman ist zu Besuch bei einem langjährigen "Kameraden" innerhalb der NSF.

Mikael Ekman begann vor fünf Jahren, sich intensiv mit dem Nazismus zu befassen. Das ganze begann damit, daß ein Klassenkamerad nach den Sommerferien in der Schule in einer Naziuniform auflief.

„Ich wurde wütend, und der erste Impuls war, wegzugehen und ihn mitzuschleifen, aber irgendwann hielt ich ein, und besann mich eines anderen. Ich kam darüber ins Grübeln , warum er Mitglied der NSF geworden war."

Dies wurde der Beginn einer umfassenden Forschung über den Nazismus, und warum er anziehend auf Jugendliche wirkt. Mit ein paar antirassistischen GenossInnen gründete Micke die "Ungdom mot rasisme"

(Jugend gegen Rassismus) in Karlskrona, und begann danach für die antirassistische Organisation "Frisam Flyktning" zu arbeiten. Seit 1996 hat er verdeckt für unsere schwedische Schwesterzeitschrift *Expo* gearbeitet, indem er Informationen über die NSF und andere Nazigruppen gesammelt hat. Ein großer Teil der Informationen landete in verschiedenen Artikeln in der *Expo* und in anderen Massenmedien.

Die Jahre hindurch hatte er ein schwieriges Verhältnis zur NSF. Um an mehr Informationen zu gelangen, wurde er 1998 - oder im Jahre 109, wie die Nazis es bezeichnen - Mitglied der NSF (Die Anspielung bezieht sich auf '109 Jahre nach Hitlers Geburt'). Micke konnte daher die Entwicklung der NSF zum Teil aus der Innenansicht heraus begleiten.

Da Karlskrona eine kleine Stadt ist und seine Rolle bei "Frisam Flyktning" kein Geheimnis war, war man in den Reihen der Führung der NSF gegenüber Micke mißtrauisch, aber sie hofften, daß Micke zu einem positiven Bild der NSF beitragen könnte. Daß er für "Frisam Flyktning" arbeitete, konnte akzeptiert werden. Was sie niemals gewußt haben war, daß Micke auch über mehre Jahre hinweg für die *Expo* gearbeitet hatte.

Wie würdest du die NSF nach dieser Zeit persönlicher Erfahrungen beschreiben?

„Die NSF ist eine kleine, aber wachsende politische Sekte. Sie ist in ihrer Kategorie die wichtigste und am besten organisierte Nazigruppe Schwedens nach dem zweiten Weltkrieg. Politisch gesehen ist sie eine klassische Nazipartei, die stark von alten Nazigruppen inspiriert ist. Ihr Parteiprogramm ist im großen und ganzen eine verkürzte Version desjenigen der nazistischen sogenannten "Furugårdspartiet" der 30er-Jahre. Selbstredend ist die Rassenbiologie der wichtigste Grundpfeiler, und wie bei der SNSP, ist das Programm von Antisemitismus und Judenhaß geprägt."

Wer führt die NSF?

„Die Person, mit der ich am meisten Kontakt hatte, war *Björn Björkquist*, Propagandachef der NSF. Zusammen mit dem Kassenwart *Anders Ärleskog*, ist er derjenige, der eigentlich die NSF steuert. *Anders Högström*, der Parteiführer, ist teilweise eine Frontfigur, aber ist eigentlich am meisten an der NS-Geschichte Deutschlands interessiert. Er faßt gewisse Beschlüsse, aber liest fast gar nicht die Parteizeitung "Den Sanne Nationalsocialisten" (Der wahre Nationalsozialist).



Anders Högström, NSF-Parteiführer

Björkquist ist der ausgeprägte Konspirationstheoretiker. Er sieht überall jüdische Verschwörungen, und spricht selten einen Satz aus, in dem das Wort "Jude" nicht vorkommt. Eine andere wichtige Person ist Kim Blomkvist, der einen Zugriff auf große Teile des Propagandaapparates besitzt. Er ist u.a. Redakteur der Zeitschrift "Stormpress" (Sturmpresse), die er zusammen mit *Andreas Axelsson* herausgab, einem derjenigen Nazis, die nach den Polizistenmorden in Malexander verhaftet worden waren.

Blomkvist ist auch eine der treibende Kräfte hinter der Zeitschrift "Svensk Frihetskamp", dem Organ des "Svensk Rättsforbundet", einer Organisation, die Unterstützung für Nazis organisiert, die "politischer Verbrechen" angeklagt werden.

Gibt es Verbindungen zu *Blücher* und *Ragnarock Records*?

„Einer der ersten Beschlüsse, der von der NSF getroffen wurde, war, daß sie nicht von einer anderen Organisation abhängig sein sollte. Trotzdem ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der NSF und Blood & Honour / Scandinavia entwickelt worden, die von Blücher gesteuert wird. Der Grund hierfür lag darin, daß Blücher Geld hatte. Er ist einer der größten Beitragszahler der NSF gewesen.

Die Beziehung zwischen Blücher und der NSF ist gleichwohl nicht unkompliziert. Die NSF bewacht krank vor Besitzsucht ihre Unabhängigkeit, und verbot Blücher sogar auf NSF-Treffen zu reden, seitdem er zu viel Reklame für *Blood & Honour* betrieben hatte. Ich glaube der Grund dafür lag darin, daß B&H ein allzu großer Konkurrent für die NSF geworden war, was neue Mitglieder betrifft."

Du besitzt mehr NSF-Material als die meisten NSF-Mitglieder selber. Was willst du mit all dem Material anfangen, das du zusammengetragen hast?

„Jetzt werde ich eine Zeitlang Vollzeit bei der *Expo* arbeiten. Der erste Schritt wird darin bestehen, das Material zusammenzufügen, was hoffentlicherweise zu einem Buch wird. Der Terminkalender ist auch voll von Vorträgen, die ich über den Nazismus halten soll."

Warum hast Du seinerzeit damit angefangen, für die *Expo* zu arbeiten?

„Ich kam bereits 1995 durch *Ungdom mot rasisme* in Kontakt mit der *Expo*, genau als die erste Num-


NSF-Angehörige bei einem Nazi-Marsch in Dänemark (Foto: Demos)

mer erschien. Als ich die erste Nummer gelesen hatte, erkannte ich, daß es eine sehr gute Zeitschrift werden könnte. 1996 erfuhr ich von einem Nazitreffen, und rief schnell bei der *Expo* an und gab ihr den Hinweis. Nach einer Weile wurde der Übergang ganz natürlich, und ich begann für die *Expo* zu arbeiten. 1997 wurde ich auf ein Redaktionstreffen eingeladen. Seitdem bin ich ein fester Mitarbeiter gewesen.

(Aus der antifaschistischen Zeitschrift MONITOR, Norwegen - Nr. 3/99)

Staatsknete und Mordversuch

Dänische Neonazis erhoffen sich staatliche Zuschüsse für Radioprojekt

Jonni Hansen, Führer der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) wurde kurz vor Weihnachten in Greve, 20 Kilometer südlich von Kopenhagen, von der Polizei festgenommen. Der zwischenzeitlich wegen versuchten Mordes angeklagte Neonazi, der wegen Körperverletzung nicht als Krankenpfleger in den Staatsdienst übernommen worden war, war absichtlich mit seinem Auto in eine 20-köpfige Personengruppe gefahren, die sich am Zaun des DNSB-Hauptquartiers, im Szenejargon „SA-Haus", zu schaffen machte. Das „SA-Haus" ist ein zentraler Anlaufpunkt sowie Kommunikations- und Veranstaltungsort für Neonazis aus ganz Europa.

Die DNSB ist in Dänemark legal und zählt etwa 50 Mitglieder. Ziel der Partei ist es, „Dänemark in einen nationalen und sozialistischen Staat zu verwandeln". Angaben von Parteiführer Hansen zufolge wurde die DNSB 1985 von dem Elektriker Jörgen Nielsen gegründet. Sie steht in Tradition der 1970 ins Leben gerufenen „Dänischen nationalen und sozialistischen Jugend"". Enge Verbindungen bestehen nach Deutschland zu den sogenannten „Freien Nationalisten" um die bekannten Neonazi-Kader Thomas Wulff und Christian Worch, zur NPD und den Jungen Nationaldemokraten sowie zu Gary Rex Lauck (NSDAP/AO) in den USA.

Im vergangenen Mai berichtete Jonni Hansen in einem Interview mit dem Neonaziblatt „Hamburger Sturm" über die Aktivitäten der DNSB. Als „politische Höhepunkte" wertete er die Organisierung von Demonstrationen anlässlich des Todestages von Rudolf Heß, die Etablierung des Radiosenders „Oase" mit wöchentlich zwölf Stunden brauner Sendung und die Eröffnung eines weiteren DNSB-Hauses in Aalborg. Dort soll künftig auch ein lokales Radioprojekt entstehen, „natürlich mit Zuschuss von dem Kultusministerium".

BNR/A.M.



DNSB-Stützpunkt in Aalborg (Foto: Demos)

Free Mumia Abu-Jamal!

Mumia Abu-Jamal ist ein afro-amerikanischer Journalist und Revolutionär, der sich für die Rechte der Unterdrückten einsetzt und das rassistische Vorgehen von Staat und Polizei publik macht. Er ist ein personifiziertes Beispiel für den Umgang eines Staates mit Oppositionellen, die radikal die Existenzberechtigung des Kapitalismus in Frage stellen und den Rassismus anklagen.

Mumia wurde 1954 in einem schwarzen Armenviertel in Philadelphia geboren und begann sich als Jugendlicher in der schwarzen Bürgerrechtsbewegung zu engagieren. Mit 14 Jahren wurde er das erste Mal bei einer Demonstration verhaftet. Seit seinem 15. Lebensjahr führt das FBI eine Akte über ihn. 1969 wurde Mumia Mitbegründer und Informationsminister der Black Panther Party in Philadelphia. Das brachte ihm u.a. die Aufnahme in den National Security Index ein, eine Liste von Personen, die im Falle eines Notstandes zu inhaftieren sind. Als Radio-Journalist bekam Mumia den Beinamen "the voice of the voiceless", die Stimme der Stimmlosen und erhielt für seine Arbeit mehrfach Auszeichnungen. Er ist als Autor bzw. Mitautor dreier Bücher, die während seiner Haftzeit in der Todeszelle unter schwierigsten Umständen entstanden sind, bekannt geworden.

Am 09. Dezember 1981 fuhr Mumia mit einem Taxi auf einer Straße im Zentrum von Philadelphia. Er sah, wie ein Polizist seinen Bruder, William Cook, mit einer Taschenlampe, deren Gehäuse aus Metall bestand, zusammenschlug und eilte auf sie zu. Es kam zu einer Konfrontation. Am Ende lag Mumia auf der Straße in einer Lache von Blut und mit einer Schußwunde in seiner Brust. Die Polizei hatte mehrmals versucht ihn umzubringen. Zunächst wurde er angeschossen. Dann, als er mit einer Kugel in der Lunge und im Zwerchfell halbtot da lag, wurde er von den nachrückenden Polizeieinheiten grausam verprügelt und mit dem Kopf gegen einen Leitungsmast gestoßen. Bei diesem Zwischenfall wurde der Polizist Daniel Faulkner erschossen. Nach einer Operation wachte Mumia im Krankenhaus auf. Er spürte heftige Schmerzen vom Druck auf seine Blase und Nieren. Als er hinauf sah, sah er, wie ein Polizist auf seinem Urinbehälter stand. Später, nachdem die Ärzte gewarnt hatten, daß für ihn eine Lungenentzündung tödlich sein könnte, weil er ein Loch in der Lunge hatte, zwang die Polizei Mumia, mehrere Nächte nacheinander in einem kalten Raum zu übernachten.

Wegen Mordes an Daniel Faulkner wurde Mumia 1982 angeklagt und in einem nachweisbar manipulierten und rassistisch geführten Prozeß von Richter Sabo zum Tode verurteilt. Während der Auswahl der Jury hielt Richter Sabo Mumia davon ab, potentielle Jurymitglieder zu befragen. Er behauptete, daß Mumias Aussehen, ein schwarzer Mann mit Bart und Rastalocken, die Jurymitglieder einschüchtern würde. ZeugInnen wurden massiv bedroht und eingeschüchtert. Gegen Mumias Willen wurde Tony Jackson als sein Anwalt bestellt. Gleichzeitig wurde ihm das Recht sich selber zu verteidigen verweigert. Entlastende Beweise wurden nicht untersucht oder unterschlagen (nur ein Beispiel: das Geschoß, das den Polizisten tötete, hatte das Kaliber 0.44, die Pistole von Mumia dagegen das Kaliber 0.38). Wegen fehlender finanzieller Mittel konnten von Mumia keine Sachverständigen und Gutachten bezahlt werden, da Anträge auf mehr finanzielle Mittel vom Gericht abgelehnt wurden. Der gesamte Prozeß wurde von einer rassistischen Hetzkampagne der rechtsradikalen Polizeivereinigung Fraternal Order of Police (Brüderlicher Orden der Polizei) begleitet, der auch Richter Sabo angehört. An dem Tag als Mumia wegen Mordes an Daniel Faulkner verurteilt wurde, sprach der Stellvertretende Staatsanwalt McGill Mumias politische Vergangenheit an, um für die Todesstrafe zu plädieren. In seinem Plädoyer für die Todesstrafe fragte der Staatsanwalt Mumia: "Haben Sie jemals gesagt, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt?" Mumia antwortete: "Das ist ein Zitat von Mao Tsetung. Es war Amerika, das den Indianern das Land weggenommen hat, und es wurde nicht durch das Predigen von Christentum und Zivilisation getan. Ich denke, Amerika hat die Wahrheit dieses Zitats bewiesen." Aufgrund dieser Argumentation über Mumias politische Ansichten verhängte Sabo die Todesstrafe im Fall Mumia Abu-Jamal. Mumia faßte es so zusammen: "Die Wahrheit ist klar – für Nigger, Arme, Puertoricaner und was von den Indianern noch übrig ist, ist die Gerechtigkeit eine Farce, eine List, ein Witz... Ich bin dieser Anklage gegen mich nicht schuldig, trotz des



Komplotts von Sabo, McGill und Jackson, um mir meine sogenannten "Rechte" zu verweigern, und zwar das Recht mich selbst zu vertreten, den Rechtsbeistand meiner Wahl zu haben, eine Jury meinesgleichen persönlich auszuwählen, Zeugen zu befragen und sowohl Eröffnungs- als auch Schlußplädoyers zu halten. Ich bin Unschuldig trotz dem, was ihr 12 Leute denkt, und die Wahrheit wird mich befreien!... Am 09. Dezember 1981 versuchte die Polizei mich auf der Straße hinzurichten. Dieser Prozeß ist die Folge ihres Scheiterns... Dieses System ist fertig! Babylon geht unter!" Die Hinrichtung wurde auf den 17. August 1995 anberaumt und konnte durch weltweite Proteste zehn Tage vor dem Hinrichtungstermin ausgesetzt werden.

Am 13. Oktober 1999 jedoch unterschrieb Pennsylvanias republikanischer Gouveneur Thomas Ridge erneut einen Hinrichtungsbefehl für Mumia. Jetzt versuchen Mumias Anwälte vor dem zuständigen Bundesbezirksgericht ein neues Verfahren für Mumia auf der Grundlage der sog. "habeas corpus" Klausel zu erhalten. Danach hat jeder Gefangene das Recht, das sein oder ihr Verfahren von einem unabhängigen Richter geprüft wird. Der zuständige Richter in diesem Fall ist William Yohn am Federal District Court in Philadelphia. Am 23. Oktober 1999 hob Bundesrichter William Yohn auf Antrag von Mumias Verteidigern den Hinrichtungsbefehl auf. Er benötige Zeit, um den Antrag auf ein neues Verfahren zu prüfen, erklärte Yohn seine Entscheidung. Zunächst einmal sollen Mumias Verteidiger bis zum 07. Dezember 1999 eine Reihe von Präzedenzfällen schriftlich anführen, auf die sie ihren Antrag auf ein neues Verfahren stützen. Insgesamt macht das Verteidigerteam um Len Weinglass 29 Punkte geltend, in denen Mumias verfassungsmäßige Rechte auf ein faires Verfahren in den Prozeß von 1982 verletzt wurden. Danach hat die Staatsanwaltschaft bis zu sechzig Tage Zeit, um auf den Antrag von Mumias Verteidigern zu antworten. Ob die Staatsanwälte diese Frist voll ausschöpfen werden oder eher reagieren, ist nicht vorhersehbar. Dann hat Len Weinglass noch einmal zwanzig Tage Zeit, um eine erneute Stellungnahme abzugeben. Erst dann – nach Schätzungen aus den USA wird es wohl Februar oder März werden – wird Richter Yohn eine erste mündliche Anhörung – sog. "oral arguments" – beider Seiten anberaumen, bei der Mumias Anwälte und die Staatsanwaltschaft ihre Standpunkte noch einmal vortragen werden. Hauptforderung von Mumias Anwälten ist es, daß Richter Yohn eine neue Beweisaufnahme anordnen soll – eine sog. "evidentiary hearing". Kurz vor der ersten mündlichen Anhörung vor Richter Yohn, ist es wichtig noch einmal massiv Öffentlichkeit für Mumias Fall zu schaffen und die Brisanz der aktuellen Situation zu unterstreichen, sowie breiten Widerstand zu organisieren. Um diesen Widerstand mit zu organisieren besteht eine unserer Aufgaben darin, breite Bündnisse im Kampf gegen Rassismus und Unterdrückung aufzubauen. Die Linke kann großen Nutzen aus solchen Bündnissen ziehen. Der wichtigste besteht sicher darin, den Widerspruch, der sich aus der Todesstrafe und einem sich demokratisch und fortschrittlich nennenden Staat ergibt, aufzuzeigen.

Sicherlich gibt es hier keine offizielle Todesstrafe. Aber es gibt viele Arten zu töten; Menschen in den Selbstmord treiben, Menschen in den Tod abschieben, Isolationsfolter usw. Nichts davon ist in diesem Land verboten. Allen politischen Gefangenen, ob in den USA oder der BRD ist gemeinsam, daß sie gegen Rassismus und Imperialismus gekämpft haben oder Gefangene eben dieser rassistischen und imperialistischen Politik geworden sind.

Auch Mumia wurde Gefangener eines rassistischen Systems. **"Sie wollen nicht nur meinen Tod, sie wollen mein Schweigen"**, sagt Mumia. Sie dürfen Mumia nicht zum Schweigen bringen. Wir müssen alles dafür nötige tun seine Ermordung zu verhindern.

(kuh)

Essen, Schlafen, Verdauen. Und Schreiben.

Die Filmwelt blickte Ende Mai 1999 gebannt ins südfranzösische Städtchen Cannes: Spielte sich doch dort wie jedes Frühjahr ein Spektakel ab, das zu den wichtigsten der Branche gehört. Die Filmfestspiele drängen jedoch ein anderes Ereignis leicht in den Hintergrund, das sich am gleichen Ort vollzog, und zwar vor genau fünfzig Jahren: Am 30. Mai 1949 glückte endlich einer der Selbstmordversuche Klaus Manns. Der Schriftsteller nahm sich mit Schlaftabletten das Leben.

Unter Schwulen gilt Klaus Mann als Kultautor: Seine Werke sind auch in großen Buchhandlungen noch in der kleinsten schwulen Bücherecke zu finden. Das verwundert nicht, schließlich hat er Homosexualität in zahlreichen Romanen, Aufsätzen und Theaterstücken immer wieder zum Thema gemacht – und zwar mit offenen, klaren, gesellschaftskritischen Worten. Der Gegensatz zu seinem Vater Thomas Mann hätte nicht größer sein können. „Man huldigt nicht diesem Eros, ohne zum Fremden zu werden in unserer Gesellschaft, wie sie nun einmal ist", so schreibt er in seiner Autobiographie *Wendepunkt*. Die Vereinnahmung Klaus Manns als ausschließlich schwuler Autor wird seinem Leben aber nicht gerecht. Er wollte nichts lieber sein als Künstler und Intellektueller für *alle* Angehörigen seiner Generation. Und an seiner Rolle als antifaschistischer Kämpfer in Wort und Tat waren vor allem bürgerliche schwule Kreise in der Vergangenheit wenig interessiert. Fünfzig Jahre nach seinem Tod ist sein künstlerischer Status aber auch in akademischen und feuilletonistischen Kreisen noch immer umstritten. Zahlreiche Etiketten kleben nach wie vor an ihm; Marcel Reich-Ranicki hat sie mit den Worten „Er war schwul. Er war drogenabhängig. Er war der Sohn Thomas Manns" prägnant, aber freilich auch prekär verkürzt, zusammengefaßt. Wilfried Schoeller schrieb im bürgerlich-konservativen Berliner *Tagesspiegel*: „So einer ist dazu verurteilt, in der teilnehmenden Beobachtung immer mehr einen `Fall` als einen Autor abzugeben." Die *Frankfurter Rundschau* betitelte ihren Beitrag mit „Lorbeer für den Verlierer". Uneingeschränkt positiv urteilte einzig Heribert Hoven in der *Süddeutschen Zeitung*; er spekulierte, wie Klaus Mann wohl auf „Adenauers Greisenstaat" und auf die „Weltrevolution der idealistischen Jugend" Ende der Sechziger Jahre reagiert hätte. Zwei Ereignisse haben in den letzten Jahrzehnten die Erinnerung an Klaus Mann wachgehalten: Das spektakuläre Verbot des Romans *Mephisto*, das erst 1981 durchbrochen wurde (und selbst dann formal noch illegal) und die Entdeckung seiner Tagebücher 1989 (die noch bis 2010 für die Veröffentlichung gesperrt sind). Für den Todestag im Jahr 1999 fühlt sich vor allem der Rowohlt-Verlag zuständig, bei dem die Werke von Klaus Mann erscheinen. Gemeinsam mit dem Fischer-Verlag werden ausgewählte Werke der Familie Mann in Sonderauflagen herausgegeben. Uwe Naumann hat einen großen Begleitband zu der Münchener Ausstellung über Klaus Mann erarbeitet und Nicole Schaenzler hat die bisher umfangreichste Biographie über ihn geschrieben. Ein netter kleiner Rowohlt-Band von Hans Wißkirchen erzählt die Geschichte der gesamten Familie Mann. In den zwanziger Jahren war Klaus Mann vor allem eines: jung, und zwar von Beruf. Ein Künstler wollte er schon als Kind werden; er suchte es vor allem durch ständiges Schreiben zu verwirklichen. Im *Wendepunkt* heißt es: „Das Leben, wie ich es damals kannte und verstand, war vor allem dies: schweifende Unrast, Suche, unstillbare Sehnsucht des Herzens, kurzes sinnliches Glück. [...] Verstehen läßt es sich nicht, sondern will eben nur durchlitten und genossen sein". Einen festen Wohnsitz hatte er nie: Meistens lebte er in Hotels, bevorzugt in München und Berlin. In Hamburg führte er ein eigenes Stück auf, *Anja und Esther*, zusammen mit der Schwester Erika Mann, Pamela Wedekind und Gustaf Gründgens. *Der fromme Tanz*, erschienen 1925, war einer der ersten eindeutig schwulen Romane in der deutschen Literatur . Mit Erika unternahm er 1927 eine Reise durch die Vereinigten Staaten, wo sie als die „Mann-Twins" Vorträge hielten: Ihr Vater Thomas Mann ist in den USA spätestens seit seinem *Zauberberg* von 1924 ein Begriff. Klaus Manns Werke wurden damals von Kritikern gerne als epigonal [unschöpferisch nachahmend] (miß-)verstanden. Die Rezeption seiner Arbeiten war durch den Erfolg und Ruhm Thomas Manns von Beginn an erschwert. Er galt als verwöhntes Söhnchen, dem nur der berühmte Name Aufmerksamkeit sicherte. Nicht ganz zu Unrecht wurde ihm vorgeworfen, von den eigentlichen Problemen seiner Generation, vor allem der proletarischen Klasse, keine Ahnung zu haben. Die kolossale Erwartungshaltung seines Vaters machte die Lage für ihn nicht einfacher; der verstand nämlich die Geburt seines Sohnes als „Wiederbeginn und Fortsetzung meiner Selbst". Es galt als so selbstverständlich, daß Klaus Mann aus dem großen Schatten seines Vaters würde treten wollen, daß man sich nicht die Mühe machte, seine literarischen Abgrenzungsversuche auch als solche zu erkennen und zu würdigen. Klaus Mann entwarf seinen eigenen Lebensstil und die Stoffe seiner Werke als ausdrücklichen Gegenentwurf

zum großbürgerlichen Vater. Er schrieb viel und produzierte in seinem kurzen Leben ein Gesamtwerk von über 9000 Druckseiten. „Schreiben ist für mich eine natürliche Funktion wie Essen, Schlafen, Verdauen", heißt es im *Wendepunkt*. 1929 erscheint mit *Alexander* ein weiterer „schwuler" Roman; im gleichen Jahr erhält Thomas Mann den Nobelpreis für Literatur. Das Verhältnis der beiden nur als Konflikt zu sehen, wäre zu einseitig: Der berühmte Name war für Klaus Mann nicht nur Last, sondern auch eine Hilfe, die manche Tür für ihn öffnete. Und sein Bedürfnis, unter allen Umständen anders zu leben und vor allem die eigene Homosexualität nicht so schamlos zu unterdrücken, hatte durchaus kreative Folgen für seine Arbeit. Sein eigentlicher Vater in diesen Jahren war sowieso Heinrich Mann, dem er sich – vor allem politisch – viel näher fühlte. Das Etikett des „Sohnes" ist Klaus Mann aber nie losgeworden, auch nicht nach seinem Tod; im Gegenteil wurde er zum geradezu klassischen Vertreter dieses Typus´.

Sein „deutsches" Leben endete im März 1933; es begann das „europäische". Die Machtübertragung an die Nationalsozialisten bewirkte einen entscheidenden Politisierungsschub. In den ersten Jahren des Exils gab er in Amsterdam die antifaschistische Zeitschrift *Die Sammlung* heraus. Sein vorrangigstes Ziel war es, die Emigration zusammenzuhalten, denn die Emigranten hatten teilweise weit auseinander liegende politische Einstellungen. Die Hotels Europas wurden zu seiner Heimat; er besuchte internationale antifaschistische Schriftstellerkongresse in Paris und Moskau. Seine Idee eines „sozialistischen Humanismus" erhielt allerdings 1934 einen heftigen Dämpfer. In diesem Jahr schaffte die Sowjetunion die Straffreiheit für homosexuelle Handlungen aus den frühen zwanziger Jahren ab und stellte sie in einem Sonderparagraphen erneut unter Strafe. Wenige Monate vorher waren in Nazi-Deutschland der SA-Führer Ernst Röhm ermordet und der Paragraph 175 verschärft worden. Unter diesen Eindrücken entstanden der schwule Künstlerroman *Symphonie Pathetique* und der Aufsatz *Die Linke und das Laster*, in dem Klaus Mann eine in linken Kreisen weitverbreitete Auffassung angriff: Daß zwischen Homosexualität und Faschismus ein ursächlicher Zusammenhang bestünde. Schwule seien ein Sündenbock – „die Juden der Antifaschisten". Die sowjetischen Sondergesetze würden, so Klaus Mann, auf ein ohnehin verbreitetes Stimmungsmoment treffen: „Ich meine jenes Mißtrauen und jene Abneigung gegen alles Homoerotische, die in den meisten antifaschistischen und in fast allen sozialistischen Kreisen einen starken Grad erreicht haben. Man ist nicht mehr weit davon, die Homosexualität und den Faschismus miteinander zu identifizieren. Hierzu darf nicht länger geschwiegen werden. Wir bekämpfen Rassenvorurteile. Und inzwischen wollen wir das unvernünftige Vorurteil gegen eine bestimmte geschlechtliche Veranlagung überhand nehmen lassen ?" Er widerlegte die drei Hauptvorwürfe, die Schwulen von antifaschistischer und kommunistischer Seite immer wieder gemacht wurden: Das Sexualleben des SA-Führers herauszustellen, lenke vom verbrecherischen Charakter der Nazis nur ab: „(...) als spräche gegen die Nazis nichts, außer dem Liebesleben des dicken Hauptmanns. Dabei sprach - und spricht – doch einfach alles gegen sie." Die Neigung der Nazis, Männerbünde zu bilden, habe nichts mit Schwulsein zu tun: „Die Linke sollte objektiver sein. Indessen ist sie, gerade in dieser Frage, von der spießbürgerlichsten Voreingenommenheit. (...) Worauf es ankommt, ist nur der Geist, in dem der Bund geschlossen wurde, nicht der erotische Kitt, durch den er zusammenhält." Und die faschistische Vergottung eines Führers habe keinen homosexuellen, sondern wirtschaftlichen Charakter: „Haben die Marxisten vergessen, daß Dogma und Typus des `Führers` (...) bestimmt werden vor allem durch ökonomische Tatsachen ? Und daß Hitler (...) nicht deshalb zur Herrschaft kommen konnte, weil `die deutsche Jugend homosexuell verseucht` ist, sondern weil Thyssen zahlte ?" In den dreißiger Jahren schrieb Klaus Mann seine beiden bedeutendsten Romane: 1936 *Mephisto*, die Geschichte der verräterischen und erfolgsgeilen Weiterarbeit seines ehemaligen Jugendfreund Gustaf Gründgens im Nazireich, und 1939 *Der Vulkan*, eine Darstellung der gesamten deutschen Emigration anhand der Schicksale einiger weniger Emigranten kurz vor Ausbruch des Weltkrieges. Im Spanischen Bürgerkrieg sah er wie so viele Intellektuelle endlich eine Möglichkeit, aktiv gegen den Hitlerfaschismus zu kämpfen (und auch – zumindest in den Anfangsjahren – zu siegen !) Er arbeitete dort und später in der U.S.Army als Kriegsreporter; in den USA sammelte er noch einmal alle Kräfte, um mit *Decision* erneut eine antifaschistische künstlerische Zeitschrift herauszugeben. Während der alliierten Befreiung Süditaliens schrieb er dann für die Armeezeitung *Stars and Stripes*. Mit seinem Selbstmord reihte sich Klaus Mann ein in die lange Kette von Künstlern und Intellektuellen, die sich während oder nach dem Nazireich das Leben nahmen: Kurt Tucholsky, Walter Benjamin, Stefan Zweig, Ernst Toller und Virginia Woolf zählen nur zu den prominentesten von Hitlers späten oder indirekten Opfern. Grund war wohl nicht nur die in den Tagebüchern bezeugte lebenslange Todessehnsucht, sondern auch schwere Rückschläge wie das finanzielle Scheitern von *Decision*. Die Worte, mit denen ein deutscher Verleger seine Weigerung begründete, *Mephisto* herauszugeben („Herr Gründgens ist bei uns leider wieder wer"), stehen repräsentativ für die bundesdeutsche Restauration der späten vierziger Jahre. Klaus Manns bittere Erkenntnis, daß seine Stimme in Deutschland und im Europa des beginnenden Kalten Krieges nicht mehr von Interesse war, ist gefaßt in dem Aufsatz *Die Heimsuchung des europäischen Geistes* – seinem schriftstellerischen Vermächtnis: „Der Kampf zwischen den beiden antigeistigen Riesenmächten –dem amerikanischen Geld und dem russischen Fanatismus- läßt keinen Raum mehr für intellektuelle Unabhängigkeit und Integrität."

(entnommen aus: Gigi - Zeitschrift für sexuelle Emanzipation, No.2, 1999)

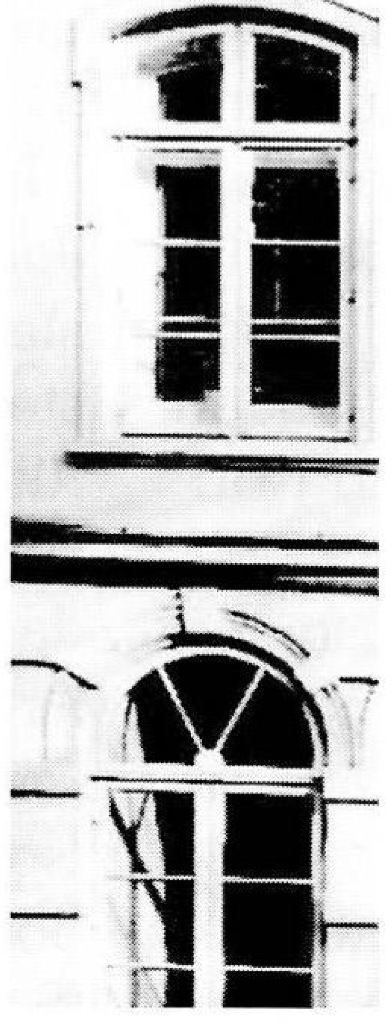
Stereotypen vom Juden

Zum Antisemitismus in den frühen Schriften von Heinrich und Thomas Mann

Schlägt man in* Knaurs Lexikon der Weltliteratur *nach, so heißt es dort über Heinrich Mann (1871-1950), er habe 1933 Schreibverbot erhalten, aus dem französischen Exil eine vielfältige literarische Agitation gegen das NS-Regime geführt und in seinen satirischen Romanen Militarismus und Untertanengeist angeprangert. Sein ebenfalls aus Lübeck stammender Bruder Thomas (1875-1955) gilt dort als bedeutendster deutscher Erzähler des 20. Jahrhunderts, der sich zwar dem Bürgertum zugehörig fühlte, dessen „dekadente Brüchigkeit" jedoch „treffsicher analysierte, z.B. in seinem ersten Roman* Buddenbrooks *(1901)". Der Träger des Literatur-Nobelpreises (1929) habe in „zahlreichen meisterhaften Essays während der Zeit seiner Emigration zu Fragen der abendländischen Kultur Stellung" genommen. Dieser Text kann als durchaus repräsentativ für die Mann-Interpretationen gelten. Ein weniger glattes Bild zeichnet Rolf Thiede in seiner 1998 im Metropol-Verlag erschienenen Studie über den Antisemitismus in den frühen Schriften von Heinrich und Thomas Mann.

Insbesondere der auffällige Gegensatz solcher Lesarten der Werke von Heinrich Mann zu den offen judenfeindlichen Tendenzen in dem von der Sekundärliteratur bisher wenig beachteten frühen Roman *Schlaraffenland* und seine Mitarbeit in der antisemitischen Zeitschrift *Das Zwanzigste Jahrhundert* haben Thiede veranlaßt, etwas genauer hinzusehen. Zwar würde in der Sekundärliteratur „das Werk Manns in eine konservative und eine progressive Entwicklungsphase aufgespalten"; diese seien aber beziehungslos aneinandergereiht, „ohne daß die Komplexität der Zeitlichkeit dieses Prozesses, das Vorpreschen einzelner Vorstellungen sowie das Beharrungsvermögen anderer berücksichtigt wird" (S. 9). Heinrich Mann selbst habe immerhin auf der Kontinuität seiner Denkvorstellungen verwiesen.

Die Mitarbeit Manns in der antisemitischen Publikation verunsicherte insbesondere die apologetische Heinrich Mann-Forschung. Sie reagierte darauf mit Auslassen, der Ersetzung des Begriffs „antisemitisch" sowie der Umbiegung der judenfeindlichen Zielsetzung in wertneutrales literarisches Spiel. Gegenüber der verbreiteten Praxis, Heinrich Mann umstandslos für eine gesellschaftlich fortschrittliche Tradition in der deutschen Literatur in Anspruch zu nehmen, verweist Thiede nachdrücklich darauf, daß insbesondere jene Interpretationen, in denen die „im Text erscheinenden antisemitischen Vorstellungen und Anspielungen (...) zu antikapitalistischen Ressentiments des die wirklichen Ausbeutungsverhältnisse noch nicht durchschauenden bürgerlichen Intellektuellen (...) uminterpretiert werden" (S. 11), vernachlässigen, daß die angebliche Austauschbarkeit von „Jude" und „Kapitalist"







das „bestimmende und propagandamächtigste Merkmals der Judenfeindschaft der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts war" (S. 12). Das Bild vom Juden als Kapitalisten durchzog das gesamte gesellschaftliche Spektrum und prägte den polit-ökonomischen Diskurs der Zeit unabhängig von der politischen Tendenz der an ihm Teilnehmenden. Heinrich Mann war 1895/96 Chefredakteur des Zentralorgans der Zeitschrift *Das Zwanzigste Jahrhundert*, welches im Verlag der *Neuen Deutschen Zeitung* erschien, welche die Tageszeitung der *Deutschen Sozialen Antisemitischen Partei* war. Diese verstand sich als „soziale" Bewegung mit dem Ziel der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und der Wiedereinsetzung einer sich am Mittelalter orientierenden Utopie der Ständegesellschaft. Das journalistische Organ, in

dem der politische Schriftsteller publiziert, offenbart auch dessen politische Tendenz, legt ihn damit auch ideologisch fest und macht ihn für sein Schreiben verantwortlich. Aus welcher Bewußtseinslage und mit welchem Absichten Heinrich Mann die entsprechenden Texte produziert haben mag; sie sind Teil der Tradition der antijüdischen Textproduktion des Abendlandes. Von der angesprochenen LeserInnengruppe wurden sie auch so verstanden, allzu mal sie in einer sich als antisemitisch verstehenden Publikation erschienen.

I.

Thiedes Analyse der Frühschriften zielt auf „eine Einordnung der Texte in die Tradition judenfeindlicher Vorstellungen des Abendlandes und seine Verflochtenheit mit dessen antisemitischen Kontexten“ (S.35). Bereits Heinrich Manns Briefe an seinen Lübecker Schulfreund Ludwig Ewers aus dem beginnenden letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts lassen das ihm eigene spezifische Verständnis von Antisemitismus erkennen. Vom „gewöhnlichen“ Antisemitismus im Sinne der pöbelhaften Judenfeindschaft der Jahrhundertwende distanziert sich Heinrich Mann; im Briefwechsel mit Ewers verarbeitet er selbst vor allem die herkömmlichen Stereotypen vom `jüdischen` Schriftsteller. „Jüdische Schriftsteller sind danach zunächst über ihre Sprache identifizierbar. Indem diese von der deutschen unterschieden wird, markiert ihre Sprache auch die Differenz zur deutschen Kultur schlechthin und damit zu dem, was den herrschenden Vorstellungen nach als „Deutsch“ verstanden wird. (...) Mit der Religion haben sich demzufolge [aus der Spaltung von Judentum und Christentum / VF] auch die Sprachen getrennt. Die Beibehaltung des Hebräischen im religiösen Ritual und in den heiligen Schriften der Juden machte diese Sprache in den Konzeptionen der Judenfeinde zum identifizierenden Unterscheidungsmerkmal zwischen Juden und Nichtjuden, wobei unterstellt wurde, daß aus der Sprache der Ahnen ebensowenig herauszutreten war wie später aus der Rasse. Damit wurde den Juden die Fähigkeit zur gemeinsamen Sprache grundlegend abgesprochen; der Jude konnte weder das nationale Idiom seiner Umwelt sprechen noch angemessen darin schreiben“ (S.43). So machte der Antisemitismus den Fremdsprechenden zum Kulturfremden, und der dennoch am kulturellen Leben teilnehmende Jude konnte diesen Vorstellungen folgend nur als Sprach- und damit Kulturzerstörer tätig werden. In Fortsetzung dieses Stereotyps wurden Juden, die nicht Hebräisch sprachen, verdächtigt, die Umwelt über die tatsächlichen Beweggründe zu täuschen, denn die Wahrheit auszusprechen sollte solchen Vorstellungen zufolge nur in der den Sprechenden naturgemäßen Sprache möglich sein. Wurde hingegen Hebräisch gesprochen, so galt dies den Judenfeinden als „internationale Geheimsprache der Juden, mit der sie gegen die Nichtjuden intrigierten“ (S. 44). In den Briefen äußert sich Heinrich Mann abwertend über jüdische Literatur und Literaturkritiker. Indem er sie als Personen charakterisiert, die grammatisch falsch sprechen und die deutsche Sprache mit Versatzstücken des Jiddischen kombinieren, vermittelt er eine Botschaft, die Thiede wie folgt zusammenfaßt: „Wer kein korrektes Deutsch spricht, hat auch kein Recht, über deutsche Schriftsteller zu urteilen“ (S. 46).


Das „Buddenbrooks“-Haus in Lübeck

In der Zeitschrift *Das Zwanzigste Jahrhundert* dominierten „die Vorstellungen des sich von Großkapitalisten und Arbeiterbewegung bedroht fühlenden deutschen, vorwiegend protestantischen Mittelstandes, wobei das Judentum, welches an beiden Anteil hatte, aufgrund seiner leichteren Identifizierbarkeit und damit auch Isolierbarkeit als geeigneter Sündenbock aufgebaut werden konnte“ (S.57/8).

Heinrich Mann hatte bereits in dem 1888 verfaßten Gedichtentwurf auf die Lübecker Travebrücke vor dem Holstentor („*Auf der Puppenbrücke*“) gravierende wirtschaftspolitische Judenfeindlichkeit erkennen lassen. Diese Linie setzte er 1895 in den Beiträgen für die Zeitschrift fort. Im Essay *Reaktion* wird schon im zweiten Satz der „`Parlamentarismus, der im Verein mit der Börse und der großstädtischen Presse [die beiden großen staatserhaltenden Stände der Landleute und Handwerker] zu vernichten droht‘, für den Niedergang des Deutschen Reiches verantwortlich gemacht.“ Konzentriert finden sich hier die „gängigen Vorurteile des zeitgenössischen Antisemitismus, der den Parlamentarismus als Kampfmittel der Juden sieht, die Monarchie zu stürzen und die eigene Herrschaft zu erringen, wobei den vorgeblich von ihnen monopolisierten Verlagshäusern die Funktion zukommen soll, zuerst den Umsturz propagandistisch vorzubereiten und danach die neuen Machtpositionen publizistisch abzusi-

chern" (S. 59). Wenn es in dem Essay Manns an anderer Stelle heißt, daß die bürgerliche Revolution von 1848 die „Folge gehabt habe, das Nationalvermögen und damit auch den politischen Einfluß in den Händen weniger anzusammeln, die ohnehin mit unserem Volkstum wenig oder nichts gemein haben", dann tritt zur Rhetorik des wirtschaftlichen Antisemitismus die völkische Argumentation mit der Vorstellung eines völkisch organisierten Ständestaates, von der der Jude ausgeschlossen bleibt. Damit wird das konstruierte System der Gegensätzlichkeiten zu einer stabilen Entgegensetzung. Thiede: „In der Tradition des westlichen Abendlandes sind die Juden nicht irgendeine Fremdgruppe unter anderen, sondern die Fremdgruppe par excellence und damit das Fremde schlechthin" (S. 60).

In Heinrich Manns Texten dieser Zeit ist der Jude immer nur Banker oder Börsenspekulant. In dieser Zuweisung der Juden an die Börse und ihrer Bestimmung als „Geschäftemacher" und „Spekulanten" spiegelt sich die abendländische Geschichte des wirtschaftlichen Judenhasses. „Die Zuordnung der Juden zu Zinsnahme und Wucher war (...) ein Herrschaftsakt, in dem der Starke dem Schwachen seinen Willen aufgezwungen hatte, um die eigenen Bedürfnisse zu bedienen. Nicht jüdisches Interesse oder gar Veranlagung, wie es die Schriften (...) Heinrich Manns suggerieren, sondern die Positionierung der Juden innerhalb der christlichen Gesellschaft bestimmte ihn strukturell zum Kreditgeber, auf den er durch die gesamte abendländische Geschichte hindurch festgelegt bleiben sollte. (...) Als 'Wucherer' und 'Ausbeuter' diffamiert, als Pfandleiher im Besitz des ehemaligen Eigentums, wurde er zum designierten Sündenbock für die wirtschaftlichen Fehlschläge nicht nur des einzelnen, sondern des Gemeinwesens insgesamt" (S. 64).



II.

Auch Thomas Mann veröffentlichte im *Zwanzigsten Jahrhundert*. Zwar finden sich keine aggressiv antisemitischen Äußerungen, aber in der Rezension der Gedichtsammlung „Ostmarkklänge" des völkischen Dichters Theodor Hutter werden anhand der von ihm positiv herausgestellten Gedichte seine antisemitischen Einstellungen sichtbar. Aus dem Hutter-Gedicht „Wach auf, mein Volk" zitiert Mann jene Passagen, die einerseits den Mythos des aus deutschstämmigen Einheimischen bestehenden und mit der Scholle verbundenen Volkes bzw. Stammes konstruiert. Andererseits – und ihm entgegengesetzt – „etabliert das Gedicht die Nichtseßhaftigkeit des Nomadenstammes, eines aus dem Orient und damit dem Osten zugewanderten anderen Volkes, welches in dem Land nicht Wurzeln schlagen darf und welches daher nur 'Zelte' bauen kann, die (...) auch von anderen wieder abzubrechen sind" (S. 75). Die ursprüngliche Vertreibung de Juden durch die Römer wird bei Hutter umgemünzt in eine vorsätzlich und planmäßig betriebene jüdische Invasion.

Auch in dem Thomas Mann-Roman *Buddenbrooks* ist die „Judenfrage" strukturell angelegt. Gewöhnlich gelesen als Geschichte des Niedergangs einer Lübecker Kaufmannsfamilie im aufkommenden Kapitalismus findet sich in der Charakterisierung der beiden Familien *Buddenbrocks* und *Hagenström* die Gegenüberstellung deutscher und jüdischer Ethik. Für Thomas Mann sind sie unvereinbar: Der Jude, den er u.a. durch die Auswahl der Namen subtil konstruiert (S. 84-91), betrügt, wuchert und beutet Notlagen aus, der Deutsche handelt ehrlich, bleibt seriöser Geschäftsmann und verzichtet lieber auf den Gewinn, als daß er andere zu Schaden kommen läßt. In Thomas Manns Darstellung ist es das Wirken „eines jüdischen Bankiers und seines Bruders als Repräsentanten dessen, was der antisemitische Diskurs der Moderne als spezifisch jüdische Form des Kapitalismus, und in dessen Konsequenz, des Kapitalismus als jüdischer Wirtschaftsform überhaupt verstanden wissen wollte" (S. 100). Die zeitgenössische völkische Literaturkritik sah diese Konstellation wie selbstverständlich, war aber mit der Darstellung Manns in anderer Hinsicht unzufrieden. So äußerte etwa Adolf Bartels: „Der Hauptgrund [meiner Ablehnung] ist die deutschfeindliche Tendenz Manns: in den Buddenbrooks läßt er eine alte deutsche Familie durch eine halbjüdische unterkriegen" (Fußnote 193)

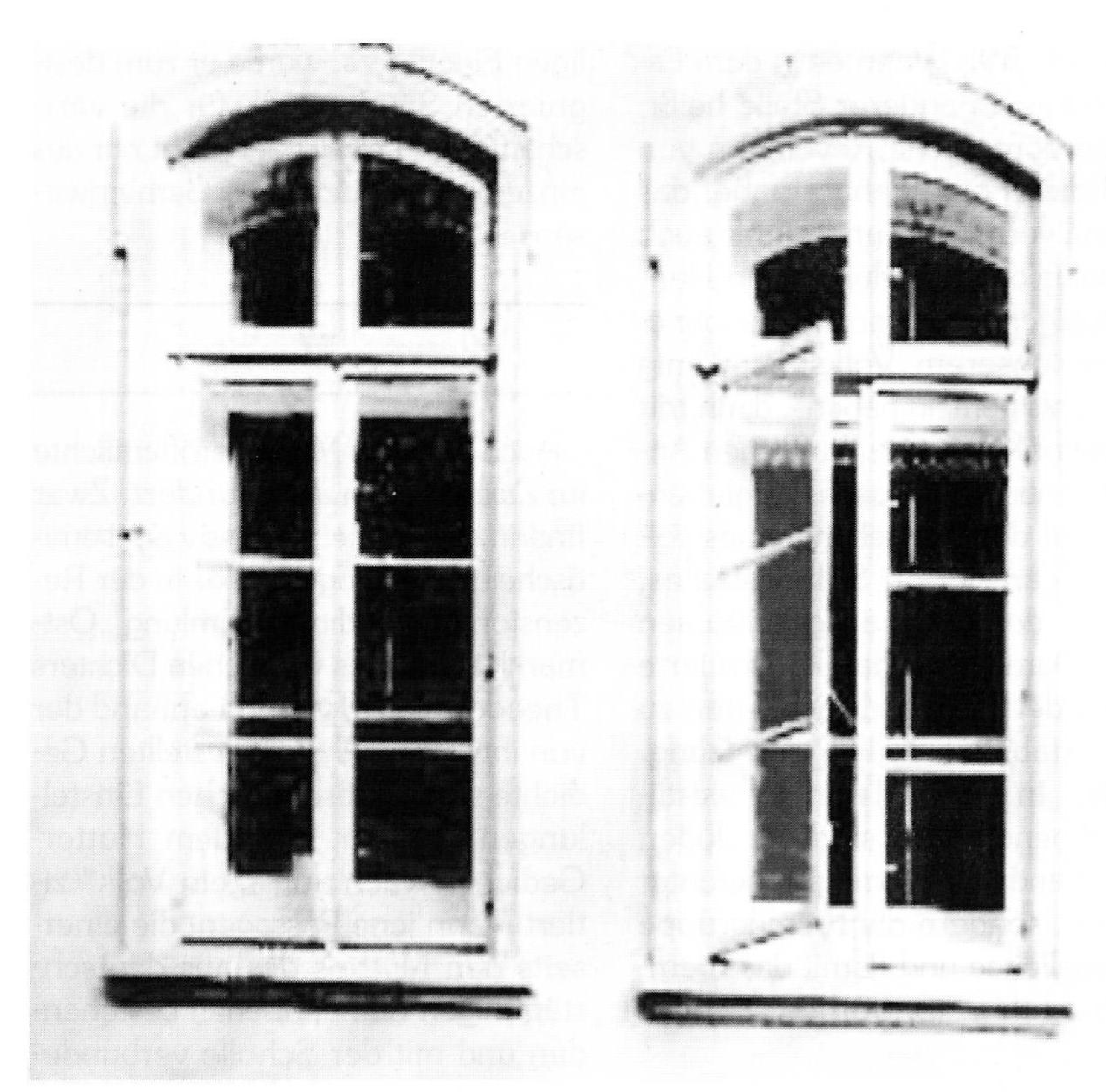
Heinrich Manns *Schlaraffenland* basiert auf einem Literaturverständnis, welches den Schriftsteller als (ärztlichen) Diagnostiker der Gesellschaft ansieht, allerdings nicht im analytischen Zugriff, sondern durch persönliches Gefühl. Damit war sie insbesondere jenen traditionellen Stereotypisierungen und Zuweisungen gegenüber offen, die gerade im Bereich des Emotionalen wirksam werden. *Schlaraffenland* versteht sich als „sozialer Roman" und spielt in Berlin als dem Zentrum der Gesellschaft, wo das Leben am lautesten und hektischsten pulsiert. Der Bankier Türkheimer ist Herrscher dieses „Schlaraffenlandes" und zugleich die krankeste Figur. Mit der ihm zugeschrieben Diabetes, einer Blutskrankheit, wird diese zur politischen Metapher, in der sich medizinischer und antisemitischer Diskurs überschneiden, da der von der zeitgenössischen Rassenlehre konzipierte Mythos des Blutes dieses bei Juden stets als verunreinigt und vergiftet konzipierte. „Von der Konstruktion des Juden als dem von der Krankheit

Befallenen zur Vorstellung des Juden als befallender Krankheit, vom Vergifteten zum Vergifter, (...), ist es dann nur noch ein kurzer Schritt, wie er vor allem von der nationalsozialistischen Propaganda vollzogen werden sollte“ (S. 104).

III.

Manns *Schlaraffenland* ist in seiner literarischen Form ein Märchen von der gegenwärtigen Gesellschaft. Die Hauptperson Andreas Zumsee ist darin als Narr konstruiert, der - einer Sonde gleich – die Reise ins Innere der erkrankten Gesellschaft antritt. „Als ‘Spaßmacher‘ und ‘Zeitvertreib‘ auch außerhalb traditioneller Machtstrukturen stehend, ist der Narr der Herrschaft ungefährlich, so daß man sich ihm gegenüber auch besonders offen zeigen und ausplaudern darf, was vor den anderen geheim gehalten werden muß. Der Narr ist lediglich der Katalysator, an dem die Mächtigen ihre eigenen gesellschaftlichen Einsichten festmachen; in ihren Verlautbarungen und Plaudereien mit ihm entschleiern sie sich letztlich selbst“ (S.108). Gegenspieler des Narren ist der Bankier und Börsianer James Louis Türkheimer. Er wird im Roman zwar nie als Jude angesprochen, aber die Beschreibung des Aussehens (künstlich gefärbte „rötliche“ Koteletten), der Tätigkeit (Eisenbahnbau) und der Name sind entsprechende Bedeutungsträger, die auf zwei bedeutende jüdische Bankhäuser der Zeit, James (Jakob) Rothschild und James Bleichröder, anspielen. Tatsächlicher „Machthaber des Jahrhunderts“ – so Mann in Schlaraffenland – sind denn auch die Juden, denen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch alles untertan ist. Kaiser Wilhelm II. ist in dem Roman denn auch mit einem Harlekin-Kostüm ausgestattet. Er repräsentiert Macht nur noch als Komödiant.

Das Geschehen an der Börse ist in *Schlaraffenland* freilich nur die Kulisse für die Darstellung der gesellschaftlichen Bereiche, in denen Bildung und Kultur ihr vielfältiges Leben entfalten. Insbesondere der Ort des Salons mit seinen Festen und Gelagen ist für Mann der Ort, die

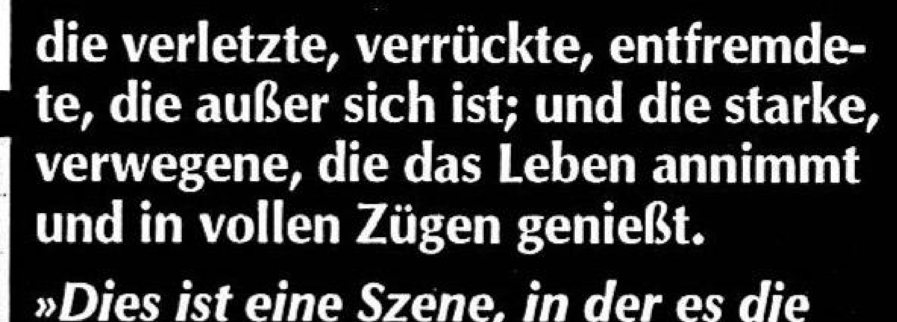


Auflösung gesellschaftlicher Zucht und die Mißachtung der gesellschaftlichen Hierarchien zu thematisieren: „Dieses Fehlen gesellschaftlicher Zucht zeigt sich insbesondere in der Unzucht, die konstituierendes Merkmal der Salongänger ist: Gesellschaftlicher Verkehr ist immer auch geschlechtlicher Verkehr mit den Frauen und Männern der Konkurrenz“ (S.113/114). Zudem knüpft Mann in der Darstellung der Kommerzialisierung der Kunst an die antisemitischen Vorstellungen an, die Richard Wagner in seinem 1850 geschriebenen Aufsatz *Das Judentum in der Musik* bereits entwickelt hatte: der (deutsche) Künstler „schafft“, der Jude dagegen kauft und verkauft, was andere produziert haben. Denn auch für Heinrich Mann ist in *Schlaraffenland* das Judentum zu künstlerischer Produktion schlichtweg nicht fähig.

„Antisemitismus äußert sich nicht nur in den Beiträgen zum *Zwanzigsten Jahrhundert*, sondern ist eine ideologische Konstante von den Anfängen seiner schriftstellerischen Tätigkeit bis in das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts. Sie umfaßt einen Zeitraum von fast 15 Jahren, in dem in seinen Texten nicht eine einzige positive Repräsentation einer jüdischen Figur nachgewiesen werden kann“ (S. 24). Erst mit kleineren Arbeiten ab 1910 kommt Heinrich Mann aufgrund eigener Fremdheitserfahrungen aufgrund eines längeren Italien-Aufenthaltes zu einer Infragestellung bisheriger Deutungsmuster. Die Aufwertung der Fremdheit verändert auch das Bild derer, die in der Geschichte des Abendlandes den Grundtypus des Fremden und des Außenseiters dargestellt hatten: Der Jude wird zum neuen Identifikationsangebot aufgrund ähnlicher Positionierung. So zeigt Thiede, „daß die Konzeptionen vom Juden besonders im Werke Heinrich Manns einer fortlaufenden Umbewertung und Neubestimmung unterworfen sind, wobei sich die eigene Positionierung von dem extremsten Ausdruck von Judenfeindschaft hin zur Identifikation mit dem, was die zeitgenössischen Antisemiten als `jüdisch` diffamierten, verändert.“ Darin erkennt er „die potentielle Möglichkeit menschlichen Denkens, überkommene Vorstellungen, und seien diese noch so tief in die Tradition der abendländischen Kultur eingraviert, zu überwinden und zu Positionen zu gelangen, die auch jenseits der Vorbedingung ökonomischer Umgestaltung die Aussicht auf eine von neuen Interpretationsmustern getragene menschenwürdige Gesellschaft eröffnen“ (S. 16).



Romane aus der Seele des schwarzen Amerika:



die verletzte, verrückte, entfremdete, die außer sich ist; und die starke, verwegene, die das Leben annimmt und in vollen Zügen genießt.

»Dies ist eine Szene, in der es die schlimmste Beleidigung ist, jemanden einen „Spießer" zu nennen – und wo die Rassentrennung die Stadt wie durch einen tiefen Canyon zerteilt.« The Times

„Soul fiction" ist eine neue Reihe erstmals übersetzter, zum Teil erst wiederentdeckter, Romane schwarzer AutorInnen aus den letzten Jahrzehnten; Leidenschaftliche Erzählungen aus einer Kultur, die sehr lebendig und gegenwärtig ist: frei wie Jazz, klagend wie Blues, hoffend wie Gospel, heiß wie Soul und widerspenstig wie Rap.

bisher sind erschienen:

Herbert Simmons – Tanz auf rohen Eiern

Charles Perry – Portrait eines Ertrinkenden

Herbert Simmons – Corner Boy

Roland S. Jefferson – Die Schule an der 103. Straße

Die Bücher gibt's im Buchhandel oder bei uns direkt. Mehr Infos gibt's beim:

Atlantik Verlag, Elsflether Str. 29, 28219 Bremen, Tel: 0421-382535, Fax: -382577, e-mail: atlantik@brainlift.de



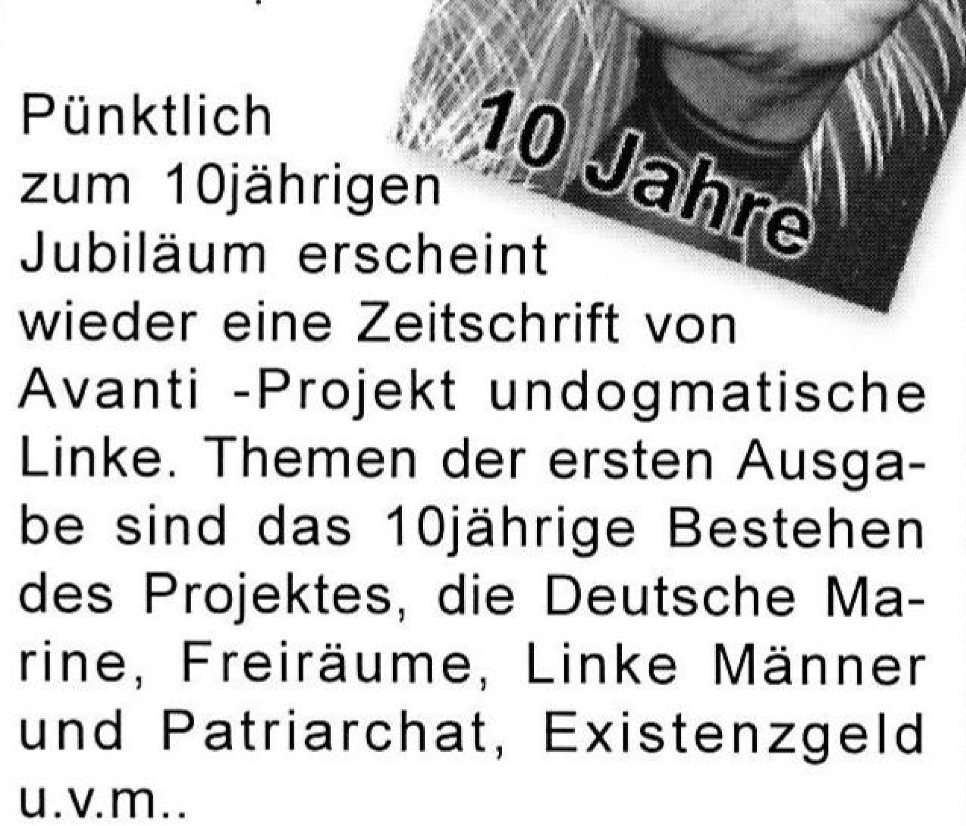
Notruf & Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen

Telefonische Beratung:
Mo, Do, Fr 10-12
Di 17-20 Uhr

Öffnungszeiten:
Di 17-19 Uhr,
Fr 10-12 Uhr

Telefon: 0451-704640
Marlesgrube 9
23552 Lübeck


Avanti -Zeitschrift erschienen!



Pünktlich zum 10jährigen Jubiläum erscheint wieder eine Zeitschrift von Avanti -Projekt undogmatische Linke. Themen der ersten Ausgabe sind das 10jährige Bestehen des Projektes, die Deutsche Marine, Freiräume, Linke Männer und Patriarchat, Existenzgeld u.v.m..

Zu bestellen für 5,-DM/Stk. über:

Avanti
-Projekt undogmatische Linke
c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel



hier gibt's die "enough"!
Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9, 24937 Flensburg
Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung, Jungfernstieg 27 & Medusastr. 16, 24143 Kiel
Trau Dich, Holtenauer Str. 92, 24105 Kiel
Café Themroc, Kulturwerkstatt Forum e.V., Wieksbergstr. 2, 23730 Neustadt
Info Café, AJZ, Neumünster
Peter-Panther-Buchladen, Zingelstr. 12, 25704 Meldorf
Café Brazil, alternative, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck
Inihaus, Turmstr. 14, 23843 Bad Oldesloe
Autonomes Jugendhaus, Lübecker Str. 45, 22941 Bargteheide
Autonomer Infoladen,
Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6a, 22850 Norderstedt
Verein Miteinanderleben e.V., Lohgerbergang, 23879 Mölln
Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Café & Buch, Marktstr. 114, 20357 Hamburg
Buchladen, Osterstr. 156, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
B5 (Info)-Café, Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg
Ostsee
Kieler
Flensburg
Schleswig
Eckernförde
Kiel
Rendsburg
Heide
Neumünster
Neustadt
Lübeck
Travemünde
Bad Segeberg
Ahrensburg
Hamburg
Altona
Mölln
Norderstedt
Sonderburg
Alsen
Apenrade
Svendborg